Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1919

175 (26.6.1919) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 1.90 Mk., vierteljährlich 5.70 Mk., an den Ausgabestellen abgeholt monatl. 1.80 Mk. Auswärts durch die Post frei ins Haus gebracht vierteljährl. 5.82 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 25 Pf., Reklamez. 1 Mk., an erst. Stelle 1.20 Mk. Auf diese Preise 30% Teuerungszuschlag. Rabatt nach Tarif. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen kost. bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Chefredakteur: Gustav Reppert; verantwortlich für Politik: Martin Holzinger; für Baden, Lokales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Carl Hessemer; für Inserate Paul Kußmann. Druck und Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Teleph.-Amt Uhland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

116. Jahrg. Nr. 175. — Donnerstag, den 26. Juni 1919 — Erstes Blatt.

Die innere Lage.

H. Von unserem Weimarer Vertreter wird uns gedrahtet:

Die ersten 24 Stunden nach der letzten schweren Entscheidung und Abstimmung in der Nationalversammlung haben bereits gezeigt, wie dringend notwendig das einmütige Zusammenarbeiten aller Parteien, aller Deutschen ist, mögen sie auch bis zu der tatsächlichen Entscheidung in der Friedensfrage noch so schroff einander gegenüber gestanden haben. Die Nachrichten aus den Großstädten lassen zweifellos eine Verschlimmerung der anarchistischen Verwilderung erkennen, die durch die Empörung über den schamlosen Lebensmittelwucher erklärt werden kann, dadurch aber nicht minder die furchtbarste Gefahr bedeutet. Immer wieder heißt es darum, die Politik muß in den nächsten Wochen Nebensache sein. Erst heißt es leben, dann Politik machen, und zum Leben brauchen wir die notwendige Ordnung und persönliche Sicherheit.

Es ist schon am Montag betont worden, daß von der Haltung der neuen militärischen Formationen außerordentlich viel abhängt. Die Ansprache des Reichspräsidenten Ebert im Weimarer Schloß weist erneut darauf hin. Aber freilich, es muß, um hier die erforderliche Stimmung und Bereitschaft zu schaffen, in der politischen Agitation von allen politischen Parteien Zurückhaltung geübt werden. Daß den alten Offizieren, die jetzt der Regierung ihre treue Unterstützung leihen, nach der bedingungslosen Annahme der Friedensbedingungen schier Uebermenschliches zugemutet wird, wird in der Regierung wohl dankbar anerkannt. Nun müssen für die nächste Zeit aber auch die Oppositionsparteien darauf verzichten, das unsägliche Unglück dieses Friedens zu Parteiagitationszwecken auszunutzen. Märkersche Soldaten wollten, wie in Weimar unverbürgt erzählt wird, Herrn Erzberger gestern hängen; er hatte sich aber rechtzeitig in der Richtung Erfurt in Sicherheit gebracht. Aber Erzberger ist nicht die Regierung. Und auch, wer mit dieser in keiner Hinsicht übereinstimmt, darf heute keinen Augenblick vergessen, daß jede Regierung besser ist als gar keine oder ein dauerndes Hin und Her der Parteimächte.

*

Die Haltung der Truppen.

(Eigener Drahtbericht.)

h. **Berlin**, 25. Juni. Gegenüber der gestern abend vom Wolffschen Telegraphenbureau verbreiteten Meldung, daß die Konferenz der höheren Truppenführer mit dem Reichswehrminister ein voller Erfolg für diesen gewesen ist und die Gefahr einer Zersplitterung nicht besteht, wird uns von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß diese Darstellung den Tatsachen nicht entspricht. Eine Klärung der Lage ist nicht herbeigeführt worden. Wie uns mitgeteilt wird, haben Teile der Truppen den Wunsch geäußert, Berlin verlassen zu dürfen. Es besteht die Gefahr, daß diese Truppenteile sich auflösen, wenn ihr Wunsch nicht erfüllt wird. Die Lage ist jedenfalls ernst.

Die Entsagung der Ostmark.

(Eigener Drahtbericht.)

Danzig, 25. Juni. (Wolff.) Die drei Oberpräsidenten der preußischen Ostprovinzen haben an die Bevölkerung Ostpreußens, Westpreußens und Posens eine Kundgebung gerichtet, in der sie dem tiefen Schmerze über die bedingungslose Annahme der feindlichen Friedensforderungen Ausdruck geben. Weiter aber heißt es darin: „Stände die Ostmark allein, so wäre es der gegebene Weg, mit den Waffen Selbstbestimmungsrecht und Ehre zu wahren. Wir dürfen aber die Regierung an der Einlösung des einmal dem Feinde gegebenen Wortes nicht hindern. Die Rücksicht auf unsere Volksgenossen im Reiche, welche die Folgen eines solchen Vorgehens mitzutragen hätten, legt uns die schwere Pflicht auf, dem Kampf zu entsagen und uns der getroffenen Entscheidung zu beugen."

Die amerikanische Hetzpresse.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 25. Juni. (Wolff.) Nach einer Radiomeldung schreibt die „Neuyork Sun": Die Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrags durch die Deutschen liegt darin, daß sie jetzt zur Arbeit zurückkehren können, bei der sie so Hervorragendes leisten und daß sie ihre Kräfte aufs neue auf das Gebiet der Industrie und des Handels richten können.

„Neuyork Times" schreiben: Die Vorfälle bei der Versenkung der Schiffe erinnern uns daran, wie notwendig es sein wird, die Friedensbedingungen durchzusetzen. Die Alliierten werden darauf achten müssen, daß Deutschland sich den Forderungen der Gerechtigkeit nicht entzieht, denn die moralische Besserung (!) des Landes liegt noch in weiter Ferne.

„Newyork Tribune" schreibt: Wir stehen an der Schwelle eines neuen Tages. Das Friedensdokument gibt der ermatteten Menschheit Hoffnung. Wir dürfen uns aber durch den Frieden nicht täuschen lassen. Deutschland hat nicht bereut und man muß dafür sorgen, daß es unbewaffnet bleibt, und daß seine Grenzen bewacht werden, bis die Gefahr vorüber ist. Solange Deutschland bleibt, wie es ist, gibt es keinen anderen Ausweg für den Frieden.

Hindenburgs Abschied.

(Eigener Drahtbericht.)

Kolberg, 25. Juni. (Wolff.) Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an den Reichspräsidenten folgende Drahtung gerichtet: Herr Reichspräsident! Auf mein Schreiben vom 1. Mai haben Sie mir Zustimmung dazu erteilt, daß ich mich nach Unterzeichnung des Friedens in das Privatleben zurückziehe. Ich lege daher nunmehr den Oberbefehl nieder. Dem preußischen Herrn Kriegsminister habe ich eine Abschrift dieses Telegramms zugehen lassen. (gez.) von Hindenburg.

Hindenburgs Dank an das Heer.

(Eigener Drahtbericht.)

Kolberg, 25. Juni. (Wolff.) Generalfeldmarschall v. Hindenburg richtete folgende Abschiedskundgebung an seine Truppen:

Soldaten! Ich habe mich seinerzeit der Regierung gegenüber dahin ausgesprochen, daß ich als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmerzlichen Frieden vorziehen muß. Diese Erklärung bin ich Euch schuldig. Nachdem ich schon früher meine Absicht kundgetan habe, nach erfolgter Friedensentscheidung wieder in den Ruhestand zurückzutreten, lege ich nunmehr den Oberbefehl nieder. Ich gedenke bei meinem Scheiden vor allem bewegten Herzens der langen Jahre, in denen ich drei königlichen und kaiserlichen Kriegsherren dienen durfte. Zeiten stiller und rühriger Friedensarbeit, deutschen Aufstieges, großer Siege und zähen Ausharrens stehen mir dabei vor Augen. Ich gedenke dann aber auch mit tiefem Schmerz der traurigen Tage des Zusammenbruchs unseres Vaterlandes. Die hingebende Treue und das Vertrauen, mit denen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften neben mir standen, waren mir ein Lichtblick in dieser namenlos schweren Zeit. Dafür gebührt Euch allen, darunter nicht zuletzt den Freiwilligen-Verbänden, die unentwegt die Wacht an der Ostfront hielten, mein unauslöschlicher Dank. Mit diesem Dank verbinde ich aber noch eine Bitte für die Zukunft. Wie der einzelne bei sich über die Ereignisse der letzten Tage denkt, ist seine Sache, für sein Handeln darf es aber nur eine Richtschnur geben: das Wohl des Vaterlandes. Noch steht unser Volkstum in schwerer Gefahr. Die Möglichkeit, die innere Ruhe zu wahren und zu fruchtbringender Arbeit zu gelangen, hängt wesentlich von der Festigkeit unserer Wehrmacht ab. Diese Festigkeit zu erhalten ist daher unsere erste Pflicht, die persönlichen Anschauungen, so schwer es auch fallen mag, müssen zurückgestellt werden. Nur durch einmütige Arbeit kann es mit Gottes Hilfe gelingen, unser armes deutsches Vaterland aus tiefster Erniedrigung wieder besseren Zeiten entgegenzuführen. Lebt wohl! Ich werde Euch nicht vergessen!

(gez.): v. Hindenburg.

General Gröner.

(Eigener Drahtbericht.)

Kolberg, 25. Juni. (Wolff.) General Gröner hat an den Reichspräsidenten nachstehende Drahtung gerichtet:

Nachdem Generalfeldmarschall von Hindenburg den Oberbefehl niedergelegt hat, sehe ich mich veranlaßt, Ihnen, Herr Reichspräsident, nachstehendes vorzutragen: Ich habe als Vertreter der Obersten Heeresleitung bei der Besprechung in Weimar am 19. Juni erklärt, daß für den Fall der Annahme der Schmachparagraphen eine große Zahl von Offizieren und Truppen der Regierung nicht mehr weiter dienen würde. Dasselbe ist nochmals in dem Telegramm der Obersten Heeresleitung in der Nacht vom 22. zum 23. Juni zum Ausdruck gebracht worden. Besonders Sie, Herr Reichspräsident, werden es mir nachempfinden, daß ich unter diesen Umständen der bedingungslosen Annahme des Friedensvertrages den Wunsch hege, aus meiner Stellung zu scheiden. Im Interesse der Sache und auf Grund des Appells der Nationalversammlung bin ich jedoch bereit, bis zur endgültigen Regelung der militärischen Verhältnisse im Osten auf meinem Posten zu beharren.

(gez.) Gröner.

*

Ein Erlaß an die Marine.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. Juni. (Amtlich.) Der Chef des Admiralstabs hat folgenden Erlaß an die Marine gerichtet:

An die Marine!

Sicherheit und Einigkeit des Reiches fördern als höchstes Gebot in dieser schweren Zeit, daß jeder auf seinem Posten bleibt, solange das Vaterland ihn braucht. Ich erwarte daher, daß die Marine unter meiner Führung ihren Dienst weiter tut. Unerschütterlich aber lebt in uns die Ueberzeugung, daß die Schmachparagraphen der Friedensbedingungen mit der Soldatenehre unvereinbar sind.

gez. v. Trotha,
Chef des Admiralstabs.

Die Versenkung der deutschen Flotte.

Nähere Einzelheiten. — Feindeslob.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 25. Juni. (Wolff.) „Herald" berichtet unterm 23. Juni über die Versenkung der deutschen Schiffe folgendes: Am Samstag mittag wurde die deutsche Flagge, gemeint ist wohl die Kriegsflagge, mit einer roten Flagge darunter auf einem der Schiffe gehißt. Man glaubt, daß auf dieses Zeichen hin die Ventile geöffnet worden sind. Die Mannschaften, die alle Rettungsgürtel anhatten, begaben sich in die Boote, einige sprangen auch ins Wasser. Die Wachschiffe der britischen Flotte eröffneten das Feuer, um die Mannschaften zu veranlassen, auf ihre Schiffe zurückzukehren. Sie erreichten aber ihren Zweck nicht, denn die Seeleute sprangen sofort aus den Booten ins Wasser. Alle verfügbaren englischen Schiffe beteiligten sich an der Rettung der im Wasser schwimmenden Matrosen.

Demselben Blatte zufolge erklärte der bekannte Marineschriftsteller A. H. Pollen: Ich kann nicht anders, als die Tapferkeit der deutschen Seeleute bewundern, die ihre Schiffe lieber versenkten, als sie in den Besitz des Feindes fallen zu lassen. Es ist eine sehr bemerkenswerte Tatsache, daß während des ganzen Krieges nur ein deutsches Kriegsschiff, und zwar das U-Boot „U. C. 35" von uns erbeutet worden ist. In der deutschen Flotte besteht immer noch die Tradition, sich nicht zu ergeben. Der kriegerische Geist der deutschen Flotte war immer ungeheuer (terrific).

Englische Begünstigung?

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 25. Juni. (Wolff.) Ein Korrespondent der „Daily News" hatte mit einem Seemann aus Thorsa über die Versenkung der deutschen Schiffe eine Unterredung. Der Seemann äußerte sein Befremden darüber, daß man den Deutschen gestattet habe, ihren Plan auszuführen. Es sei schon seit langer Zeit überall davon gesprochen worden, daß die Deutschen diese Absicht hätten. Die Nachricht habe darum auch nirgends überrascht. Man gewinne den Eindruck, daß die englischen Behörden durch ihr passives Verhalten der Versenkung der Schiffe Vorschub geleistet haben.

Der Eisenbahnerstreik.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. Juni. Heute morgen wurde der Görlitzer Bahnhof von Regierungstruppen besetzt. Heute nachmittag fand eine Versammlung der Ausständigen statt, zu der auch Abgesandte anderer Bahnhöfe eingeladen waren. Vom Verlauf dieser Versammlung wird es abhängen, ob der Streik noch an Ausdehnung gewinnt. Auf dem Schlesischen Bahnhof wird der Verkehr noch aufrecht erhalten. Die Züge nach Schlesien verkehren aber nur bis Sommerfeld-Sorgau. Auf dem Güterbahnhof ist der Versuch, die Arbeiter zum Streik zu veranlassen, bisher vergeblich geblieben. Auch dieser Bahnhof hat eine Wache von Regierungstruppen erhalten.

h. **Berlin**, 25. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, kann das Stadium des Eisenbahnerstreiks als nicht beunruhigend angesehen werden. Der Streik ist auf Schlesien und in Berlin auf den die eine schlesische Hauptstrecke abschließenden Görlitzerbahnhof lokalisiert. In Breslau haben heute vormittag Abordnungen der Streikenden eine Unterredung mit dem Staatsminister Hoersing gehabt, auf Grund deren man eine baldige Verständigung zu erzielen hofft.

Die Unruhen in Hamburg.

(Eigener Drahtbericht.)

Hamburg, 25. Juni. (Wolff.) Der gestern abend gemachte Versuch, die Börse in Brand zu stecken, führte nur ein kleines Schadenfeuer herbei, das bald gelöscht wurde, obgleich die Menge die Feuerwehrautomobile nicht heranlassen wollte. Auch am Mittwoch morgen dauerten die Schießereien an. Flintenschüsse wechselten mit Handgranaten. Ueber die Zahl der Verwundeten und Toten ist nichts Bestimmtes zu erfahren. Man schätzt sie auf 6—8 Tote und 13 Schwerverwundete. Nach den Hamburger Morgenblättern begannen am Dienstag nachmittag in verschiedenen Stadtteilen in der inneren Stadt, auf St. Pauli und Eimsbüttel Plünderungen. Lebensmittelgeschäfte wurden gestürmt und alle möglichen Lebensmittel geraubt. Die Kommission unter Führung eines Kommunisten verhandelte gestern abend im Rathause und forderte Feststellung darüber, wer den Befehl gegeben habe, daß die Schutzleute, die Sicherheitsmannschaften und später die Bahrenfelder Volkswehr einzurücken hätten. Sie forderten strengste Bestrafung der Schuldigen. Wer den Befehl zum Feuern gegeben hatte, konnte nicht festgestellt werden, jedenfalls war es der Kommandant von Hamburg, Lombel, nicht. Obgleich er von der Menge angespien und „Blutbund" geschimpft wurde, bewahrte er seine Ruhe; er wurde später verwundet. Die Blätter melden auch, daß bereits am gestrigen Nachmittag ein Waffenladen in den Kolonnaden gestürmt und ausgeraubt wurde.

Die Entente.

(Eigener Drahtbericht.)

h. **Von der Schweizer Grenze**, 25. Juni. Aus Paris wird gemeldet: Die Meldungen aus Deutschland, wonach die Regierung mit neuen Putschversuchen der radikalen Elemente rechnet, werden hier sehr aufmerksam verfolgt. Besonderes Aufsehen erregt die Meldung von dem bevorstehenden Eisenbahnerstreik. Man erwägt bereits die Möglichkeit, in einer Note von der deutschen Regierung zu verlangen, daß sie mit aller Energie solche Putsche im Keime erstickt, da sie die Ausführbarkeit der im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen stark gefährden.

Unruhen in Singapore.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 25. Juni. (Wolff.) Nach einer Meldung der „Central News" aus London teilt das Kriegsamt mit, daß in Singapore am 19. Juni anläßlich von Ueberfällen chinesischer Meuterer und Japaner es zu Unruhen kam. Es wurde beträchtlicher Schaden angerichtet. Der Belagerungszustand wurde verhängt. Der Kreuzer „Sidney" hat Truppen gelandet, um die Ordnung wieder herzustellen. Am 21. Juni herrschte Ruhe. Drei Chinesen und ein Japaner wurden getötet. Mehrere Personen sind leicht verletzt.

Die Lösung der Telephonnot.

Die Mißstände im Fernsprechwesen sind in Deutschland so chronisch geworden, daß jede Anregung, dieses Uebel zu beseitigen oder nach Möglichkeit zu mildern, dankbar begrüßt werden muß. Wir geben einem Sachverständigen hierzu das Wort:

Zur Verbesserung des herrschenden unbefriedigenden Zustandes kommen zwei Wege in Betracht. Man kann die Anschlüsse mit schwachem Verkehr bei dem Amt einfacher ausführen und es schadet nichts, wenn zur Vermittlung ihrer wenigen Gespräche zwei Beamtinnen statt einer einzigen in Anspruch zu nehmen sind. Auch brauchen solche Teilnehmer keinen besonderen Anschluß für sich allein, sie können mit einem oder mehreren Teilnehmern zusammen einen gemeinschaftlichen Anschluß („Gesellschaftsanschluß" oder „Mehrfachanschluß" genannt) nehmen. Die Mehrfachanschlüsse bieten den Vorteil, daß nicht bloß die Kosten der Einrichtung des Amts, sondern auch die Kosten für die Leitungen von den Teilnehmern zum Amt, die jetzt fast immer brach liegen, beträchtlich vermindert werden, weil ein Mehrfachanschluß nur eine einzige Leitung zum Amt erfordert.

Zwar gibt es in Deutschland schon jetzt Fernsprechanschlüsse, die mehreren Personen unter Benützung einer Anschlußleitung dienen, nämlich die Anschlüsse mit sogenannten „Nebenanschlüssen". Aber abgesehen davon, daß der gesamte Verkehr der Nebenstellen von dem Inhaber der Hauptstelle vermittelt werden muß und seine Erledigung von der Bereitschaft, Pünktlichkeit und Gewandtheit der Person abhängt, die den Umschalter bei der Hauptstelle bedient, ist diese Einrichtung deswegen mangelhaft, weil nicht jedermann in der Lage ist, einen Hauptanschluß zu finden, dessen Inhaber eine Nebenstelle anschließen läßt. Der Hauptstelleninhaber hat die Gebühr für die Nebenstelle selbst an die Verwaltung zu bezahlen, der Verkehr der Nebenstelle über die Hauptstelle ist schleppend und kann dort jederzeit gestört und belauscht werden. Viele Gesprächsunterbrechungen, über die sich die Fernsprechteilnehmer beim Amt beschweren, werden durch die Unaufmerksamkeit der Personen verursacht, die den Umschalter bei der Hauptstelle bedienen.

Alle diese Mängel werden bei den Mehrfachanschlüssen vermieden. Die Sprechstellen werden mit gleichen Rechten und Pflichten in eine gemeinschaftliche Anschlußleitung zum Amt eingereiht; jede kann unabhängig von den andern das Amt anrufen und vom Amt angerufen werden, ohne daß die anderen den Anruf hören. Solange eine Sprechstelle benützt wird, zeigt eine Scheibe an den Apparaten der anderen Sprechstellen an, daß die Leitung nicht frei ist, und diese sind gehindert, das Gespräch zu belauschen, zu stören oder selbst mit dem Amt zu verkehren. Einem Mißbrauch dieser Blockierung durch die Sprechenden kann durch einen Automaten vorgebeugt werden, der nach 5 oder 6 Minuten die Verbindungen von selbst aufhebt. Die Einrichtung kann entweder so getroffen werden, daß die Teilhaber eines Mehrfachanschlusses unter sich ohne Vermittlung des Amts verkehren können, oder so, daß das Amt vermittelt.

Vom technischen Standpunkt aus können in einen Mehrfachanschluß beliebig viele Teilhaber einbezogen werden. Wie groß die Zahl vom Betriebsstandpunkt zu bemessen ist, hängt von dem Verkehrsumfang der Teilhaber ab. Um zu verhindern, daß sie sich gegenseitig zu sehr beeinträchtigen, sollten vorerst Mehrfachanschlüsse für mehr als 4 oder 5 Teilhaber nicht zugelassen werden. Die Verwaltung bestimmt, wie viel Gespräche ein Teilhaber jährlich führen darf. In Oesterreich z. B. werden nur Mehrfachanschlüsse für 2 oder 4 Teilhaber zugelassen. Ein halber Anschluß darf zu 2400, ein Viertelsanschluß zu 1800 Ortsgesprächen (eigenen Anrufen) im Jahr benützt werden. Wer einen halben oder Viertelsanschluß anmeldet, braucht die anderen Teilhaber nicht selbst beizubringen. Dies besorgt die Verwaltung, die die Teilhaber nach der Lage ihrer Wohnungen so auswählt, daß ihr möglichst geringe Kosten erwachsen. In Städten, wo nach dem deutschen Tarif ein Anschluß gegenwärtig mindestens 200 *M* kostet, kann ein halber Anschluß um etwa 140 *M* und ein Viertelanschluß um etwa 80 *M* geliefert werden, weil die Verwaltung für einen doppelten oder vierfachen Mehrfachanschluß nicht so viel aufwenden muß als für zwei oder vier Einzelanschlüsse.

Um von den Teilhabern eines Mehrfachanschlusses jederzeit allein jenen anrufen zu können, der gerufen werden soll, verwendet die Beamtin durch Tastendruck für jeden Teilhaber eines Mehrfachanschlusses einen besonders abgestuften Strom.

Mit der Einführung der Mehrfachanschlüsse in Deutschland könnten in den großen Städten die Grundgebührenanschlüsse abgeschafft werden, die der Verwaltung nichts eintragen und gleichwohl für viele Teilnehmer zu teuer sind. Die Teilnehmer werden sich gern gegen Mehrfachanschlüsse umtauschen. Wenn einzelne Teilnehmer sich nicht entschließen, sich mit anderen in einen Mehrfachanschluß zu teilen, so müssen sie eben einen vollen Pauschgebührenanschluß nehmen. Wenn sie täglich fünfmal sprechen, ist dieser nicht teurer als im Grundgebührenanschluß; sprechen sie weniger, so sollen sie den Luxus eines ganzen Anschlusses mit der vollen Pauschgebühr bezahlen.

Durch diese Neuerungen würde sich die Zahl der Fernsprechteilnehmer so stark vermehren, daß der Gebührenausfall, der durch die Aufhebung der Grundgebührenanschlüsse entsteht, durch die Gebühren der neuen Teilnehmerklasse weit übertroffen würde und die Reichspost keinen Grund mehr hätte, eine übermäßige Verteuerung starkbenützter Pauschgebührenanschlüsse zu versuchen.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Deutsch-Oesterreich.

Kriegsentschädigung und Anschlußfrage.

Wien, 23. Juni. Der „Temps" tritt in einem Artikel mit guten Argumenten, die ihren Wiener Ursprung nicht verleugnen, dafür ein, daß die aus der österreichisch-ungarischen Monarchie entstandenen Nationalstaaten für den Krieg ebenso verantwortlich zu machen seien wie Deutsch-Oesterreich und sich durch ihren nachträglichen Uebergang zur Entente dieser Verantwortung ebensowenig entziehen könnten wie das deutsche Volk durch seine verspätete Revolution. Es soll also die Kriegsentschädigung nicht Deutsch-Oesterreich allein, sondern allen Erben der Monarchie aufgebürdet werden. An den verantwortlichen Stellen ist man geneigt, diesem Artikel größere Bedeutung beizumessen. Der Wiener Korrespondent der „Frankf. Ztg." möchte dennoch vor einer Ueberschätzung desselben so eindringlich als möglich warnen. Der Wiener Korrespondent des „Temps" ist nach seiner Meinung ein sehr intelligenter Helfer des Herrn Alizé und versucht auf seine Weise die in Wien nach der Veröffentlichung der Friedensbedingungen sehr gegen Frankreich umgeschlagene Stimmung zu verbessern, mit anderen Worten, die Anschlußbewegung an Deutschland neuerlich zu bekämpfen. Es wird den Deutsch-Oesterreichern eine freundlichere finanzielle Behandlung in Aussicht gestellt, natürlich nur, wenn sie brav auf den Anschluß an Deutschland verzichten. Der „Temps" ist auch das Organ der französischen Hochfinanz, die stark an deutsch-österreichischen Werten interessiert ist und den unvermeidlichen Staatsbankerott schon aus Rücksicht auf die eigene Tasche verhüten möchte. Noch ist aber mit keinem Worte gesagt, daß von den Nationalstaaten die ihnen zugesagte Aneignung sämtlichen auf ihrem Gebiete liegenden deutsch-österreichischen Privatbesitzes irgendwie rückgängig gemacht worden wäre. Für Deutsch-Oesterreich ist es aber ganz gleichgültig, ob es sich in Zahlungen an Frankreich oder an die Nationalstaaten verbluten muß. Ferner ist die französische Finanz noch nicht gleichbedeutend mit der französischen Regierung, die hypnotisiert ist von dem Gedanken, an Stelle des zerstörten Rußland die deutsch-feindlichen Nationalstaaten so stark wie möglich zu machen und ihnen Deutsch-Oesterreich als wehrlose Kolonie auszuliefern. Deutsch-Oesterreich hat von diesen keine Gnade zu erwarten. Sein physisches und nationales Dasein ist nur, wenn überhaupt, durch den Anschluß an Deutschland zu sichern, und jeder Versuch, diese Erkenntnis zu verdunkeln, muß von vornherein als unehrlich und schädlich abgewehrt werden.

*

Unhaltbare Finanzlage des neuen Tschechenstaates.

Prag, 24. Juni. (Korr.-Bur.) In der Nationalversammlung machte Finanzminister Dr. Rasin auf das schnelle Steigen der Ausgaben aufmerksam, die 6 Milliarden betrügen, also zweimal soviel wie das frühere Friedensbudget ganz Oesterreichs. Die letzte Budgeterhöhung hänge mit dem größten nationalen Unglück, dem Einfall der Magyaren zusammen. Den Fehlbetrag könne die Regierung auf zweierlei Weise decken, fordere aber die Ermächtigung, ihn durch Kredite decken zu können. Außerdem würden Steuerentwürfe zu seiner Deckung vorbereitet. Der Minister erklärte, der Haushaltsentwurf rechne nicht damit, wieviel Zinsen der ehemaligen österreichischen Schulden und was überhaupt an Kriegsanleihen und Kriegsschulden zu verzinsen sei, auch nicht die Zahlungen an den Kriegsfonds. Er glaube, daß die finanziellen Friedensbedingungen mit Oesterreich durchaus nicht günstig ausfallen würden. Der Staat werde zwar nicht verpflichtet sein, Kriegsschulden überhaupt zu zahlen, aber auch kein anderer Staat werde dazu verpflichtet sein, sondern alle Kriegsanleihen würden eigentlich ohne Schuldner dastehen. Dagegen werde der Staat einen gewissen Beitrag zu den Begleichungsauslagen für die Kriegslasten der g. und g. Mächte für die Deckung beitragen müssen. Die Staatsschuld würde noch um den Anteil an den Vorkriegsschulden Oesterreichs und Ungarns und weiter durch andere Verpflichtungen wachsen. Der Schuldenstand sei heute nicht genau zu bestimmen. Wichtiger sei die Deckung des Fehlbetrages durch neue Anleihen. Wenn alles durch Anleihen gedeckt würde, so würde der Staat so viele Schulden haben, wie Oesterreich vor dem Kriege.

Prag, 25. Juni. (Wolff.) (Tschecho-Slowakisches Pressebüro.) Südlich von Tisovez wurde der Feind nach heftigen Angriffen, die den ganzen Tag dauerten, durch unsere Gegenangriffe in Unordnung gegen Süden zurückgeschlagen.

Polen und Frankreich.

lt. **Warschau**, 23. Juni. Die langwierigen französischen Streiks und die in immer nähere Aussicht rückende französische Ministerkrise haben in Polen lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Während man sich sonst um die innerpolitischen Verhältnisse des Polen so befreundeten französischen Staats fast gar nicht kümmert, finden sich nunmehr plötzlich lange und ausführliche Berichte über die französischen Streiks und die von den französischen Sozialisten vorgenommenen Schritte in den polnischen Blättern aller Parteirichtungen. Offenbar auf gemeinsame Weisung hin haben die Pariser Berichterstatter der polnischen Blätter ihren Zeitungen eingehende Berichte über die Lage gesandt, sie alle klingen darin aus, daß die französischen Verhältnisse und die Entwicklungen für die polnische Politik von außerordentlicher Bedeutung seien, da die polnische Außenpolitik sich zurzeit ausschließlich auf die Politik Clemenceaus und Pichons stützt und im Falle eines neuen, links gerichteten Ministeriums in Frankreich vor einem unausbleiblichen Zusammenbruch steht. Soweit die Blätter der Rechten in Frage kommen, wird dies natürlich mit großem Bedauern festgestellt; die linken Blätter, z. B. der „Robotnik" in Warschau, aber nicht weniger das Blatt Daszynskis, der „Naprzód" in Krakau, weisen darauf hin, wie unklug es von der polnischen Regierung war, sich ausschließlich durch Dmowski auf die wenigen rechtsstehenden Politiker Frankreichs zu verlassen, wie es tatsächlich geschehen ist.

Die deutsche Republik.

Eine Ressortfrage.

Nach einer offiziösen Mitteilung soll mit dem Reichsfinanzministerium als selbständige Abteilung die bisherige deutsche Waffenstillstandskommission verbunden werden, um die Mitwirkung Deutschlands bei einem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich und Belgien zu regeln. Diese Absicht kann wohl nur darauf beruhen, daß der Leiter der Waffenstillstandskommission jetzt im neuen Kabinett den Posten des Finanzministers übernommen hat. Sonstige sachliche Gründe können für eine solche Ressortvereinigung nicht in Betracht kommen. Bei dem Wiederaufbau der zerstörten feindlichen Gebiete handelt es sich ganz überwiegend um rein wirtschaftliche Fragen, wie z. B. die Beschaffung von Material und Arbeitskräften. Diese Fragen gehören aber zum Arbeitsgebiet des Wirtschaftsministeriums und nicht zu dem des Finanzministeriums. Man weiß auch außerhalb der beteiligten amtlichen Stellen, daß zwischen der Waffenstillstandskommission und dem Wirtschaftsministerium schon bisher weitgehende Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeit in einzelnen Fragen geherrscht haben. Wollte man für die Zukunft die Waffenstillstandskommission aufrecht erhalten und sie dem Finanzministerium angliedern, dann würden sich die durch die Denkschrift des Herrn Wissell offenbarten Gegensätze unzweifelhaft noch verschärfen und zu dauernden unerfreulichen Zuständen innerhalb der Regierung führen. Es ist im übrigen auch nicht einzusehen, warum die Waffenstillstandskommission aufrechterhalten werden soll. Sie war von vornherein nur als eine vorübergehende Instanz gedacht, deren Tätigkeit mit dem Friedensschluß ihr Ende erreichen mußte. Für die Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages brauchen wir keine Sonderbehörden, sie ist vielmehr Sache der zuständigen Reichsministerien.

n. p.

Das Zentrum in der Regierung.

Es wird jetzt bekannt, daß die Zentrumspartei bei den Abmachungen mit der Sozialdemokratie über die Bildung der neuen Regierung sich in zwei Reichsministerien, in denen sie gegenwärtig nicht vertreten ist, einen maßgebenden Einfluß auf die Geschäftsleitung dieser Ministerien gesichert hat. Was zunächst das Arbeitsministerium betrifft, so war das Zentrum darin früher durch den Unterstaatssekretär Giesberts und den Ministerialdirektor Würmeling vertreten. Der erstere wurde Postminister, Würmeling scheidet jetzt aus, um das Oberpräsidium der Provinz Westfalen zu übernehmen. In die am 1. Juli durch die Pensionierung des Unterstaatssekretär Casper freiwerdende Stelle rückt der bisherige Ministerialdirektor im Arbeitsministerium Geib auf, während zum Nachfolger Würmelings der Geheime Oberregierungsrat Siefart in Aussicht genommen ist. Infolgedessen ist das Zentrum im Arbeitsministerium in keiner höheren Stellung vertreten. Es hat deshalb den Abgeordneten Becker-Arnsberg als Beirat dorthin entsandt. Ueber die Person des Beirats für das Reichswirtschaftsministerium verlautet noch nichts näheres. Die Frage ist für die Gestaltung unserer Wirtschaftspolitik bei den bekannten Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung von erheblicher Bedeutung.

Ledebour und der „Vorwärts".

Zu Ledebours Freisprechung heißt es im „Vorwärts":

Wäre Ledebour verurteilt worden, so wäre er in den Augen seiner Anhänger ein Märtyrer gewesen, wie man jetzt, da er freigesprochen ist, versuchen wird, einen Heros aus ihm zu machen. Uns gibt seine Freisprechung die volle Freiheit, auszusprechen, daß Ledebours Handlungsweise im Januar unsinnig und moralisch verwerflich gewesen ist und daß Deutschland zu allem Unglück nur noch das eine fehlte, daß dieser Mann zu politisch maßgebendem Einflusse aufstieg.

Herr Eichhorn.

Aus einem aufgefangenen Funkspruch aus Petersburg an „Alle", der vom 17. Juni datiert ist, geht hervor, daß der Ex-Polizeipräsident Eichhorn von den russischen Bolschewisten zum Chef der deutschen Gegenspionage ernannt worden ist. Der Funkspruch lautet:

„Die geheimen Agenten und Spione von Wilhelm fahren im Geheimen fort, mit ihrer Arbeit monarchistische Revolution in Deutschland vorzubereiten. Die Agenten Wilhelms haben schon Schritte unternommen, sich den reaktionären Russen zu nähern. Sie haben eine Delegation an Koltschak gesandt, was durch Eichhorn, Chef der deutschen Gegenspionage, konstatiert worden ist. Die Delegation ist im Februar nach Sibirien abgereist und wurde von Koltschak empfangen. Sie schlug Koltschak vor, gemeinsam mit ihnen gegen die Sowjetregierung zu handeln und die Monarchie in Deutschland und Rußland wieder herzustellen. Es wurde ein künftiges Bündnis zwischen den beiden wiederhergestellten Monarchien von ihnen und Koltschak geschlossen."

Offenbar auf dieses Telegramm stützt sich die bekannte Meldung der „Freiheit", daß General Lettow-Vorbeck gegenwärtig im Osten eine große Heeresmacht formiert, um mit derselben gegen Berlin und gegen Polen zu operieren. Sein Unternehmen solle sich nicht nur gegen die Entente, sondern ebenso entschieden gegen eine Noske-Regierung richten. Auf keinen Fall wolle er sich der Entscheidung der Regierung fügen. Die Meldung der „Freiheit" scheint demnach aus Herrn Eichhorns „Gegenspionage-Büro" in Braunschweig zu stammen.

Der „Elsässer" Daniel Blumenthal.

Am 24. Mai fand in Antwerpen eine interparlamentarische Handelskonferenz statt, an der als Mitglied der französischen Abordnung auch Daniel Blumenthal, früher in Colmar, teilnahm. Er hielt bei dem anschließenden Diner eine Rede, die mit den Worten begann: „Ich bin Elsässer!" (Stürmischer Beifall.) „Ich bin Elsässer und als solcher Mitglied der französischen Delegation." (Neuer Beifall.) Wie es mit der Elsässerschaft des ehrenwerten Herrn Daniel Blumenthal steht, darüber einige Angaben:

Daniel Blumenthal, geboren 1860 in Thann (Oberelsaß) als Sohn eines aus Felsag in Russisch-Polen nach dem Elsaß eingewanderten jüdischen und zum Protestantismus übergetretenen Kolporteurs, studierte in Straßburg Jurisprudenz und war dort Mitglied der Studentenverbindung „Sundgovia", gab im Jahre 1882 seine russische Staatsangehörigkeit auf, wurde 1886 Rechtsanwalt in Mülhausen, 1891 in Colmar, gründete dort mit Preiß 1895 die demokratische „Elsaß-Lothringische Volkspartei", deren gleichnamiges Parteiblatt er bis 1914 geleitet hat, verfeindete sich mit Preiß, erteilte der von Wetterlé und Preiß geleiteten „Protestpartei" offene Absage, trat ins deutsche Lager über und wurde 1900 mit Hilfe der Altdeutschen gegen die Wetterlésche Partei in den Bezirkstag gewählt. War 1903 bis 1907 Mitglied des Reichstags, wo er sich der süddeutschen Volkspartei anschloß. Von 1903 bis 1911 Mitglied des Landesausschusses in beiden Körperschaften, war er offener Gegner des „Protestes". 1908 mit Hilfe der Altdeutschen in den Gemeinderat von Colmar gewählt, wurde er auf Grund seiner Gegnerschaft gegen Preiß und Wetterlé zum Bürgermeister von Colmar ernannt. 1911 als solcher Mitglied der Ersten Kammer des Landtages, versöhnte sich dann wieder mit Preiß und Wetterlé und schloß sich der nationalistischen Bewegung an, verlor infolge seines zweimaligen Gesinnungswechsels seinen Einfluß, erlitt bei der Gemeinderatswahl 1914 eine vernichtende Niederlage und verlor den Sitz im Landtage. Schon vor Kriegsausbruch war seine politische Rolle im Elsaß ausgespielt. Erst durch seine Flucht nach Frankreich erlangte er dort als „echter" Elsässer und französischer „Patriot" wieder politische Bedeutung und entsprechende finanzielle Einnahmen. Er hat dreimal, als Soldat, als Mitglied des Reichstages und des Landtages, den deutschen Treueid geleistet.

Badischer Landtag.

Sozialisierung.

(Eigener Bericht.)

Der Badische Landtag begann gestern die schon wiederholt auf der Tagesordnung gestandene Sozialisierungsdebatte, die durch eine Interpellation von elf sozialdemokratischen Abgeordneten vom 3. April l. J. angeregt wurde. Die Sozialisierungsfrage beschäftigt das deutsche Volk schon seit den Novembertagen des vergangenen Jahres in erhöhtem Maße, namentlich spielte sie in den Wahlkämpfen des Dezember und des Januar allenthalben eine große Rolle, und die Landesversammlungen der A.-, S.-, B.- und V.-Räte beschäftigten sich mit ihr eingehend. Die Literatur hierüber hat von Monat zu Monat einen immer stärker anwachsenden Umfang angenommen. Daß die deutsche Nationalversammlung dieser Frage ebenfalls schon mehrere Sitzungen gewidmet hat, sei nur nebenbei erwähnt. Allein gut Ding will Weile haben; selbst der Berliner „Vorwärts" hat in den letzten Monaten wiederholt den Standpunkt vertreten, daß Sozialisierungsgesetze nicht von heute auf morgen geschaffen werden können. Die oben angedeutete Interpellation lautet: „Was gedenkt die badische Regierung zu tun, um im Rahmen der Sozialisierungsgesetze für das Reich die Sozialisierung für Baden in die Wege zu leiten?" Die Frage wurde gestern von den badischen Volksvertretern mit dem ihr gebührenden Ernst behandelt. Die Parteien benützten die Gelegenheit, um ihre Grundgedanken und ihre Stellungnahme zu dieser wichtigen Materie darzulegen. Man kann sagen, keine von ihnen hielt mit ihrer Ansicht zurück, sondern eine jede tat offen vor dem ganzen Volke kund, was sie sich von ihr verspricht und welche Nachteile sie etwa befürchtet. Die Aufmerksamkeit war während der einzelnen Reden groß, bedeutend größer, als man sie sonst hier antrifft. Die von den einzelnen Fraktionen als Redner bestimmten Abgeordneten machten sich während der Rede des Begründers der Interpellation, des Freiburger Abgeordneten Dr. Kraus, eifrig Notizen und verglichen ihr Konzept mit dessen Ausführungen. Drei Minister hatten auf ihren Abgeordnetensitzen Platz genommen. Am Mittwoch kam die erste Rednerreihe zu Wort und heute nachmittag um 4 Uhr wird die Aussprache nach der zweiten Lesung des Gesetzes über die Bürgschaftsübernahme für ein Darlehen der Stadtgemeinde Kehl durch den Staat fortgesetzt.

Dr. Kraus ergänzte sich eingangs seiner zweistündigen Rede in akademischen Erörterungen über die Lehre von Karl Marx zur Sozialisierungsfrage und unterstrich dabei wiederholt die Forderung: Die in Deutschland am 9. Nov. v. J. ins Leben gerufene politische Demokratie muß zu einer sozialen Demokratie ausgebaut, in der dem Rätesystem eine besondere Stellung eingeräumt werden muß. Weiter meinte der Redner, es wäre verkehrt, wenn man glauben würde, gegen die Sozialisierung vorgehen zu können, und forderte möglichst rasche praktische Arbeit, damit in dieser Frage recht bald etwas Positives geleistet werden könne, denn sonst könnte es kommen, daß die radikaleren Elemente diese Dinge in die Hand nehmen und die gemäßigteren bei Seite schieben könnten: Baden solle auf diesem Gebiete bahnbrechend vorangehen und dem Reiche zeigen, was bei gutem Willen geleistet werden könne. Berlin sei sicherlich dankbar für jeden praktischen Weg, der ihm gezeigt werde; die badische Sozialdemokratie wolle nicht, daß alles von Berlin aus zentralisiert werde. Als der Redner Richtlinien für die Sozialisierung der Landwirtschaft aufstellte, erfolgten beim Zentrum wiederholt Zwischenrufe. Eine der Hauptforderungen Dr. Kraus' war die Ausschaltung der Profitwirtschaft des Großkapitalismus und die Beseitigung der Diktatur des Unternehmertums. Wenn die Arbeiterschaft einmal in der Arbeit drinnen stecke, dann werde der dunkle Radikalismus von selbst aufhören. Die Antwort der Regierung war kurz und bündig. Einer Charakterisierung des kapitalistischen Systems vor der Revolution folgte die Zustimmung zu der von der Reichsregierung angekündigten gesetzlichen Verankerung der Betriebs- und Wirtschaftsräte. Dann kam die

Neues aus dem Reich der Technik.

Von **Ernst Trebesius**.

Unbekümmert um das Für und Wider der Wissenschaftler hinsichtlich der Erforschung des Wesens der Elektrizität sind die Praktiker ohne Unterlaß am Werk, diese Kraft zu immer neuen Dienstleistungen heranzuziehen. So wird jetzt von einer neuen amerikanischen Erfindung berichtet, wonach vielleicht in Zukunft der Verbrauch elektrischer Energie statt mit dem bisherigen Zähler mit der Maßkanne gemessen wird. Sie soll bei Stromkleinverbrauchern Verwendung finden, alle kostspieligen Apparate vermeiden und das übliche monatliche Ablesen und Verrechnungswesen beseitigen. Der Strom wird, sobald die Menge Elektrizität, für die bezahlt wurde, verbraucht ist, automatisch ausgeschaltet, nachdem er zuvor zur Warnung das Licht eine Minute verlöschte. Das Meßverfahren beruht auf der elektrolytischen Wirkung eines schwachen Nebenstromes auf einen kleinen Kupferzylinder von bekanntem Gewicht, der durch den Strom aufgezehrt wird.

Auf einem etwas anderen Gebiet der Elektrotechnik liegen die Versuche, die kürzlich in der Münchner Röntgen-Röhren-Fabrik angestellt wurden. Bekanntlich wies schon Röntgen in seinen ersten Veröffentlichungen über die von ihm entdeckten Strahlen nach, daß man damit auch das Innere von Metallen untersuchen kann. Der Doppellauf einer Jagdflinte, durch dessen Wandung hindurch man die eingesteckten Patronen und sogar die Fehler der Läufe sehen konnte, erregte seinerzeit nicht geringes Aufsehen. Nicht minder verblüffend ist nun eine andere Anwendung der Röntgenstrahlen, die in der erwähnten Münchner Fabrik vorgenommen wurde, wobei die Zuhaltungsscheibe eines amerikanischen Kombinationsschlosses, wie sie bei großen Panzerschränken im Gebrauch sind, durchröntgt und im Bilde festgehalten wurde. Einen Schritt weiter noch und man sieht durch die geschlossene Tressortür hindurch und zählt von außen die aufgestapelten Kassenscheine und Wertpapiere. — Die von der Coolidge-Röhre ausgesandten Röntgenstrahlen haben eine solche außerordentlich hohe Durchdringungskraft, daß sie 100 mm dicke Stahlplatten durchdringen, so daß Fehler von 8/5 mm Durchmesser erkannt werden können. Die Röhre benötigt 250 000 Volt Spannung. Der damit Arbeitende muß vor den scharfen Strahlen aufs Sorgfältigste geschützt werden. Er sitzt in einem mit Blei ausgeschlagenen Kasten ruht, in dem nur eine Oeffnung für die wirksamen Strahlen vorhanden ist. Die Expositionsdauer beträgt eine bis fünf Minuten.

Ein anderes Beispiel von den ungeahnten Möglichkeiten, die die Elektrizität für uns noch im Schoße hat, bieten die Forschungen Professor Dr. Lummers in Breslau, dem es jetzt gelungen ist, mit Hilfe der elektrischen Bogenlampe die gewaltige Temperatur von 6000 Grad Wärme zu erreichen. Bei seinen langjährigen Versuchen hatte Lummer festgestellt, daß die Temperatur des Kraters, der sich an der Kohle bildet, bei abnehmendem Luftdruck abnimmt. Also mußte sie bei zunehmendem Druck ebenfalls zunehmen. Den in dieser Richtung unternommenen Versuchen stellten sich insofern Schwierigkeiten entgegen, als der Lichtbogen zunächst bei zunehmendem Druck immer schlechter brannte und schließlich ganz versagte. Endlich ergaben die fortgesetzten Experimente ein positives Resultat und bei den neuerlichen Versuchen mit der so geschaffenen Drucklampe, bei der der Druck bis auf 25 Atm. gesteigert werden kann, wurde eine Kratertemperatur von 6000 Grad gemessen. Sofern die Berechnungen der Forscher Scheiner und Wilfing vom astrophysikalischen Institut zu Potsdam, die eine Sonnentemperatur von höchstens 5500 Grad ergaben, richtig sind, wäre damit die gewaltigste natürliche Wärmequelle, die Sonne, noch um 500 Grad überboten. Abgesehen von dem neuen wissenschaftlichen Triumph hat die Entdeckung Lummers insofern auch für das praktische Leben eine hohe Bedeutung, als wir damit der Lösung des Problems des weißen Lichtes — hinsichtlich der Farbe dem Sonnenlicht gleich — wieder um einen Schritt näher gerückt sind.

Während so auf der einen Seite eine wohl kaum noch zu überbietende Wärme erreicht wurde, gelang es einem anderen Forscher, fast zur gleichen Zeit den absoluten Nullpunkt — 273 Grad unter dem Gefrierpunkt — beinahe zu erreichen. Der holländische Physiker Kammerlingh-Onnes in Leyden, der sich schon lange mit den niedrigen Temperaturen beschäftigt, hat diesen absoluten Nullpunkt, bei dem die Gase keine Spannung mehr haben, bis auf 5 Grad erreicht. Bei —268 Grad gelang es dem Forscher, Helium zu verflüssigen. Die bis dahin noch nie erreichten Kältegrade gaben ihm gleichzeitig Gelegenheit zur Nachprüfung einer schon längere Zeit zuvor gemachten Wahrnehmung, wonach bei Abkühlung sich der elektrische Widerstand der Metalle verringert. Den Berechnungen nach muß er beim absoluten Nullpunkt vollkommen aufhören. Ein vielmals um eine Spule gewickelter feiner Bleidraht, der in normalem Zustand großen Widerstand hat, setzte, in flüssiges Helium getaucht, dem elektrischen Strom alsbald keinen Widerstand mehr entgegen. Wie weit die neue Erkenntnis auch für das praktische Leben von Wert sein kann, läßt sich einstweilen noch nicht überblicken.

Während Helium bei —268 Grad aus dem gasförmigen in den flüssigen Zustand übergeht, wechselt die u. umgebende Luft schon bei —193 Grad ihren Aggregatzustand. Mancherlei mit der flüssigen Luft vorgenommene Experimente haben nun den Nachweis erbracht, daß sie sich sehr gut zum Sprengen eignet. Man verwendet sie im Kohlen-, Kali- u. Erzbergbau, sofern keine Gefahr schlagender Wetter besteht. Die Sprengung kommt dadurch zustande, daß ein mit flüssiger Luft getränkter Kohlenstoffträger zur Entzündung gebracht wird. Der Kohlenstoffträger hat die Form einer Patrone, die Sägemehl, Torf, Ruß, Holzkohle oder ähnliche Stoffe enthält. Vor dem Gebrauch wird eine solche Patrone in flüssige Luft getaucht und saugt dabei gierig das 5- bis 7fache ihres Eigengewichtes an flüssiger Luft auf. Zum Sprengen genügt aber schon das Zweizweidrittelfache ihres Gewichtes. Der Ueberschuß verdampft, und während dieser Zeit können sich die Bergleute zurückziehen. Die Sprengungen selbst erfolgen durch Zündschnur oder mit elektrischem Strom. Ein besonderer Vorteil dieses Verfahrens ist der, daß die Verbrennungsgase nach der Detonation keine giftigen Gase hinterlassen.

Theater und Musik.

Badisches Landestheater. Als letzte Vorstellung der heurigen Spielzeit geht am Montag, den 30. Juni, zugunsten der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger Neßlers „Trompeter von Säkkingen" einmalig in Szene. Kammersänger Jan van Gorkom hat sich freundlichst bereit erklärt an Stelle des beurlaubten Benno Kiesler den „Werner Kirchhofer" zu übernehmen und hat im Interesse des guten Zweckes uneigennützig auf jede Vergütung verzichtet. Die großen Sympathien, die das frühere Mitglied unserer Bühnen als hervorragender Sänger und Darsteller genoß, sind ungetrübt geblieben und so werden seine zahlreichen Freunde und Verehrer gewiß die Gelegenheit begrüßen, die Sangeskunst van Gorkoms wieder einmal bewundern zu können.

Die Operndirektorfrage in Frankfurt a. M. Der „Frankfurter General-Anzeiger" berichtet, daß Geheimrat Reiß den bekannten früheren Kapellmeister der Frankfurter Oper, Egon Pollack, der jetzt in Hamburg sich einen Namen gemacht hat, zu berufen beabsichtigt. Es ist noch nicht entschieden, ob mit der Tätigkeit Pollacks als erster leitender Kapellmeister zugleich die Verwaltung einer Operndirektorstellung verbunden werden soll.

Die Direktorwahl im Berliner Schauspielhaus. Das künstlerische Personal des Schauspielhauses hat, wie es auch vom Personal des Opernhauses geschah, das, wie wir berichteten, Schillings wählte, die Kandidatenliste fertiggestellt, auf Grund deren das Ministerium die Wahl des Direktors vollziehen wird. Die Kandidaten sind Jeßner (Königsberg), Patry, Bruckner, Bruno Wille. Neu ist darin der letzte Name. Bruno Wille, der eigentliche Gründer der Neuen freien Volksbühne, hat in der letzten Zeit als ihr Ehrenvorsitzender sich theaterpraktisch nicht mehr betätigt. Sollte Jeßner Direktor werden, so werden, der „Voss. Ztg." zufolge, Patry und Bruckner ihm sicherlich ihre bewährte Arbeitskraft zur Verfügung stellen.

Der polyphone Geigenbogen, der es ermöglicht, mehrgriffige Stellen, Akkorde auf der Violine zu erzeugen, ohne das auch bei den anderen Streichinstrumenten notwendige Reißen bei der Bogenführung über mehrere Saiten, ist eine Erfindung des Kölner Geigers Hermann Barkowsky. Ueber seine Anwendung in einem Konzert in Köln schreibt ein dortiger Musikreferent: Das ästhetische Schauen ist noch zu wenig an seine nach Art einer Säge mit großem Bogen geformte Gestalt gewöhnt, um sein Aeußeres und die beim Strich in einen bald größeren bald kleineren Winkel sich teilende Behagung schön zu finden, aber polyphone Stellen erhalten durch den Berkowski-Bogen eine leichtere Herausarbeitung, somit Fluß und Plastik. Der „polyphone Bogen" soll namentlich wertvoll sein für Werke wie z. B. Tartinis Teufelstriller.

Kunst und Wissenschaft.

Vereinigung der bildenden Künstler in Hessen.

Aus Darmstadt wird uns geschrieben: Als zweite der diesjährigen Darmstädter Ausstellungen ist die der „Vereinigung der bildenden Künstler in Hessen" eröffnet worden. Die

Feststellung, daß die Sozialisierung der Wirtschaftsbetriebe nicht von jeder Gemeinde oder jedem Bundesstaate allein und für sich unternommen werden kann, sondern daß hier das Reich führend sein und den gesetzgeberischen Rahmen schaffen muß. In diesem Rahmen wird auch die badische Regierung im Interesse der Wohlfahrt des Volkes mitarbeiten. Darüber hinaus wird sie ernsthaft prüfen, wo in Baden die Voraussetzungen zur Sozialisierung gegeben sind: Vorarbeiten dazu sind im Gange. Zum Schlusse betonte der Minister, es sei eine Wahnidee, zu glauben, daß die Verwirklichung des Sozialismus durch Putsche oder wilde Streiks erreicht werden könne. Sozialismus heißt: planmäßigste und zweckmäßigste Steigerung der produktiven Kräfte, Ausschließung aller nutzlosen Arbeit, um unter Schonung der menschlichen Kräfte das Höchstmaß an Gütern zu erzeugen.

Der Zentrumsredner Duffner entgegnete dem Interpellanten, seine Fraktion könne ihm in manchen Dingen zustimmen, doch dürfe man nicht glauben, daß von der Sozialisierung alles Heil kommen werde. In der Zeit des vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruchs müsse man sich die Frage vorlegen: Was ist reif für die Sozialisierung? Was wollen und was können wir jetzt sozialisieren? Antwort: Der Jammer, die Not, das Elend und das Leid. Unser oberster Paragraph muß heute sein: Wiederaufnahme der ernsthaften Arbeit. Der Gedanke an die Sozialisierung der Landwirtschaft erfülle das Zentrum mit großer Sorge. Statt zerkleinern, müsse man in Baden kleineren und mittleren Betrieben die Möglichkeit geben, sich vergrößern bezw. stärken zu können, damit sie leistungsfähig werden. Das wahllose Zusammenschneiden der landwirtschaftlichen Betriebe wäre ein wirtschaftlicher Fehler, unter dem in allererster Linie das werktätige Volk zu leiden hätte. Dr. Gothein von der demokratischen Fraktion hielt Dr. Kraus entgegen, daß das alte Marxsche Sozialisierungsprogramm jetzt nicht anwendbar sei. 40 Jahre lang sei dem Arbeiterstande in Aussicht gestellt worden, daß die Sozialisierung komme und daß sie kommen müsse und nun treten die Arbeiter eben vor ihre Führer hin mit ihrem Scheine und verlangen seine Einlösung. In die innere Verwaltung Räte einzusetzen, könne man billigen, ebenso einen stärkeren Einfluß der Gewerkschaften, aber ihre Einsetzung in die Geschäftsführung dürfte für unser Wirtschaftsleben ein großes Unglück bedeuten; desgleichen verwarf der Redner die Radikalisierung der Landwirte, die da und dort zu Tage getreten ist. Im übrigen stellte er sich auf den Boden der Regierungserklärung, daß in der Frage der Sozialisierung einzig und allein das Reich zuständig sei und nicht die einzelnen Bundesstaaten. Doppelte Vorsicht sei bei der Sozialisierung der badischen Landwirtschaft geboten, denn wir haben in Baden nur einen einzigen landwirtschaftlichen Großbetrieb in Waghäusel, der gut floriere, und nur 4 Prozent Großbesitz. Dagegen müsse die Kleinwirtschaft zusammengefaßt und gefördert werden. Den starken genossenschaftlichen Zusammenschluß der Landwirte verlange auch das Programm der Deutschen Demokratischen Partei. Wir haben bereits landwirtschaftliche Genossenschaften und verlangen die Vermehrung ihrer Kompetenzen. Zum Schlusse forderte dieser Redner eine möglichste Steigerung unserer Rohprodukte im Interesse unseres Wirtschaftslebens und eine durchgängige Reform der Pachtverhältnisse. Maier-Karlsruhe von der Deutsch-Nationalen Fraktion legte hierauf den Standpunkt dieser Partei dar und betonte, man könnte die Beobachtung machen, daß das Wort „Sozialisierung" ein Schlagwort sei mit einem doppelten Gesicht und zwar einem vielsagenden und einem nichtssagenden. Diese Fraktion hätte gewünscht, daß die Erklärung der Regierung inhaltsreicher, vollständiger und gründlicher gewesen wäre.

Zu Beginn der Sitzung erledigte das Haus den Gesetzentwurf über die Bürgschaftsübernahme für ein Darlehen der Stadtgemeinde Kehl durch den Staat. Aus dem Vortrag des Berichterstatters des Haushaltsausschusses sei noch entnommen, daß Kehl die Million Mark, die sie von der Badischen Sparkassen-Girozentrale in Mannheim leihweise erhalten kann, braucht für Arbeitslosenunterstützung, Notstandsarbeiten und andere soziale Arbeiten. Straßburger Banken wären aus leicht begreiflichen Gründen gerne bereit gewesen, der Stadt Kehl Geld vorzustrecken, das liegt aber nicht in unserem Interesse. Der frühere Bürgermeister von Kehl und Vertreter des Kehler Bezirks in der ehemaligen Zweiten Kammer, der Abgeordnete und Minister des Aeußeren, Dietrich, trat warm für die Annahme des Gesetzentwurfes ein, der sodann mit 83 Stimmen einstimmig angenommen wurde.

Aus dem Justizausschuß.

Der Ausschuß des Landtags für Justiz und Verwaltung hielt am Mittwoch nachmittag eine Sitzung ab.

Zunächst beschäftigte er sich mit Fragen, die gelegentlich des Vollzugs des Verwaltungsgesetzes entstanden sind. Es waren im Lande Zweifel darüber aufgetaucht, welche Wahlart bei der Wahl des Kreisausschusses gelten soll und wer dabei stimmberechtigt ist. Der Justizausschuß war einstimmig der Meinung, daß der Kreisausschuß auch in Zukunft mit relativer Stimmenmehrheit zu wählen ist, wie dies § 48 Abs. 2 des Verwaltungsgesetzes vorsieht. Er war weiter der Ansicht, daß nach Artikel VI, Ziffer 3, Abs. 2, des Gesetzes vom 28. März/4. April 1919 die bisherigen Mitglieder des Kreisausschusses bei der Neuwahl des Kreisausschusses stimmberechtigt sind. Dabei war aber der Justizausschuß einig in dem Wunsche, es möchten sich allenthalben die in der Kreisversammlung vertretenen Parteien im Wege des freiwilligen Proporzes auf eine ihrer Stärke entsprechende Zusammensetzung des Kreisausschusses einigen.

Bei der Beratung eines sozialdemokratischen Gesetzentwurfs, der vorschlägt, die Kreisversammlung solle die Mitglieder des Kreisausschusses auf Grund der Verhältniswahl aus den Kreisabgeordneten wählen, wurden von demokratischer und von Zentrumsseite Bedenken dagegen erhoben, daß das Verwaltungsgesetz, dessen völlige Umgestaltung bevorsteht, abermals in einem Einzelpunkte geändert wird. Die Abstimmung wurde zurückgestellt.

Auf Grund der Aussprache in der Sitzung des Ausschusses vom vorigen Dienstag erklärte sich die Regierung zu einer Aenderung des provisorischen Gesetzes über die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit nach der Richtung bereit, daß der Kriegszuschlag bei den nach dem Jahre 1918 erfolgenden Wiederherstellungen von 60 auf 100 Proz. der Brandentschädigungssumme erhöht, und daß zur Deckung des Mehrbedarfs dem Umlagebedarf der volle 100proz. Zuschlag zugerechnet wird. Die in der vorigen Sitzung eingebrachte Resolution, durch die die Regierung ersucht werden sollte, die Entschädigung für durch Feuer zerstörte Gebäude auf eine andere Grundlage zu stellen in der Weise, daß Brandbeschädigten in allen Fällen der Wiederaufbau ermöglicht werde, wurde mit Rücksicht auf eine in Aussicht stehende reichsrechtliche Regelung der Materie zurückgezogen. Dem Gesetz selbst stimmte der Justizausschuß mit den beiden oben mitgeteilten Aenderungen einmütig zu.

Kurze Anfragen.

Dem Landtag sind am Mittwoch drei kurze Anfragen von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion zugegangen. Abg. Rausch fragt: „Sind der Regierung die Mißstände in den badischen Lungenheilanstalten bekannt? Was ist zu ihrer Beseitigung getan?" Abg. Koenigsberger fragt: „Hat die Regierung die Handhabe zum Verbot des Verkaufs jugendverderblicher Literaturprodukte, z. B. Kriminalzeitung u. a.?" Eine weitere Anfrage des gleichen Abgeordneten lautet: „Ist die Regierung bereit, gegen das Halten von sog. Pensionskühen durch Nichtlandwirte umgehend einzuschreiten?"

Eingänge.

Dem Landtag sind in den letzten Tagen wieder zahlreiche Petitionen zugegangen, darunter solche persönlicher Art, wie dann auch andere von Beamtenorganisationen, die eine möglichst schnelle Erledigung der in Aussicht gestellten Ausgleichszulage wünschen. (Wie aus den Verhandlungen im Haushaltsausschuß des Landtags bekannt geworden ist, wird sowohl dieser, wie dann auch das Plenum die Vorlage über die Ausgleichszulage, so rasch wie angängig, wahrscheinlich in dieser Woche noch erledigen. Am Mittwoch nachmittag befaßten sich die Fraktionen des Landtags mit der Ausgleichszulage.) Weiterhin ist dem Landtag eine telegraphische Eingabe des Vorstandes des Ausschusses für Volksaufklärung zugegangen, in der die sofortige restlose Beschlagnahme der Kriegsgewinne, Veröffentlichung der jüdischen Sondergesetze, Entfernung der Juden aus den öffentlichen Aemtern, Trennung des jüdischen Gerichtswesens vom deutschen und Einsetzung von deutschen Laiengerichten gefordert wird. Ferner haben die Lehramtskandidaten der Universitäten Freiburg und Heidelberg eine Denkschrift über die soziale Notlage der kriegsteilnehmenden Lehramtskandidaten dieser Universitäten überreicht.

Aus den Parteien.

Demokratische Jugend.

(Eigener Bericht.)

Die Ortsgruppe Rastatt gab ihren Mitgliedern Gelegenheit, sich in einem Vortrag über das Für und Wider eines Zusammenschlusses Württembergs und Badens zu unterrichten. Die Rednerin, Frl. Vogel-Rastatt, betonte in ihren Ausführungen vor allen Dingen die damit verbundenen kulturellen Fragen. Ausgehend von dem Gedanken der Vereinigung, der in Weimar so plötzlich auftauchte und bald ernstliche Formen angenommen hatte, streifte die Rednerin kurz die wirtschaftlichen Gründe für und gegen den Zusammenschluß, um sich schließlich auch der kulturellen Bedeutung dieser Frage zuzuwenden. Ihre Ausführungen gingen dahin, daß die Bedenken, die schon in weiten Kreisen Badens wegen der badischen Wirtschaftsverhältnisse bestehen, gerade in kultureller Beziehung noch weit mehr eine Ablehnung des Zusammenschlusses bestärken müßten. Baden würde auch dann der gebende, Württemberg der empfangende Teil sein. Unsere Landeshauptstadt Karlsruhe würde zu einer unbedeutenden Provinzstadt herabsinken. Und gerade jetzt, wo Baden wieder Grenzland wird, müßte Karlsruhe doppelt eine Hochburg kulturellen Deutschtums sein, wie sie bisher in hervorragender Weise ein Kulturzentrum Süddeutschlands war. An den überaus sachlichen und klaren Vortrag schloß sich eine längere Aussprache. h.

Demokratischer Verein Lahr.

In einer vom Deutsch-Demokratischen Verein Lahr einberufenen stark besuchten Versammlung, in der die drei Vorsitzenden des Vereins Dr. Paul Waeldin, Professor Schück und Frau Frida Sauer sprachen, wurde folgende Entschließung gefaßt und an die deutsch-demokratische Fraktion Weimar sowie an den Vorstand der Deutsch-Demokratischen Partei Karlsruhe abgesandt:

„Die Deutsch-Demokratische Partei in Lahr ist mit der Entscheidung der Fraktion in der Friedensabstimmung und ihrer Ausschaltung aus der Regierung nimmermehr einverstanden. Sie verlangt nach reiflicher Ueberlegung endlich eine Reform in ihrer Führung und vor allen Dingen Aufklärung im Falle Richthofen."

Letzte Nachrichten.

Jeßner und v. Schilling.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. Juni. (Wolff.) Das Kultusministerium hat beschlossen, den beiden anderen in Betracht kommenden Ministerien, nämlich dem Finanzministerium und dem Ministerium des Innern, die von dem Personal der beiden Berliner Staatstheater in erster Linie bezeichneten Männer, nämlich Leopold Jeßner für das Schauspielhaus und Dr. Max von Schilling für die Oper zur Ernennung vorzuschlagen.

Scheidemann.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 25. Juni. Der ehemalige Ministerpräsident Scheidemann hat sich, wie wir erfahren, in die Schweiz begeben, wo er mehrere Wochen zur Erholung bleiben wird.

Aenderung der Gerichtsverfassung.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 25. Juni. Ein Gesetzentwurf über die Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes ist im Reichsjustizministerium ausgearbeitet worden und den Regierungen der Einzelstaaten zur Begutachtung zugegangen. Der Entwurf enthält unter anderem auch neue Vorschriften über die Auswahl der Schöffen und Geschworenen, wobei eine direkte Wahl durch das Volk vorgesehen ist. Ein Gesetzentwurf über die Entschädigungen für die Tumultschäden anläßlich der Spartakusunruhen ist dem Staatenausschuß zugegangen und wird demnächst der Nationalversammlung vorgelegt werden. Nach dem Entwurf sollen Reich, Staaten und Gemeinden gemeinsam die Kosten tragen.

Protest der sächsischen Regierung.

(Drahtmeldung uns. Dresdener Korrespondenten.)

C. **Dresden**, 25. Juni. In der heutigen Sitzung der Volkskammer erhob Ministerpräsident Dr. Gradnauer feierlichen Protest gegen die ungeheuerliche Vergewaltigung und maßlose Schmach, die die siegreichen Feinde uns antun. Er richtete einen Appell an die Bevölkerung, besonders an die Arbeiterschaft, Ruhe und Besonnenheit zu wahren, Verzweiflungshandlungen zu unterlassen. Ferner teilte Dr. Gradnauer mit, daß die sächsischen Reichswehroffiziere die Erklärung der Treue und Loyalität abgegeben haben, so daß die Regierung die Macht in Händen hat.

Verurteilte Wendenführer.

(Drahtmeldung uns. Dresdener Korrespondenten.)

C. **Dresden**, 25. Juni. Die Wendenführer Prof. Muecke, Pfarrer Dabrucka, Fleischbeschauer Hitzke, Kraftwagenführer Hitzke, Kontrollbeamter Heidrusch wurden zu je 4 Monaten Gefängnis und 100 bis 500 M Geldstrafe verurteilt. Sie unterhielten einen regelmäßigen Kurierdienst des wendischen Ausschusses mit den Prager Regierungsmännern, berichteten über alles Wissenswerte, auch über die Besetzung der Lausitz mit Grenztruppen. Der Hauptwendenführer Barth war gleichfalls angeklagt, weilt aber im Ausland.

Soziale Fürsorge in Sachsen.

(Drahtmeldung uns. Dresdener Korrespondenten.)

C. **Dresden**, 25. Juni. Die Volkskammer bewilligte 15 Mill. Mark für die Wohnungsfürsorge, 1½ Millionen Mark zur Milchverbilligung für Minderbemittelte und 6 Millionen Mark für die Kriegswohlfahrtspflege der Gemeinden.

Die sächsischen Staatsbahnen.

(Drahtmeldung uns. Dresdener Korrespondenten.)

C. **Dresden**, 25. Juni. Die Verhandlungen zum Uebergang der sächsischen Staatsbahnen an das Reich schreiten fort. Als Uebernahmetermin soll der 1. April 1921 festgesetzt sein.

Rückkehr unserer Afrikaner.

Rotterdam, 25. Juni. Hier ist der englische Dampfer „Norwich Castle" mit 771 deutschen Männern, Frauen und Kindern aus Südwestafrika angekommen, die noch an demselben Tage nach Deutschland weiterreisten.

Die Belohnung für Hanssen.

Kopenhagen, 25. Juni. (Wolff.) Bei Beginn der Sitzung des Folkething am Mittwoch teilte der Vorsitzende mit, daß Hanssen zum Minister ohne Portefeuille ernannt wurde. Hanssen ist der ehemalige deutsche Reichstagsabgeordnete.

Bauernaufstand in Padua.

b. **Lugano**, 25. Juni. Aus Mailand sind Meldungen eingetroffen, nach denen in der Provinz Padua ein Bauernaufstand ausgebrochen ist. Die Bauern plünderten die Güter der Großgrundbesitzer. Es kam zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Plünderern und den Truppen, wobei es auf beiden Seiten Opfer gab. Es ist noch nicht gelungen, die Ruhe wieder herzustellen.

b. **Berlin**, 25. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Münchener Meldung des „Acht-Uhr-Abendblattes" soll der bisherige Chefredakteur des „Vorwärts" Stampfer für die Hauptschriftleitung der „Münchener Post" in Frage kommen.

Vom Wetter.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie vom 25. Juni 1919.

Ganz Deutschland steht unter der Einwirkung flacher Randwirbel, die sich ostwärts am Südrande des nordeuropäischen Tiefdruckgebietes fortbewegen. Von Zeit zu Zeit fallen daher überall Regenschauer, die gestern vielerorts von Gewittern begleitet waren. Am kühlsten war heute früh Westdeutschland mit 10 bis 12 Grad Celsius, am wärmsten die Ostseeküste mit 16 Grad Celsius. Es ist noch keine durchgreifende Aenderung der Druckverteilung in Aussicht.

Vorhersage bis Donnerstag, den 26. Juni, abends: Mäßige südwestliche Winde, meist trüb, kühler, zeitweise Regenfälle.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Orts-Zeit:		Barom. mm	Therm in C	Absol. Feucht.	Feucht. i. Proz.	Wind	Himmel
24. Juni	Nachm. 2²⁶ U.	750	15,0	8,5	67	SW	Regen
24. Juni	Abds. 9²⁶ U.	751	12,0	8,7	84	WSW	-
25. Juni	Morgs. 7²⁶ U.	750	11,8	8,7	85	28	bedeckt

Höchste Temperatur am 24. Juni 18,4, niedrigste in der darauffolgenden Nacht 10,4. Niederschlagsmenge, gemessen am 25. Juni, 7²⁶ früh 2,8 mm

Rhein-Wasserstände, morgens 6 Uhr

	25. Juni		24. Juni
Schusterinsel	2,08 m		— m
Kehl	2,71 m		— m
Maxau	5,33 m		5,33 m
„	— m	mittags 12 Uhr	5,33 m
„	— m	abends 6 Uhr	5,34 m
Mannheim	4,52 m		4,52 m

Wanzen samt Brut, sowie anderes Ungeziefer läßt man am sichersten mittelst unserem neuesten **Spezial-Verfahren** vollständig vernichten. Billigste Berechnung. Reelle Bedienung. **Abonnements für die Herren Hausbesitzer unter besonders günstigen Bedingungen.**
Deutsche Versicherung gegen Ungeziefer **Anton Springer**
nur Ettlingerstr. 51 Telephon 2340

Kunstschau sollte junge Elemente zeigen, die nicht zu den Radikalen gehören; man begegnet jedoch fast nur Namen von längst gewohntem Klange, bekannten Erscheinungen, die gute, gefällige Arbeiten liefern, an denen aber die Größe des Geschehens der vergangenen Jahre eindruckslos vorübergegangen zu sein scheint. Bemerkenswert ist, daß die wenigen, die den Sinn und die großen Aufgaben der Gegenwartskunst erfaßt haben oder doch zu erfassen kraftvoll bestrebt sind, Künstlerinnen sind. Martha Velte-Darmstadt hat außerordentliche Fortschritte gemacht. Ihre Bildnisse sind von ungewöhnlicher Schärfe des geistigen Ausdrucks, der Verinnerlichung, dabei farbig von ausgesprochener Selbständigkeit. Die Tanzbilder von Frau M. Heiß-Worms sind gemalter Rhythmus, Bewegung, schemenhaft und doch Gestalten von Fleisch und Blut. Nach lapidarem Ausdruck ringt Frieda von Jöden-Frankfurt. Auch Mathilde Battenberg-Frankfurt ist dem Expressionismus innerlich fremd. Ihr Kinderporträt ist trotz offenbar gegenteiligen Wollens eine gut impressionistische Malerei.

Fritz H. Nebel-Darmstadt, der noch in diese Gruppe gehört, stellt zwei Bilder älteren Datums aus. Noch kraftvoller und innerlicher wirkt Frieda Best-Mainz in ihren Holzschnitten, die fast dramatische Sprache reden. Als starke feminine Vertreter des Impressionismus präsentieren sich Marie Seyd, Anna Beyer.

Von bekannteren Namen seien Walter Illner erwähnt, Adolf Beyer, Hölscher, Georg Altheim, R. Gröb, Zermin, Ernst Eimer, Hartmann.

Ein Künstler, der ganz aus dem Rahmen dieser Umgebung herausfällt, ist der Karikaturist Hartmut Pfeil. Seine Porträts sind keineswegs als Karikaturen gedacht; in der scharfen Betonung des Geistigen erreicht er nicht ganz Gullbransson, dem er in Technik und Ausdruck am nächsten verwandt ist. M.

Technische Hochschule Karlsruhe. Dr.-Ing. Rudolf Mayer aus Freiburg hat sich als Privatdozent für die Gebiete der Festigkeitslehre, Statik und Thermodynamik in der Abteilung für Maschinenwesen habilitiert. Dr. Mayer ist im Jahr 1884 in Freiburg i. Br. geboren. Er bekleidete von Herbst 1909 bis Ende 1911 die Stelle eines Assistenten bei Geh. Rat Grauer. Nachdem er von Neujahr 1912 bis Ende März 1913 als Statiker und Konstrukteur im Werk Gustavsburg der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg tätig war, verfaßte er das Buch über „Die Knickfestigkeit" und trat im Juni 1914 bei der Aktiengesellschaft Wayß u. Freytag in Neustadt a. H. als Statiker und Konstrukteur ein. Dr. Mayer hat bereits mehrere bedeutsame wissenschaftliche Abhandlungen veröffentlicht.

Konsul a. D. Ernst Vohsen, der Inhaber des Berliner Verlages Dietrich Reimer, ist in Bad Nauheim im Alter von 66 Jahren plötzlich gestorben. Ernst Vohsen war eine in literarischen und kolonialpolitischen Kreisen sehr bekannte Persönlichkeit. Ursprünglich deutscher Konsul in Sierra Leone, wurde er später als Nachfolger von Dr. Karl Peters in gleicher Eigenschaft nach Ostafrika berufen. Nach seiner Rückkehr übernahm er den bekannten geographischen Verlag im Jahre 1895 als alleiniger Inhaber. Unter den Verlagswerken seiner Zeit befinden sich solche von berühmten Geographen und Reisenden, v. Richthofen, Hermann, von den Steinen, O. Baumann, Graf v. Götzen, Stuhlmann usw. Der Verlag Dietrich Reimer ist 1847 als Kunst- und Landkartenverlag von dem 1819 gegründeten wissenschaftlichen Verlag Ernst Reimer abgezweigt worden.

Hermann Lietz, der Begründer der deutschen Landerziehungsheime, ist in Haubinda in Thüringen im 52. Lebensjahre gestorben. Mit ihm hat die deutsche Schulreform einen ihrer tatkräftigsten Förderer verloren. Nach einer kurzen Lehrzeit in England gründete er 1898 das erste deutsche Landerziehungsheim bei Ilsenburg im Harz, und im Abstand von je drei Jahren folgte dann die Gründung der Heime in Haubinda in Thüringen und in Bieberstein in der Rhön.

Röntgenkunde als Lehrfach. Die neue Hamburger Universität hat als erste in Deutschland ein Ordinariat für Röntgenkunde erhalten. Es ist dem Mediziner Professor Albers-Schönberg übertragen, der über medizinische und chirurgische Röntgentechnik liest; die Röntgentechnik lehrt der Physiker Professor Walter. Die geringe Vertretung der Röntgenforschung an den Universitäten hatte die deutsche Röntgengesellschaft im Jahre 1913 zu einer Eingabe an die medizinischen Fakultäten veranlaßt zwecks Schaffung von Lehraufträgen für das Röntgenfach. Die Frucht dieser Bemühungen scheint nunmehr das Hamburger Ordinariat zu sein.

Tagore verweigert den englischen Adel. „Daily Expreß" berichtet aus Bombay, daß der indische Dichter Rabindranath Tagore, der 1913 den Nobelpreis empfing, den ihm verliehenen englischen Adel als Protest gegen die grausame Behandlung der indischen Freiheitskämpfer abgelehnt hat.

Kleines Feuilleton.

Treitschke für .... Unterzeichnen. Wir können in dieser Stunde, da der Friedensvertrag unterzeichnet wurde, Tröstung erlangen von einem klassischen Verfechter des preußischen Gedankens, einen so unverdächtigen Zeugen für das, was politisch klug und ratsam ist — es ist Heinrich Treitschke.

Nach dem Tilsiter Frieden (1807) befand sich Preußen in einer ähnlich tragischen Lage wie heute das Reich. Es waren weder über die Höhe der Kriegsentschädigung (Wiedergutmachung), noch über die Räumung der besetzten Landesteile endgültige Bestimmungen getroffen. Eine für damalige Zeiten ungeheure Kontribution und gewaltige Lieferungen wurden dem verarmten Lande und der darbenden Bevölkerung abgepreßt, die preußische Armee befand sich noch in der Kriegsgefangenschaft. Die sogenannte „staatserhaltende" Partei war gegen den Frieden gewesen und drängte zum Kriege.

Ueber diese Zeit urteilte Treitschke („Deutsche Geschichte Band I S. 326") folgendermaßen: „Unwillkürlich wendet sich die Liebe der Nachwelt jenen Hochherzigen zu, die mit kaum fünf Millionen Menschen den Kampf wieder aufnehmen sollten. Gleichwohl war, was sie rieten, eine Politik der Verzweiflung. Der König beurteilte die politische Lage klarer als sie alle. Den leidenschaftlich Erregten wiederholte er immer, eine kleine politische Existenz sei immer noch besser als gar keine.

Am 8. September 1808 wurde, nach Unterzeichnung der drückenden Bedingungen, „die rückständige Kontribution auf 140 Millionen festgesetzt und bis zur Abtragung der Kriegsschuld mußte der König die Baufestungen Stettin, Küstrin und Glogau den Franzosen zur Besetzung überlassen". Napoleon beherrschte Preußen auf unbestimmte Zeit hinaus, da die pünktliche Abzahlung der unerschwinglichen Schuld ganz außer Frage stand." Treitschke betont, daß König Friedrich Wilhelm III. lange geschwankt habe, ob er diese neue Mißhandlung hinnehmen dürfe. Scharnhorst und seine Freunde seien für eine Berufung der Landstände gewesen, um eine Frist zu gewinnen. Da aber der König einsah, daß ein Aufschub nichts frommen konnte, solange die Franzosen noch im Lande standen und jede feindselige Regung sofort blutig unterdrücken konnten, habe er das Notwendige durch Genehmigung des Vertrages endlich schweren Herzens getan.

Ein Bild aus deutscher Vergangenheit ... für die Gegenwart, für die mit Treitschke eine „kleine politische Existenz besser sein muß als gar keine"

— **Seit wann gibt es eine Preßfreiheit?** Der Gedanke, die Zensur der Bücher ganz aufzuheben, ist zuerst 1644 von Milton in seiner Schrift Areopagitica ausgesprochen worden. Aber erst um 1700 erlosch in England die Präventivzensur, wogegen das Repressivsystem, nämlich die nachträgliche Bestrafung, mit aller Härte aufrecht erhalten wurde. Bekannt ist, wie Daniel de Foe, der Verfasser des Robinson Crusoe, für eine satirische Schrift mit Pranger und Gefängnis bestraft wurde, und wie das Parlament, dessen Verhandlungen nicht veröffentlicht werden durften, gegen John Wilkes, den Verfasser einer scharf kritischen Zeitung, mit der heftigsten Verfolgung vorging. Erst 1794 wurden durch Parlamentsakte Preßvergehen vor die Geschworenen verwiesen. In den Vereinigten Staaten wurde 1790 jede Beschränkung der Preßfreiheit untersagt, in Frankreich in derselben Zeit durch die Revolution. Joseph II. machte in Österreich den vorübergehenden Versuch, die Zensur zu beseitigen. Die wirkliche, uneingeschränkte Preßfreiheit ist aber erst 1770 in Dänemark gewährt worden, und zwar durch jenen seltsamen Reformer Struensee, der so tragisch endete. Ein Edikt hob die Zensur für alle Drucksachen auf, indem es aussprach: „In Erwägung, daß es für die unparteiische Erforschung der Wahrheit ebenso schädlich wie für die Prüfung aller Vorurteile hemmend ist, wenn redliche Patrioten verhindert werden, nach Gewissen und Überzeugung frei zu schreiben, Mißbräuche anzugreifen und Irrtümer zu zerstreuen, wird uneingeschränkte Freiheit der Presse gewährt, so daß künftig niemand mehr verpflichtet ist, seine Bücher und Schriften der Zensur zu unterwerfen." Dies war ein in der Welt noch nie erlebter Fortschritt, der in Dänemark mit verblüfftem Staunen, sonst überall von den Aufgeklärten mit Jubel begrüßt wurde. Voltaire feierte ihn in einem poetischen Schreiben an den dänischen König Christian VII. Doch war die Freude nur kurz; die freie Presse wendete sich gegen Struensee selbst, dessen Herrschaft schon 1772 ein Ende hatte. Die Reaktion beseitigte auch die Reform der Presse.

Karlsruher Stadtrat.

Mitteilungen aus der Stadtratssitzung vom 18. Juni.

Verkauf von ausländischem Mehl. Der Stadtrat hat in Uebereinstimmung mit einem Antrag der hiesigen Bäckerinnung das Ministerium des Innern ersucht, von seinem Verbot, den Vertrieb des Auslandsmehles den Bäckern zu übertragen, abzugehen, da kein genügender Grund vorliegt, die Bäckereien als die für den Verkauf und die fachmännische Behandlung des Mehles in erster Linie berufenen Geschäfte von diesem Verkaufe auszuschließen und der Verkauf bei diesen Geschäften ebensogut überwacht werden kann, wie bei andern Stellen. Der Stadtrat hat auch die Zuständigkeit des Ministeriums für eine derartige in die Selbstverwaltung der Stadt eingreifende Maßnahme bestritten. Das Ministerium lehnt aber das Verlangen des Stadtrats ab unter Berufung auf die Bestimmungen der Reichsgetreide-Ordnung vom 29. Mai 1918, wonach die Landeszentralbehörden die Art der Regelung des Verbrauchs der Vorräte, insbesondere die Verteilung des Mehles, vorschreiben oder die erforderlichen Anordnungen selbst für sämtliche oder einzelne Kommunalverbände erlassen können, und auf die Verfügung der Reichsgetreidestelle vom 16. Mai 1919, wonach das Mehl keinesfalls durch Bäcker, sondern nur entweder durch Kleinhändler oder durch besondere Ausgabestellen verkauft werden darf.

Der Stadtrat beschließt, durch Vermittlung des Deutschen Städtetags in Berlin gegen eine derartige in die Selbstverwaltung der Städte eingreifende Vorschrift der Reichsgetreidestelle Protest zu erheben und zu verlangen, daß den Städten die Verteilung der ihnen zugewiesenen Lebensmittel unter eigener Verantwortung überlassen wird, die am besten selbst ermessen können, in welcher Weise sie am zweckmäßigsten vorgenommen wird.

Badische Siedelungs- und Landbank, G. m. b. H. Der Stadtrat hat die Beteiligung der Stadt Karlsruhe an der von der badischen Regierung zu gründenden Badischen Siedelungs- und Landbank, G. m. b. H. mit einem Anteil von 20 000 M beschlossen. Die Gründungsversammlung fand am 12. ds. Mts. statt, wobei der Oberbürgermeister die Stadt Karlsruhe und andere Städte der Städteordnung, soweit sie ihre Beteiligung gleichfalls zugesagt haben, vertreten hat.

Von der Straßenbahn. Zur Beschäftigung von Arbeitslosen war beabsichtigt, beim Durlacher Bahnhof ein Abstellgleis für die Straßenbahn anzulegen. Da sich diesem Plan nachträglich verschiedene Widerstände von seiten der technischen Aufsichtsbehörde und der Stadt Durlach entgegengestellt haben, muß die Ausführung des Planes vorerst zurückgestellt werden.

Errichtung eines Beamtenwohnhauses in Spöck. Die Wohnungsnot in Spöck macht es erforderlich, für den dort angestellten Beamten der Karlsruher Lokalbahn, dem seine jetzige Wohnung gekündigt ist, und der eine andere Wohnung nicht findet, eine neue Wohngelegenheit zu schaffen. Es wird daher beim Bürgerausschuß die Zustimmung zur Herstellung eines Wohnhauses für 2 Beamte auf dem Bahnhofgelände in Spöck mit einem Aufwand von 53 000 M beantragt.

Geschenk. Zwei hiesige Bürger, deren Namen nicht genannt werden sollen, haben sich in freigebiger Weise bereit erklärt, zur Verschönerung des Stadtgartens ein Kunstwerk, bestehend in einer zwei Meter hohen Vase aus Muschelkalk samt Sockel, die beim Eingang aufgestellt werden soll, zu stiften. Der Stadtrat nimmt die Stiftung mit herzlichem Dank an.

Verkauf von Rheinhafengelände. An ein am Rheinhafen ansässiges Unternehmen werden 16 683 Quadratmeter Gelände, das es zum Teil schon gemietet hatte, zu den üblichen Bedingungen verkauft.

Städt. Schwimm- und Sonnenbad. Das Gelände in der unmittelbaren Umgebung des Städt. Schwimm- und Sonnenbades beim Städt. Elektrizitätswerk am Rheinhafen soll aufgefüllt und hergerichtet, der Zugangsweg zur Badanstalt verbessert und die Zahl der Auskleidezellen vermehrt werden. Seit 13. d. Mts. wird die Badanstalt von 7½ Uhr morgens bis 7½ Uhr abends offen gehalten.

Spiel- und Sportplätze. Der Stadtrat erklärt sich mit der vom Städt. Gartenamt beantragten Herstellung des Kleinen Exerzierplatzes an der Moltkestraße (unrichtig Engländerplatz genannt), als Spiel- und Sportplatz für Schulen und Turnvereine grundsätzlich einverstanden.

Errichtung von Professorenstellen an den städt. höheren Lehranstalten. Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen etatmäßigen und nicht etatmäßigen wissenschaftlich gebildeten Lehrern hat sich auch an den städtischen höheren Lehranstalten während des Krieges erheblich verschoben. Das Ministerium des Kultus und Unterrichts beabsichtigt daher, für die Goetheschule 8, die Humboldtschule 2, die Oberrealschule und die Realschule je 4 weitere Professorenstellen und für die Lessingschule 1 weitere solche Stelle teils im Nachtrag zum Staatsvoranschlag 1918/19, teils im Staatsvoranschlag für das Jahr 1920 anzufordern. Der Stadtrat erklärt sich mit der Errichtung der weiteren etatmäßigen Stellen einverstanden und beantragt beim Bürgerausschuß die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel.

Gedankt wird dem Freiherrn Schilling von Cannstatt, Gutsbesitzer in Hohenwettersbach, für eine dem Stadtgarten zugewendete rumänische Kiege.

Sozialpolitische Rundschau.

Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten.

Im Einheitsverband der weiblichen Angestellten ist durch die Verschmelzung des Kaufmännischen Verbandes der weiblichen Angestellten e. V., Sitz in Berlin, und verbündeten Kaufmännischen Vereins für weibliche Angestellte, Sitz Kassel, auf gewerkschaftlicher Grundlage zustande gekommen, nachdem auf der Tagung in Eisenach vom 15. bis 19. Juni volle Einigung in der Frage erzielt worden war. Die Vereinigung, die den Titel „Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten" führt und mit 100 000 Mitgliedern die größte Organisation berufstätigen Frauen darstellt, hat gemäß der am 19. Juni abgehaltenen Gründungsversammlung ihren Sitz in Berlin und verbreitet sich mit 200 Ortsgruppen über das ganze Reich. Die bisherige Vorsitzende Agnes Herrmann, trat zurück, um einen Sitz in dem Ausschuß des Verbandes einzunehmen; sie wurde zur Ehrenvorsitzenden ernannt.

Wäsche-Direktrice-Gesuch.

Eine selbständige tüchtige Kraft im Zuschneiden und Einrichten von Damen-, Kinder- und Bettwäsche, sowie von Damenblusen und Morgenröcken findet dauernde Stellung bei guter Bezahlung.
Angebote mit Bild und Zeugnissen unter Nr. 2276 vermittelt das Tagblattbüro.

Gesucht auf 1. August
tüchtige Zuarbeiterinnen.
Angebote mit Gehaltsansprüche erbittet
El. Trötschler, Damenputz, Pforzheim, Maximilianstraße 1.

Zeitungs-Trägerin
zuverlässige, ehrliche, für
Gaggenau
für morgens gesucht. Angebote an
Karlsruher Tagblatt
Ritterstraße 1.

Von einem hiesigen Bankhaus wird
Militäranwärter
mit guter Handschrift für Schreibarbeiten gesucht.
Angebote unter Nr. 2277 ins Tagblattbüro erb.

Kaufm. Lehre.
Sohn achtbarer Eltern kann per sofort als
Lehrling
bei mir eintreten.
Adolf Pfeiffer, Abt. Werkzeuge
Zweiggeschäft Karlsruhe, Lammstraße 6.

Offene Stellen

Büglerinnen
finden Beschäftigung bei
Julius Icken,
Dampfwaschanstalt
Bulach.

Tüchtige
Büglerin,
auch auf Stärkwäsche, in dauernde Stellung mit Aussicht auf selbständigen Vertrauensposten von größerer Wäscherei per bald gesucht. Angebote unter F 4048 an Rudolf Mosse, Freiburg i. Br. erbeten.

Kostüm-Büglerinnen
und
Lehrmädchen
können sofort eintret.
Färberei
D. Lasch,
Sofienstraße 28.

Zimmermädchen
sofort gesucht.
Gold. Hirschen,
Kaiserstraße 129.

Braves Mädchen
gesucht:
Rokkstr. 9, 1. Stock.

Ein selbständig. Mädchen wird auf 1. Juli zu kl. Fam. gesucht: Frau Dr. Goldschmidt, Vorholzstraße 36, 4. Stock.

Gesucht für 1. od. 15. Juli ein tücht. fleiß. Mädchen das kochen kann als Stütze. Näheres Gutenbergstr. 3 i. Laden.

Ein tüchtiges Zimmermädchen, das gut nähen, bügeln u. waschen kann, wird per 1. Juli gesucht:
Herrenstr. 11, 3. St.

Mädchen,
erfahr. u. tücht. f. Küche u. Hausarb., bei hohem Lohn gesucht.
Amalienstr. 65, 2. St.

Besseres, tüchtiges
Mädchen
wird für Küche u. Haushalt zum 1. Juli bei hoh. Lohn gesucht. Gute Zeugnisse erforderlich.
Güter, Kaiserstr. 113, I.

Küchenmädchen
sofort gesucht.
Gold. Hirschen,
Kaiserstraße 129.

Ein tüchtiges
Mädchen
für alle Hausarbeiten wird auf 1. Juli gesucht.
Näheres Hirschstr. 31.

Perfekte Köchin
wird bei gutem Lohn in kleinen Haushalt per 1. Juli gesucht.
Angebote unt. Nr. 2260 ins Tagblattbüro erb.

Köchin,
erfahrene, perfekte, die noch etwas Hausarbeit übernimmt (Zimmermädchen vorhanden) z. sofortigen Eintritt gesucht. Gehalt 60—70 M, nach Uebereinkunft.
Kriegstraße 124.

Fleißiges, ehrl., jung.
Mädchen
per sofort für besseren Haushalt. 2 Personen, b. gutem Lohn und Verpflegung gesucht. Vorzustellen bei Gilles, Beiertheimer Allee 32, II.

Mädchen-Gesuch.
Suche auf 1. Juli ein solid., tüchtiges Mädchen für Zimmer- u. Hausarbeit gegen gut. Lohn.
Kriegstraße 142.

Tüchtiges, fleißiges
Mädchen,
das kochen kann u. auch etwas Hausarbeit mitübernimmt, auf 1. Juli gesucht.
Konditorei Kaufmann,
Ludwigsplatz.

Mädchen
gesucht für sofort.
Goldene Krone
Amalienstraße 16.

Fleißiges, williges
Mädchen,
das zu Hause schlafen kann, kann sofort eintreten.
Durand, Douglasstr. 26.

Zuverlässig. Mädchen, selbständig in Küche und Haush., wird z. 1. Juli gesucht, evtl. Aushilfe.
Gartenstr. 14, 4. Stock.

Mädchen, welches zu Haus schlafen kann, f. Hausarb. gesucht. Zirkel 28, 3. Stock.

Ehrliches Mädchen
tägl. v. 7—10 vorm. sof. ges. Durlacher Allee 4, II. rechts. Dieckmann.

Mädchen
14—16jährig, für leichte Lagerarbeit sucht: Altschüler, Schützenstr. 17.

Putzfrau gesucht!
Zum 1. Juli oder später wird pünktliche, zuverl. Frau zur Reinigung von Praxisräumen morgens und abends gesucht. Näh. Yorkstraße 1, 2. Stock.

Stundenfrau
für Hausarbeit für vor- u. nachmittags auf 2. Juli gesucht. Näheres
Schützenstr. 9, 2. St.

Monatsfrau auf einige Stunden täglich gesucht:
Mayer, Kriegstr. 272.

Monatsfrau
f. ein. Stund. tägl. ges.
Schützenstr. 73, 2. Stock.

Kellnerin zu sofortig. Eintritt. Küchenmädchen zur Aushilfe a. 1. Juli gesucht.
Franz Heß, z. Lorelen,
Amalienstraße 46.

Männlich

Tücht. Maurer
sofort gesucht.
J. Stix, Baugeschäft,
Durlach, Kirchstr. 13.

Lehrling
mit guter Schulbildung kann eintreten bei
Carlo Pacchetti & Co., G. m. b. H.,
Karlsruhe i. B.,
Bannwald-Allee 24.

Stellen-Gesuche

Suche noch ein. Kundenhäuser z. Waschen u. Putzen. Angeb. u. Nr. 2274 ins Tagblattbüro.

Männlich

Kaufmann
30 Jahre, verheiratet, zur Zeit Vorsteher der Abtlg. Buchhaltung in Maschinenfabrik, sucht per bald Posten als
Geschäftsführer oder Prokurist
in kleinerer Maschinenfabrik oder ähnlicher Branche. Reiche Erfahrungen sowie prim. Zeugnisse u. Referenzen stehen zur Verfügung. Kaution kann gestellt werden. Evtl. spätere Beteiligung nicht ausgeschlossen. Angebote unter Nr. 2156 ins Tagblattbüro erbeten.

Empfehlungen

Rasier-Klingen
werden haarscharf geschliffen. Stück 15 Pfg
Kaiserstraße 34, Laden.

Steppdecken
werden angefertigt und ausgebessert.
Frau Siegert,
Sofienstraße 16.

Karl Wendling,
Gärtner,
Mühlburg, Rheinstr. 29, übernimmt Gartenarbeit (Gemüse und Blumen).

Parkettböden
u. andere Holzfußböden, Holztreppen werden wie neu hergestellt. August Zitzmann. Näheres bei L. Wächter a. Freischütz, Kaiserallee. Karte genügt.

Pat.-Rhste u. Matratz. liefert fortw. Krämer, Kaiserstraße 69, Laden. Eingang Waldhornstr.

Verloren u. gefunden

Verloren ein Geldbeutel, enth. ungef. 40 M, Brot- u. Briefm. von Mühlburator, Westend-, Sofien-, Hirsch-, Gartenstraße. Abzug. gegen gute Belohnung:
Gartenstr. 29a, III.

Verloren
ging gestern im Hafengebiet, Südbecken, ein Brillantring. Einsteiner (Andenken). Der ehrl. Finder wird gebeten, denselben gegen 200 M Belohnung entw. Südbeckenstraße 8, Büro, od. Schumannstr. 9, III, abzug.

Ein Fox-Terrier, w., schwarzbr. Kopf, entlaufen. Geg. Bel. abzug.: Kaiser-Allee 32.

Verkäufe

Haus—Gartenstraße
prima Lage, sehr sch. 5-Zimmer-Wohn., kl. Garten z. 75 000 M z. verk. Gute Rente.
Wohn. p. 1. Okt. beziehb.
Gg. Heberle,
Liegenschafts-Büro,
Yorkstraße 37. Tel. 2399.

Haus — Westendstr.
sehr schöne 5 Zimmer-Wohnungen für Arzt od. Rechtsanwalt sehr geeignet, zu 85 000 Mk. zu verkaufen.
Gg. Heberle Liegensch.-Büro, Yorkstr. 37 Tel. 2399.

Geschäftshaus.
Zentrale Stadtlage, m. Einfahrt, Hof u. ca. 1200 qm Platz, für jeden Geschäftsbetrieb geeign., zu 160 000 Mk. zu verkf.
Gg. Heberle, Liegensch.-Büro
Yorkstr. 37. Tel. 2399.

1½stöckiges
Wohnhaus
auf dem Lande, Nähe Karlsruhe, enth. 3 Wohnungen mit Zub., solid gebaut, im Rohbau fertiggestellt, für Beamten geeignet, ist umständeh. preisw. zu verk. Angebote unter Nr. 2273 ins Tagblattbüro erbeten.

Eichen. Speisezimmer mit gr. Buffet u. Ausziehtisch billig zu verk. H. Sonntag, Kommiss.-Gesch., Karl-Friedrichstraße 19.

2 gleiche Betten
(vollständig), Spiegelschrank, 2 große, 2tür. Schränke, Brandschrank, Waschkommode, Tische, Stühle, Diwan, Geschirrschrank u. a. m. bei
H. Guggenheim,
An- u. Verkaufsgeschäft,
Markgrafenstr. 25.
Telephon 4971.

Eis. Bettst. (Sprungfed.) sowie Tischchen bill. zu vkf. Zwinger, Hardtstraße 27, Mühlburg.

Zwei gleiche Betten
Nachttisch mit u. ohne Marmor, Schrank, Diwan, Flurgarderoben, Spiegel, mit und ohne Konsole, offenes Buffet, Küchenschrank, Wasch., Stühle, Hocker, einzelne Matratz., eins. Federnbetten, alles sehr gut erh., zu verk. b. J. Silbermann, Brunnenstr. 1, An- u. Verkauf.

Schönes Buffet
preisw. zu verk. Kunzmann, Zähringerstr. 46 I.

Zu verk. i. Auftr. n. Dipl.-Schreibtisch. Südendstraße 6, Michal.

Zu verk.: 1 Schreibtisch (kleines Rollbüro mit vielen verschließb. Schubladen) u. 1 Pariser Pendule mit Glas. Waag. Stefanienstr. 64, 3. Stock, Atelier.

Wohn- und Schlafzimmer
zu verkaufen. Anzusch. 9—10 Uhr.
Konrad,
Herrenstr. 19, 4. Stock.

Buffet, poliert,
6½ m lang, Kokosläufer, 3armiger Gaslüster preiswert zu verk.: Gartenstraße 36 II, Kerstina.

Weg. Umzug ist zu verk.: Eckschrank, vol., Liegestuhl, Schreibtisch, 1 Sofa, 1 eis. Kinderbettstelle, echter Perserteppich, Billard, Bajazzo, Grammophon mit 35 Odeonplatten, 50 Biergläser, 0,35, 3 Bilder. Rinderspacher, Kaiser-Allee 71, Wirtschaft.

Plüschdiw., Bett, Küchenschrank, Küchentisch, Lehnstuhl billig abzugeben: Frank, Steinstr. 5, 3. Stock, Verkaufst.

1 gebr. Diwan 110 M, 1 Chaisel., 1 sch. Küche, ein vol. Chiff., vol. Kinderbett, Bettst. m. Röst. billig abzugeb.: Kaiserstr. 69, Eing. Waldhornstraße, Krämer.

Ausstellungs-Schrank
m. 5 groß. Spiegelglasscheiben, eleg. in Nußbaumholz geschn., 1,20 m i. Quadrat u. 2 m hoch.
Ausstellungs-Tisch
großer, in Nußbaumholz geschnitzt, m. Aufs. Alles kaum benützt, für die Pariser Ausstellung f. Zt. v. Ziegler & Weber verfert. Schöne Stücke. Näheres in
Bielefelds Hofbuchhandlung
Marktplatz.

Zu verk. 1 Roßhaarmatratze, 1000 M, u. ein schwarzes Kostüm (Jacke, Rock), 250 M. Anz. mrg. v. 8—10 u. v. 2—4 Uhr. Fabarius, Händelstr. 2.

2 Holzbettstellen,
neue Inl.-Schaftstiefel, Waffeleisen, Kopierbuch billig zu verk.: Bunsenstraße 13, part. Biel.

2 große Spiegel
in Goldrahmen m. Konsolen u. Marmorplatten verkauft preiswert
H. Guggenheim,
An- u. Verkaufsgeschäft,
Markgrafenstr. 25.
Telephon 4971.

Eine neue
Küchen-Einrichtung,
natur, versch. Schränke, neue Tische, Stühle, neue Flurgarderoben, e. schönes, weißes Metallbett mit neuer Matr., Vorhänge, Wäschestücke u. sonstig. billig zu verkaufen bei
J. Nabold,
Möbelhandlung,
Schützenstr. 52, Laden.
Inh. Frau Frieda Kretz.

1 Gartentisch, 2 Stühle, auch einiges Korbmöbel billig zu verkaufen bei
J. Nabold,
Möbelhandlung,
Schützenstr. 52, Laden.
Inh. Frau Frieda Kretz.

Großer gutgeh. Regulator für Mk. 60 zu verkaufen: Hirschstraße 51 b, Braun.

Damenuhr-Armband
14kar. Gold, preisw. zu verk., vorm. 9—12 Uhr.
Rünlist,
Augustastr. 1, 4. St.

Ziehharmonikas
alte können auf neue eingetauscht werden. Daselbst sind 21 gebrauchte, verschiedener Fabrikate, wie: deutsche, Tiroler, Schweizer u. italienische billig zu verkaufen bei
Ziehharmonikamacher
Gebrüder Hohner,
Pforzheim, Bergstr. 27.

Klavier, schwarz, gut erhalten, wegen Wegzug preiswert zu verkaufen:
Treiber,
Essenweinstr. 50, III. r.

Zu verkaufen: prima Nähmasch., Bücherschr., vol., sch. 2tür. Schrank, Waschkommode, Nachttische, Dipl.-Schreibtisch mit Aufsatz u. Stuhl (eiche), Regulator, Linoleum, Bodenteep., Gardinen, versch. hochh. Betten mit gutem Bettzeug, 2 gleiche Betten, ganze Fremdenzimmereinrichtungen, mod. Kücheneinrichtung., Tische, Stühle, Kochkiste, Holzkoffer, Kinderstuhl und Klappsportwag. u. Verschiedenes. Walter, Ludwig-Wilhelmstr. 5, Verkaufsstelle.

Emailherd,
blütenweiß, 3 Kochlöcher mit Wärmeofen unt. Garantie zu verk. Brändli, Zähringerstraße 82.

Zinkbadew. m. Ablf., Strickmaschine billig abzugeben: Goz, Marie-Alexandrastr. 48, part.

Zu verk.: 2fl. Gasherd, eis. Schirmgestell, Rollschuhe, Tanzschuhe, 37, Stehkrag., 40, seid. Umh.
Schweizer,
Kaiser-Allee 31.

Telephonzelle
fast neu, zu verkaufen: Gerwigstr. 35, 1. St., r.

Ein Kassenschrank
als überzählig abzugeben: Gerwigstraße 35, 1. Stock, rechts.

Auto,
Piccolo mit Bereifung, fahrbereit, zu verkaufen:
Julier,
Gerwigstraße 31.

Transport-Rad, Auslegekasten, Gas-Lüster (5 arm.)
wird billig abgegeben
Rothschild, Kaiserstr. 167.

Ein Viktoriawagen m. abnehmb. Bock sow. ein Handkarren zu verkaufen. Klöpfer, Sofienstraße 137, Tel. 1969.

Kinderwagen m. Rikkelgestell preiswert zu verkaufen: Burkhardt, Rüppurrerstr. 90a, I.

Ein Sportwagen und 1 Fahrrad, fast neu, zu verk. Dürr, Grenzstraße 8, H. III.

Kinderwagen, sehr gut erh., mit prima Gummi, bill. zu verkaufen: Marienstr. 79, part. Kastner.

Kinderwag. (Frdsw.), z. Lieg. u. Sitz. (weiß), Gummiber., sehr gut erhalt., preisw. abzugeb.: Ecke Rüppurrer- u. Luisenstr. 68, III. b. Roe.

Zu verk. gut erh. Kinderklappstuhl, gepolstert.
Korn,
Luisenstr. 75a, 3. Stock.

Oriental. Teppich
sowie ein sehr schöner, großer, deutscher Teppich preiswert zu verkaufen: Kaiserstr. 190, part., bei Ehrenreich.

Zu verkaufen
1 w. Bettüberw., Leintücher, Damenhemden, Damenunterhosen, Unterröcke u. Verschied. b.
Schindler,
Werderstr. 72, 4. St.

Preisw. zu verkaufen 3.20 m Anzugstoff, ebenso ein kl. Posten schwa. u. weißer Maschinenfaden. Anzusch. wochentags nach 6 Uhr abds.
M. Strauß, Sofienstraße 117, Hth., 2. St.

Zu verk.: 1 fast neuer schw. Herrenanz., Frack u. Gehrock, 1 Zylinder, 1 Musikwerk (Kalliope). Neu, Douglasstraße 18, 2. Stock, links.

Zu verk.: 1 Herrenanzug für mittl. Fig., 1.65 m, 1 Grammophon mit Platten, 2 Gangfenster, Gr. 1.20/1.80 m, 2 Vorfenst., Gr. 1.95/2 m. Anzus. mitt. 4 Uhr ab. Rankestr. 1, Konrad.

N. Sportanzug f. Hrn. zu verkaufen: Siegert, Sofienstraße 16, part.

Schwarz. Cotiennekleid, Größe 44, neu, mit gestickter Voilebluse preiswert zu verkaufen. Vierlinger, Uhlandstraße 40 I rechts.

Drillichanzüge
neu, zu 25 u. 30 M zu verkauf.: Marienstr. 79, part. Kastner.

Zu verkauf.: 2 dklbl. Waffenröcke m. Silbersticerei, sehr gut erhalt. Belfortstr. 5, 3. Stock, Arnsperger.

Sonnen-Schirme!
hochelegant, aparte Ausführungen in Seide und Spitzen, hell und dunkel, äußerst billig zu verkauf.
Axelrad, Essenweinstraße 32, 2. Stock rechts.

Einige kl. Stücke graue und blaue
Kostüm- bezw. Mantelstoffe
sind preiswert abzugeb. Gefl. Angebote an
Karl Them, Eppingen.

Dunkelgrünes Tuch-Jackenkleid (Friedsw.), weiß-seid. u. Waschblusen, Uniformrock, Damenstiefel, Gr. 39—40, Herrenstiefel, 42—43, b. abzug.: Frank, Steinstraße 5, 3. Stock.

Tennis-Cheviot-Hose, bereits neu, Frackanzug auf Seide, blauer Uniformrock, Kragen, Größe 42 und Krawatten, ferner 5 m weißen, gestickten Batist, doppelt breit, preiswert zu verkaufen.
Betz, Durlach,
Werderstraße 11.

Elegant. Sakko-Anzug, Gehrock u. weich. Herr.-Hut zu verkaufen: Dörr, Uhlandstraße 5, part.

Zu verkaufen:
Zweifamilienhaus
mit Park, 5 Zimmer, Diele, Bad etc. 2. Stock: 8 Zimmer, Diele, Bad etc., Zentralheizung, elektr. Licht. Mk. 70 000 durch
Kornsand, Liegenschaftsbüro, Kaiserstr. 56.

Haus Zirkel Nr. 15
zentral in unmittelbarer Nähe der Kaiserstraße gelegen, in dem seit nahezu einem Jahrhundert mit bestem Erfolg ein Kolonialwaren- u. Drogengeschäft betrieben wird, soll zwecks Aufhebung der Erbengemeinschaft verkauft werden.
Angebote an J. Ch. Vetter, Karlsruhe, Zirkel 25a, erbeten.

Haus mit Geschäft.
In der Weststadt, gut rentables Haus mit 2 Läden (Kolonialwaren-, Delikatessen- u. Obstgeschäft) in verkehrsreicher Lage. Anzahlung 10 000 Mark durch
Kornsand, Liegenschaftsbüro, Kaiserstr. 56.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Blumenspenden bei dem so herben Verlust, der uns durch den Heimgang meines lieben Sohnes und Bruders

Karl Morlock

betroffen, sagen wir allen seinen Freunden und Bekannten, sowie den verehrlichen Vereinen, die ihm auf seinem letzten Wege alle Ehre erwiesen, herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Karoline Morlock,
Lina Morlock.

Karlsruhe, den 25. Juni 1919.

Statt jeder besondern Anzeige.

In der Frühe des 24. Juni verschied im Karlsruher Diakonissenhause nach kurzer Krankheit unser lieber Bruder, Onkel, Schwager, Neffe und Vetter

Kaufmann
Karl Koch
aus Landau (Pfalz)
Inhaber des Verdienstkreuzes für Kriegshilfe
im vollendeten 55. Lebensjahre.

Die trauernd Hinterbliebenen.

Deutschoth (Lothringen), Landau, Karlsruhe, Westendstraße 52 III.

Die Feuerbestattung findet statt in Karlsruhe am Donnerstag, den 26. Juni 1919, nachmittags 3 Uhr.

1 weiß. Leinenjackett, 1 w. Frotterock, 1 eleg. w. Strohhut, 1 Trauerhut bill. zu verk. Hirschstraße 67, II, Wolff.

Spangenschuhe!
weiß, 36, 37, 38, z. verk.
Axelrad,
Essenweinstr. 32, II.

Leder-Sandalen, Gr. 37, bill. zu verkauf.: Marienstr. 79, part., Kastner.

Zu verk. 1 P. Herrenschnürstiefel, wenig getragen. Gindner, Herderstraße 12, 2. Stock.

1 P. u. D.-Halbschuhe, Gr. 35½, sow. 1 P. getr. Damenstiefel, Gr. 40, preisw. zu verk. Seiter, Winterstraße 22.

Je 1 P. neue, schöne D.-Stiefel u. D.-Halbschuhe, Nr. 39, 1 P. gebr. gute H.-Stiefel, Nr. 42, 1 Spinnrad, 1 altertüml. Wanduhr, alte Waffen, großes Hundehalsbd., neu. Ueber. Brahmsstr. 6, 4. Stock.

1 P. getr., aber noch schöne Herrenschnürstiefel, Sandalen, f. Reitstiefel m. Lackschäften, je mit Einlagehölz., Gr. 44 bis 45, Frdsw., preisw. zu verk. Anzus. bei
Schuhm. Mahler,
Leopoldstraße 35.

D.-Halbschuhe, Gr. 37, gelb, n., f. z. vkf. Adlerstr. 38, III. Müller.

1 Paar Boxkalf-Herren-Schnürstiefel, 42/43, 1 feldgr. Militär-Einh.-Mantel, neu, zu verkaufen: Kalver, Waldstraße 37, 3. Stck.

Offiz.-Ledergamaschen, neu, braun-gelb, billig zu verk.: Marienstr. 79, part., Kastner.

Offiz.-Sattel, gut erh., mit Sattelzeug, zu verk. Händl. verb. Artkel 28, 3. St. b. Bergmann.

Besonders großes Leopardenfell (Prachtexemplar) m. ausgearbeitetem Kopf zu verk. Doerth, Stefanienstraße 64.

Schöne starke Tabakpflanzen zu verkaufen: Janz, Körnerstraße 40. Telephon 3572.

Einmachgläser und -Töpfe
zu verkaufen: Ludwig-Wilhelm-Apotheke, Lessingstraße 4.

3 alte, 6 junge, 4 alte, 7 junge **Riesengänse und Enten**
wegen Futtermangel zu verkaufen.
August Hölle,
Durmersheimerstr. 209.

1,2 schwere Hühner, Minorka, zu verkaufen.
Schmidt,
Federbachstraße 14.

Jac. Leahühner, Gänse u. Enten sow. 2 Gasarme m. Lampe zu verk. bei Bankmüller, Durlacher Allee 67.

1 Glucke mit zehn 4 Wochen alten Jungen, 1 Glucke mit sechs St. 14 Tage alten Küken, 4 Gänse, 12 Wochen alt, zu vkf. Daxlanden, Seiberlich, Krämerstr. 21.

Wolfshündin, guter Beal., rassereinwachsam, umständeh. zu verkaufen Uhlandstr. 9, Hertel.

Unterricht

Wer könnte meinen Sohn die Führung der Weinsteuerbücher lernen? (auswärts) Sonntag vorm. Angeb. unt. Nr. 2271 ins Tagblatt.

Russischen
Unterricht
erteilt Badener, der in Rußland aufgewachsen ist. Adr. zu erfr. i. Tagblattbüro.

Verschiedenes

An Privat
Mittag- u. Abendtisch
gut u. reichlich, können noch 1—2 Herren teilnehmen.
Hirschstraße 4, part.

Elternausschuß der Lessingschule.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die Eltern der Lessingschule haben, teils behördlicher Anregung, teils eigenen Gedanken folgend, am 20. Juni einen „Elternausschuß der Lessingschule" gegründet und diesen auf den Elternversammlungen jeder einzelnen Klasse aufgebaut.

Die neuen Vorschläge, die den Lehrstoff und die Lehrweise betreffen, werden einer späteren Veröffentlichung vorbehalten. Heute soll zunächst der äußere Aufbau der Elternvertretung behandelt werden.

I. Das Ziel der Eltern ist einerseits, in den bisherigen obrigkeitlichen Schulbeirat selbstgewählte Elternvertreter als vollberechtigte Mitglieder zu entsenden. Hierwegen erhoffen die Eltern eine neue staatliche Verordnung.

Die erweiterte Behörde soll Einheitlichkeit zwischen Staat und Stadt, Lehrern und Eltern verkörpern und wie bisher die Einheitlichkeit der Schulleitung verbürgen.

II. Anderseits wollen die Eltern auch selbsttätig sein und selbständige, eigene Entschlüsse fassen. Die rechtliche Grundlage bietet das freie Vereins- und Versammlungsrecht; die sittliche Grundlage sind die elterlichen Rechte und Pflichten. Der Einfluß der Eltern auf die Schule wird durch die gesetzliche Schulpflicht nicht ausgeschlossen; er muß sogar im Vergleich zu bisher zunehmen und da zur vollen Geltung kommen, wo das Kind nach dem schulpflichtigen Alter den Schulbesuch freiwillig fortsetzt.

Die Elternvertretung will und soll nur beratend achten und anregen. Aber kein Gegenstand, der das gemeinsame Wohl der Kinder betrifft, ist von ihrer Beratung ausgeschlossen. Fern liegt es uns, irgendwie in die Rechte andrer, z. B. der Lehrer, des Staats usw., einzugreifen oder sogar Weisungen irgend welcher Art zu geben. Aber so wie wir die Rechte andrer achten, so bitten wir auch um Achtung unsrer elterlichen Rechte; deshalb wollen wir unsre Angelegenheiten zwar in Gegenwart der Lehrer und in enger Fühlung und Aussprache, ja womöglich in Uebereinstimmung mit ihnen, aber unter eigener Leitung und frei von obrigkeitlicher Einschränkung besprechen.

Nicht Mißtrauen leitet uns. Wir haben einstimmig betont, daß gerade in der Lessingschule zwischen Lehrern, Schülern und Eltern ein gegenseitiges gutes Vertrauensverhältnis besteht und daß die Eltern den Leistungen der Schule volle Anerkennung, im ganzen wie im einzelnen, zollen. Es handelt sich vielmehr um ein Grundrecht, das wir betätigen wollen und das wir schon längst hätten betätigen müssen, wenn wir unserer Pflicht bewußt gewesen wären. Bei einer Mädchenschule und einem Mädchengymnasium ist die Anteilnahme der Eltern an der Schule vielleicht noch inniger als bei einer andern Schule.

Die Elternvertretung der Lessingschule gliedert sich zurzeit wie folgt:

1. Jede einzelne Klasse hat ihre Elternversammlung. Die Eltern der Klasse kennen sich durch Erzählungen ihrer Kinder. In der Klasse liegt der unterste Kreis der Interessengemeinschaft. Der kleine Kreis eignet sich zur vertraulichen Aussprache. Die Aufgabe der Klassenversammlung wird sein:

a) sich über Vorgänge an der Schule zu unterrichten und Anregungen zu geben;
b) Tatbestände festzustellen, insbesondere auch Ausstreuungen über Schule oder Lehrer zu prüfen und zu berichtigen;
c) ihren Leiter zu wählen, der zugleich Vertreter im Elternausschuß (unten 2) ist. Hierzu kann die Elternversammlung dem Gewählten bestimmte Weisungen geben. Für den Fall der Verhinderung ist ein Stellvertreter zu bestimmen.

Neuwahlen finden jeweils bei Beginn des Schuljahres statt.

Die von der Direktion oder dem Lehrer bekanntgemachten Sprechstunden bleiben selbstverständlich weiterbestehen. Vertrauliche Sprechstunden sind nicht zu entbehren. Sie dienen dem Interesse des einzelnen. Die Klassenversammlung der Eltern befaßt sich dagegen nur mit Angelegenheiten, die mindestens die ganze Klasse berühren. Dies gilt insbesondere für etwaige Beschwerden eines einzelnen. Diese soll der Elternteil, wenn er sie nach reifer Prüfung wirklich für begründet hält, selbst dem Lehrer vortragen, er soll sich nicht gleich an Vorgesetzte des Lehrers oder sogar an die Elternversammlung wenden. Wenn diese sich aber mit einer Beschwerde befaßt und sie unterstützt, so trägt sie auch allein die Verantwortung. Deshalb muß sie in erster Reihe prüfen, ob die Beschwerdetatsachen wirklich zutreffen. Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß unsere Bewegung das Beschwerdeführen erleichtere. Der Geist unserer Versammlungen rechtfertigt diese Annahme gewiß nicht.

Die Elternversammlung der Klasse findet entweder regelmäßig an voraus bestimmten Tagen oder bei Bedarf statt. Bei Bedarf haben sich die Eltern mit ihren Anträgen an den „Leiter" zu wenden, der die Einberufung durch Vermittlung der Schule an die Eltern bekannt gibt.

Das Klassenzimmer ist der gegebene Ort der Versammlung. Die Eltern sollen auch den Schulraum kennen lernen.

2. Der Elternausschuß.

Er besteht aus den Vertretern, die die Elternversammlung jeder Klasse erwählt hat (oben 1 c). Seine Aufgaben sind ähnlich jenen der Elternversammlung: doch befaßt sich der Ausschuß nur mit Angelegenheiten, die die ganze Lessingschule betreffen.

3. Der Elternausschuß wählt aus sich einen geschäftsführenden Vorstand von fünf Personen. Die Elternvertreter für den obrigkeitlichen Beirat (oben 1) müssen Vorstandsmitglieder sein oder werden.

Der Ausschuß und der Vorstand bleiben bei Beginn des Schuljahres so lange im Amte, bis die neuen Organe gebildet sind.

4. Die Elternvollversammlung (von allen Schulklassen) ist das gemeinsame oberste Organ, dessen Beschlüsse für alle anderen Organe (1—3) bindend bleiben. Sie wird nach Bedarf vom Elternausschuß einberufen und geleitet.

Die Elternvollversammlung der Lessingschule hat sich mit dem Aufbau der Elternvertretung auf den einzelnen Klassen einverstanden erklärt. Ein unmittelbar von der Elternvollversammlung gewählter Elternausschuß würde wohl die Eltern im ganzen, aber auch nur diese vertreten. Der auf der Klassenversammlung aufgebaute Elternausschuß dagegen hat den Vorzug, daß er gleichzeitig die Eltern und die Klassen berücksichtigt. Die Berücksichtigung der Klassen erschien aber nicht bloß an sich, sondern auch deshalb geboten, weil die Gymnasialklassen innerhalb der Lessingschule eine besondere Stellung einnehmen.

5. Selbstverständlich ist und braucht eigentlich nicht gesagt zu werden, daß die Schulleitung für ihre Zwecke auch ihrerseits — wie bisher — Elternversammlungen (aller, mehrerer und einzelner Klassen) einberufen und leiten kann.

6. Es besteht die Absicht, mit anderen Elternausschüssen an Karlsruher Schulen in Verbindung zu treten zur Bildung eines gemeinsamen Organs, eines „Elternausschusses der Karlsruher Schulen". Es gibt Fragen, die in einer Stadt gemeinsam gelöst werden müssen, z. B. Beginn oder Ende der täglichen Schulzeit. Diesen gemeinsamen Fragen soll sich dieser Ausschuß zuwenden.

Um anderen Elternvertretungen die Fühlungnahme mit uns zu erleichtern, werden die Anschriften der Vorstandsmitglieder des am 20. Juni 1919 gewählten Elternausschusses der Lessingschule hiermit bekanntgegeben:

Geh. Finanzrat Dr. Schmitt, Hirschstr. 62, 1. Vors.; Frau Fabrikant Anzlinger, Schillerstr. 14, stellv. Vors.; Dr. v. Voß, Spezialarzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten, Eisenlohrstr. 15, 1. Schriftf.; Kaufmann Karl Bischler, Hübschstr. 29, 2. Schriftf.; Frau Prof. Dr. Hausrath, Gartenstr. 32.

Außerordentlicher Verbandstag der mittleren Postbeamten.

Vom 16. bis 18. Juni fand in Berlin ein außerordentlicher Verbandstag des Verbandes mittlerer Reichs-, Post- und Telegraphenbeamten statt, an dem 180 Vertreter aus allen Oberpostdirektionsbezirken (bis auf Aachen, Coblenz und Trier, deren Vertreter keine Ausreiseerlaubnis erhalten hatten, aber mit Einschluß der Bezirke Straßburg (Elsaß) und Posen) teilnahmen. Der Tagung wohnten Vertreter des Reichspostministers, Abgeordnete der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung sowie der Organisationen bei, deren Verschmelzung mit dem Verband einstimmig beschlossen wurde. Auch die Organisationen der höheren, weiblichen und unteren Postbeamten hatten Vertreter entsandt.

Aus dem Geschäftsbericht ging die umfangreiche Arbeit des Verbandsvorstandes hervor. Mit Einschluß der vier mit dem Verbande verschmolzenen Sonderorganisationen beläuft sich die Mitgliederzahl nunmehr auf 45 000. Auf dem Felde der Ehre sind insgesamt 1625 mittlere Post- und Telegraphenbeamte geblieben. Die außerordentliche Steigerung aller Ausgaben des Verbandes veranlaßte den Verbandstag, die Erhebung eines einmaligen außerordentlichen Beitrages von 3 ℳ von allen Mitgliedern zu beschließen.

Den breitesten Raum der Verhandlungen des Verbandstags und der verschiedenen am zweiten Verhandlungstage zusammentretenden Ausschüsse nahm die Frage der Reform der völlig verfahrenen Personalverhältnisse bei der Postverwaltung in Anspruch. In der Hauptsache handelte es sich darum, das den Oberassistenten vor nahezu 20 Jahren zugefügte Unrecht, das in der Herabdrückung ihrer bis dahin innegehabten Rangstellung besteht, wieder gutzumachen, ohne die berechtigten Interessen der übrigen Beamtenklassen, der Sekretäre usw., zu schädigen, und ferner darum, für die notwendige künftige Neuordnung der Personalverhältnisse den Zeitverhältnissen und den dienstlichen Verhältnissen entsprechende Grundlagen aufzustellen. Die seit Jahren in der mittleren Postbeamtenschaft herrschende tiefstehende Unruhe und Unzufriedenheit hatte sich in einer großen Reihe von Anträgen Luft gemacht, und in den letzten Monaten, besonders in Verbindung mit der außerordentlich gefährdeten wirtschaftlichen Lage der gesamten Postbeamtenschaft zu lebhaften Kämpfen innerhalb der Organisation geführt. Diese Meinungsverschiedenheiten kamen auch während des ersten Verhandlungstags zum Ausdruck, wobei immer wieder betont wurde, daß es sich in der ganzen Frage durchaus nicht um eine von der Revolution diktierte oder beeinflußte Forderung sondern um eine nunmehr zwingend notwendig gewordene Wiedergutmachung eines alten Unrechts und ferner um eine Angleichung der Postpersonalverhältnisse an die anderer Reichs- und Staatsverwaltungen handele. Dem von dem Vertreter des Reichspostministeriums gemachten Hinweis, daß die weitestgehende Forderung dem Reiche eine jährliche Mehrausgabe von 40 Millionen verursache, wurde vielfach mit aller Schärfe entgegengetreten und dabei betont, daß ein solcher Grund heute, wo Milliardenausgaben gemacht und ertragen würden, wo der Beamte nach langen Dienstjahren sich schlechter stehe als die große Mehrzahl der Lohnarbeiter, nicht berechtigt sei, daß es im übrigen die Postverwaltung an der Hand habe, diese Mehrausgabe durch eine schon längst nötige gründliche Erhöhung der Postgebühren wieder auszugleichen. Der Verbandstag nahm schließlich einstimmig einen Antrag an, in dem die sofortige Ueberführung der Assistenten in die Sekretärstellen, die Umwandlung der Sekretärstellen in Obersekretärstellen und die der Obersekretäre in Stellen für Betriebsaufsichtsbeamte mit dem Titel Postinspektor gefordert wird; die jetzige Sekretärprüfung soll für die jetzigen Beamten beibehalten bleiben, dagegen bei der kommenden Personalreform in Wegfall kommen; die nichtangestellten Assistenten sollen den Titel Postpraktikant, die Postverwalter und Postmeister die Amtsbezeichnung Postmeister bezw. Obervostmeister erhalten.

Lebhafte Erörterungen rief die Frage der Teuerungszulagen hervor. In einer einstimmig gefaßten Entschließung wurde ein sofortiger Abbau der Preise und bis dahin eine beschleunigte Erhöhung der laufenden Teuerungszulage sowie daneben eine einmalige Teuerungszulage von 1200 ℳ und von 200 ℳ für jedes Kind verlangt.

Zugunsten der Kriegsteilnehmer wurde eine Anzahl von Anträgen dem Verbandsvorstand als Material überwiesen; zahlreiche Anträge über Arbeitszeit, Nachtdienst, Sonntagsruhe usw. wurden angenommen. Zur planmäßigen Bearbeitung aller die mittlere Postbeamtenschaft berührenden wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten wurde ein „Sozialer Beirat" gebildet. Der Verbandstag ernannte den Rechnungsrat Fischbach (Berlin) und den Telegraphensekretär Gottschalk (Damgarten), den früheren Verbandsvorsitzenden, zu Ehrenmitgliedern. Zugunsten der Verbandsmitglieder in den bedrohten Grenzmarken wurde die schleunige Einleitung einer großzügigen Hilfstätigkeit beschlossen.

Zu einer imposanten nationalen Kundgebung von tiefster Wirkung gestalteten sich die Ansprachen der Vertreter aus den bedrohten Grenzgebieten. Alle gelobten unter sich immer wiederholendem stürmischen Beifall, unerschütterliche Treue dem Verband, dem Vaterland und dem Deutschtum zu halten. Stehend sang die Versammlung das alte Schutz- und Trutzlied „Deutschland, Deutschland über alles".

In den Vorstand des Verbandes wurden gewählt: Postsekretär Domscheitl 1., Obervostassistent Knappe 2., Telegr.-Sekretär Vogel 3. Vorsitzender; zu Beisitzern im Vorstande wurden gewählt: Obervostassistent Ullrich, Postsekretär Kohlbach, Obervostassistent Szczeblewski, Postsekretär Koppien, Obervostsekretär Dannhauer, Rechnungsrat Schulze und Telegr.-Sekretär Rehländer. Mit einem Hoch auf den Verband wurde der Verbandstag am dritten Tage in später Abendstunde geschlossen.

Badische Politik.

Zur Sozialisierung der Standesherrschaften.

Die Fürstlich Fürstenbergische Standesherrschaft hat an die Mitglieder des Badischen Landtags, an die Regierungsstellen und an die Gemeindebehörden eine Denkschrift gerichtet, in der für die Bewirtschaftung des standesherrlichen Besitzes Grundsätze aufgestellt sind. In dieser Denkschrift vertritt die Fürstenbergische Verwaltung den Standpunkt, daß sie von ihrem etwa 8000 Hektar großen landwirtschaftlichen Grundsitz etwa 6000 Hektar unzusammenhängende Parzellen, die bisher verpachtet waren, an Gemeinden, Pächter und an andere Kaufliebhaber zu veräußern bereit ist. Um die bei der großen Konkurrenz zu erwartende erhebliche Steigerung der Kaufpreise zu verhüten, will die Standesherrschaft sowohl von einer öffentlichen Ausbietung, als auch von einer selbständigen Kaufpreisfestsetzung absehen und die Begutachtung der Preise einer gemischten Kommission überlassen. Für den Fall der Aufrechterhaltung der Pachtwirtschaft werden in der Denkschrift Bedingungen aufgestellt, nach denen in erster Linie die bedürftigen Gemeindeeinwohner bei Verpachtungen zu berücksichtigen sind. Die Hofgüter will die Standesherrschaft in der Mehrzahl behalten. Sie begründet das mit der Befürchtung, daß diese Hofgüter im Eigentum von kapitalschwächeren Landwirten in schlechten Zeiten, mit denen auch für die Zukunft gerechnet werden muß, nicht gehalten werden können.

Der Verein badischer Handelslehrer

hielt am Sonntag in Karlsruhe seine 5. ordentliche Hauptversammlung ab. Zur öffentlichen Sitzung am Vormittag waren außer zahlreichen Mitgliedern Vertreter des Unterrichtsministeriums, der Handelskammer, der Stadt Karlsruhe und der kaufmännischen Gehilfenverbände erschienen. Am Mittelpunkte dieser Sitzung standen zwei Vorträge, die sich mit der Umgestaltung und dem Ausbau des Handelsschulwesens befaßten. So berichtete Rektor Willareth-Pforzheim über „Die Wirtschafts- und Handelsschule als Glied der Einheitsschule" und anschließend der Vorsitzende Kräsia-Karlsruhe über den „Ausbau des Handelsschulwesens". Da im Rahmen einer Hauptversammlung eine endgültige Stellung doch nicht hätte eingenommen werden können, wurde von einer allgemeinen Aussprache abgesehen, dagegen beschlossen, die Leitsätze der beiden Vorträge einem Arbeitsausschuß zu überweisen, der sie zu einer Vorlage an das Unterrichtsministerium verwertet.

In der geschlossenen Mitgliederversammlung am Nachmittag erstattete zunächst der Vorsitzende Bericht über den Stand und die Tätigkeit des Vereins seit der letzten Hauptversammlung. Die folgenden Beratungen waren den brennendsten Standesfragen gewidmet. Als größte Härte empfinden die badischen Handelslehrer, daß sie nicht ihrer Vorbildung und der Bedeutung ihrer Arbeit entsprechend in den Gehaltstarif eingereiht sind. Sie erblicken hierin auch eine Minderbewertung des Handels und der Kaufmannschaft. Allseitig und immer wurde der Ruf erhoben, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die wirtschaftliche, soziale und vielfach dienstliche Mißhandlung, die die badischen Handelslehrer schon über ein Jahrzehnt hindurch erdulden, endlich ein Ende finde.

Ruhe in Mannheim.

(Eigener Drahtbericht.)

rr. **Mannheim**, 26. Juni. Die Ruhe ist während des ganzen Tages nicht gestört worden. Die Truppen haben bereits mit Erfolg mit der Aufspürung von verborgen gehaltenen Waffen begonnen. Die Straßenbörse zwischen H und J 1, bei der seit Wochen mit geschmuggelten und gestohlenen Waren gefeilscht worden ist, ist ebenfalls aufgehoben worden. Mehrere Händler wurden verhaftet, dann aber wieder freigelassen, mit Ausnahme eines Schwerverbrechers, der auf Soldaten geschossen hat. Von den am Samstag schwer Verwundeten ist der 24 Jahre alte Ingenieur Thiel nach der Amputation eines Beines gestorben. Heute morgen fand zwischen den Vertretern der Presse, den Führern der Mehrheitsparteien und Staatsrat Dr. Ludwig Haas eine Besprechung statt, in der Dr. Haas darlegte, daß die Truppen nur so lange in Mannheim bleiben, bis Ruhe und Ordnung wieder eingetreten sind. Das Bezirksamt hat die vorgestern erlassenen Bestimmungen aufgehoben. Die Polizeistunde wurde auf 11 Uhr festgesetzt. Theater- und Kinovorstellungen dürfen wieder, wie bisher, stattfinden.

Der Regierung sind, wie in dieser Besprechung weiter mitgeteilt worden ist, zuverlässige Nachrichten darüber zugegangen, daß die Spartakisten und Kommunisten die Lebensmittelunruhen politisch auszubeuten versuchen, weitere Unruhen hervorrufen und es bis zur Ausrufung der Räterepublik treiben wollen. Aus diesem Grund sind in den letzten Tagen in Mannheim größere Truppenmassen zusammengezogen worden. Die Regierung hat eine Mahnung an die Einwohnerschaft gerichtet, die Ruhe zu bewahren, damit nicht der Belagerungszustand erklärt werden muß.

Die Verhaftung des Redakteurs der „Tribüne", Hermann Remmele von der Unabhängigen Sozialdemokratie ist auf Grund des § 112 des R.St.-G.B. (Aufforderung zur Gehorsamsverweigerung gegenüber Personen des Soldatenstandes) erfolgt. Wie in dem Organ der Kommunisten, der „Roten Fahne" mitgeteilt wird, sind die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie aus dem sogenannten Aktionsausschuß, der sich die Einigung des Proletariats zur Aufgabe gemacht hat, ausgetreten. Die „Volksstimme" stellt fest, daß damit der Aktionsausschuß sein Ende erreicht hat.

Die Sozialdemokratische Partei Mannheims befaßte sich in einer Vertrauensmännerversammlung mit den Plünderungen und dem Aufruhr am Samstag. Hierbei wurde der Volkswehr wie der Polizei für ihr tatkräftiges Eintreten Dank ausgesprochen. In der Aussprache wurde von einem Redner festgestellt, daß der Führer der Unabhängigen Hermann Remmele tatsächlich in einer Kaserne die Soldaten zur Niederlegung der Waffen aufgefordert habe.

Der Landestag für Körperpflege und Jugenderziehung und seine Ziele.

Von H. **Bachmann**, stellv. Vorsitzender der D. Sp. V. f. A.

I.

Die Forderung des Tages lautet: Erneuerung unserer Volkskraft, weil nur ein körperlich starkes, geistig und sittlich hochstehendes Geschlecht im Vertrauen auf seine Kraft mutig und entschlossen den Weg des Wiederaufbaues betreten wird. Kraft, Mut und männliche Stärke bringen uns aber nur ausgedehnte, vielseitige Leibesübungen. Sie lösen auch Hand in Hand mit einer ausgedehnten Jugendpflege jene sittlichen Kräfte aus, die erforderlich sind, um das deutsche Volk auf den Weg der Arbeit und Pflicht zu führen. Aus diesem Grunde ist geistige und sittliche Jugendpflege die fundamentalste Lebensfrage des Staates. Hier muß die Arbeit aller derer einsetzen, denen das Wohl des deutschen Volkes am Herzen liegt.

Der Jugend mit vereinten Kräften die Vorbedingungen zu schaffen, die sie zur Erfüllung ihrer Lebensbedingungen nötig hat, das hat sich auch der Landestag für Körperpflege und Jugenderziehung zum Ziele gesetzt.

Seine Bestrebungen fanden allseitigen Beifall, als der Arbeitsausschuß durch Versendung seiner Leitsätze zu Beginn dieses Jahres vor die Oeffentlichkeit trat. Die erste öffentliche Versammlung am 3. März im „Löwenrachen" war eine machtvolle Kundgebung für die Sache der Leibesübungen; allseitige Unterstützung durch Vereine, Verbände, Staat und Gemeinde wurde freudig zugesagt und ein Städteausschuß Karlsruhe gegründet. Nach dessen Zusammentritt erfolgten ähnliche Gründungen nacheinander im ganzen Lande, so daß Baden heute mehr Städtegruppen für Leibesübungen besitzt als die übrigen Teile des Reiches zusammen. Der badische Landestag, dessen Einrichtung überhaupt für das Reich vorbildlich ist, hat sich mit allen Ortsgruppen dem Deutschen Reichsausschusse für Leibesübungen, der die gleichen Ziele verfolgt, als Landesgruppe angeschlossen.

Seine Gründung war ohne Zweifel eine Tat, deren Notwendigkeit und Berechtigung ohne weiteres klar ist, deren Bedeutung aber erst die Zukunft zeigen wird.

Die Arbeit, die der Landestag in der kurzen Zeit seines Bestehens geleistet hat, war sehr erfolgreich. Die Regelung der Spielplatzfrage im Benehmen mit den Regierungsstellen und den Gemeinden stand im Vordergrunde.

Der Dank, den ihm die Vereine und Verbände für Leibesübungen schulden, kommt zum Ausdruck in dem rückhaltlosen Vertrauen, das sie ihm entgegen bringen. Es kam zum Ausdruck bei den Auseinandersetzungen, die mit Organisationen nötig waren, die ähnliche Ziele verfolgten. Mit dem Badischen Ausschusse für Leibesübungen kam eine Einigung dahin zustande, daß er eine Vertretung im Landtage erhielt.

Der Jungdeutschlandbund Baden hat sich aufgelöst, nachdem der Landestag die Uebernahme der Jugendpflege zugesagt hatte. Dadurch erhält zwar das Feld der Tätigkeit des Landestags eine ursprünglich nicht beabsichtigte, außerordentlich große Ausdehnung, doch es ist eine der größten Voraussetzungen einer wirklich gedeihlichen Arbeit gegeben, nämlich die Tatsache, daß der Landestag alle Kräfte umfaßt, die an der körperlichen Ausbildung, an der geistigen und sittlichen Erziehung des Volkes und insbesondere der Jugend arbeiten.

Dies muß sich logischerweise auch in der Aenderung seines Namens ausdrücken (etwa Badischer Landesverband für Leibesübungen und Jugendpflege).

Daß die Arbeiterturnvereine (Sportkartell) ihren Beitritt nicht erklären, ist sehr bedauerlich und durch deren politische Ziele bedingt — doch erfreulicherweise ist die Zusammenarbeit durch die Bildung gemeinsamer Kommissionen für Spielplätze, Turnhallen, Finanzen und Wandern gesichert.

Was der Landestag will?

und wie er seine Ziele zu verwirklichen gedenkt, das sagen uns seine Forderungen, die in festumgrenzten Richtlinien niedergelegt sind. Obenan steht die Hauptforderung:

Die körperliche Ausbildung der Jugend beiderlei Geschlechts, sowie der Erwachsenen ist auf eine möglichst hohe Stufe in Stadt und Land zu bringen.

Nicht nur die männliche Jugend, auch die weibliche soll zu regelmäßigen Leibesübungen angehalten werden. Die Ausbildung soll mit allen Mitteln auch auf dem Lande so gefördert werden, daß sie auf die höchstmögliche Stufe gebracht wird. Alle sollen üben, alt und jung!

Leibesübung soll Volkssitte — Lebensgewohnheit werden.

Zur Frage, wie erfassen wir die Jugend und die Erwachsenen, wo und wie bilden wir sie aus, ergeben sich die weiteren Leitsätze:

Für schulpflichtige Kinder:

A) Für höhere Lehranstalten und die Seminarien:

1. Turnen: 3 wöchentliche Turnstunden in allen Klassen. Ordnungsübungen sind auf das Mindestmaß zu beschränken. Deutsche Bewegungsspiele sind oft zu pflegen.

2. Spiel und Sport sind in jeder Weise zu fördern. Ein hausaufgabenfreier Spielnachmittag (mindestens zwei Uebungsstunden).

In den 3 unteren Klassen anleitender Unterricht in allen Arten der Leibesübungen.

In den andern Klassen: Bildung von Sportabteilungen für alle Arten der Leibesübungen. Pflichtbeteiligung an einer Abteilung nach freier Wahl. Selbstverwaltung, Anschluß an Vereine empfohlen. Wettspiele, Schul-Turn- und Sportfest. Beteiligung der Schüler an Uebungen der Vereine soll gefördert werden. Keine ausschließlich für sportliche Zwecke angestellten Lehrer.

Die Unterrichtsverwaltung übernimmt Bereitstellung von Spielplätzen, Haftpflicht der Lehrer und Unfallversicherung der Schüler, ferner gibt sie die Mittel für die Geräte.

B. Für Volksschulen:

1. Für Turnen: 2 Wochenstunden.
2. Für Spiel und Sport: Ein Spielnachmittag (mindestens 2 Uebungsstunden). Pflichtteilnahme. 3 Altersstufen — 1. Stufe: 1.—4. Schuljahr; 2. Stufe: 5. bis 8. Schuljahr; 3. Stufe: Fortbildungsschule.

Uebungen: Lauf, Wurf und Sprung. Oberstufe: technische Einübung der Leichtathletik. In allen Stufen Eislauf, Schwimmen und regelmäßige Wanderungen. Leistungen prüfen. Am Schlusse Wettspiele und Wettkämpfe. Eintritt in Spiel- und Sportvereine soll empfohlen werden.

Gemeindepflicht: Sorge für Spielplatzgelegenheit (mindestens 700 qm) und Beitrag für Geräte. Vorbildung der Lehrer durch längere Kurse.

Zu diesem Schulprogramm ist folgendes zu bemerken: Zwang ist erforderlich, namentlich für die unteren Stufen. Selbst wenn manche Schüler sich freiwillig beteiligen möchten, so stehen dem oft Wünsche der Eltern und anderweitige Pflichten usw. gegenüber. Daß der ältere Schüler sich die Art der Leibesübungen selbst wählen kann, wird ihn den Zwang kaum fühlen lassen, namentlich wenn er dazu erzogen wird, Leibesübungen nicht nur als Bürgerpflicht, sondern auch als Bürgertugend zu betrachten und sie ihm zur Lebensgewohnheit geworden ist.

Die Schüler der oberen Klassen wären zweckmäßig dann von der Pflichtbeteiligung zu befreien, wenn sie den Nachweis erbringen, daß sie in den Jugendabteilungen der Turn- und Sportvereine regelmäßig üben.

Es muß ferner vermieden werden, und ich halte das für sehr wesentlich, daß die sogenannten Spielnachmittage, wie sie jetzt amtlich in den badischen Schulen eingeführt sind, nichts anderes bedeuten, wie die Erweiterung der Turnstunde, d. h., daß die Zeit mit reinen Turnspielen ausgefüllt wird. Wir wollen doch — und darüber sind wir uns wohl alle einig — neben dem Turnen, das nach wie vor als Grundlage der Körperausbildung gelten soll, den Sport mit dem Wandern als gleichberechtigte, wichtige Bestandteile der Körper- und Charakterbildung in die Schule einführen. Deshalb wäre es auch zweckmäßig gewesen, wenn die Regierung bei Einführung des Spielnachmittags nicht nur Turn-, sondern auch Sportliteratur empfohlen hätte. Es sei an dieser Stelle vor allem auf das unübertreffliche Kränzlein-Waitzersche Büchlein „Wie treibe ich Leichtathletik" hingewiesen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Aus Baden.

U. **Pforzheim**, 24. Juni. Bei einem Roßschlächter in Brötzingen entdeckte die Polizei ein wertvolles Pferd, das vor einigen Tagen in Feuerbach gestohlen worden war. Das Tier wurde beschlagnahmt und der Eigentümerin, der Stadt Feuerbach, zurückgegeben. Der Spitzbuben hat man noch nicht habhaft werden können.

s. **Niefern** bei Pforzheim, 25. Juni. Gestern abend zwischen 7 und 8 Uhr brannte die Werkstatt des Schreinermeisters Hittler an der O.-Schloßstraße. Spielende Kinder sollen durch Feuerlesmachen den Brand verursacht haben. Die sofort eingreifende Feuerwehr bewältigte das Feuer bald und beschränkte es auf seinen Herd, so daß nur der Dachstock ein Raub der Flammen wurde.

= **Heidelberg**, 25. Juni. Beim Gaisbergtunnel warf sich ein ungefähr 20jähriges Mädchen aus dem Arbeiterstand vor den Würzburger Nachtschnellzug, wurde überfahren und sofort getötet.

= **Neckarsteinach**, 25. Juni. Die Polizei verhaftete eine sechsköpfige Diebesbande, die in einer hiesigen Lederfabrik für mehrere Tausend Mark Leder gestohlen hatte. Der Anführer der Bande, der Balletttänzer Josef Bach, entkam, doch konnte sein Bankguthaben in Höhe von 14 000 M beschlagnahmt werden.

= **Wertheim**, 25. Juni. Bei der im Bezirk Wertheim in den letzten Tagen vorgenommenen freiwilligen Kartoffelsammlung wurden beinahe 126 Zentner abgeliefert.

= **Neuenburg a. Rh.**, 25. Juni. Die seinerzeit durch Hochwasser weggeschwemmte Schiffbrücke ist durch ein französisches Pionierkommando wieder hergestellt worden.

× **Baden-Baden**, 24. Juni. Bei seiner Berufsarbeit stürzte der 19jährige Blechner Fritz Leibert aus Grötzingen aus 9 Meter Höhe von einem Gerüst ab. Er erlitt mehrere Brüche und schwere innere Quetschungen, denen er erlegen ist.

H. **Baden-Baden**, 24. Juni. Im „Krokodil" fand eine zahlreich besuchte Versammlung der hiesigen Auslandsdeutschen zur Gründung einer „Ortsgruppe Baden-Baden des Bundes der Auslandsdeutschen in Baden" statt. Nach einem Vortrage wurde die Gründung vorgenommen. Zu Vorsitzenden wurden die Herren Robert Levinger und Adolf Hoffmann, zu Schriftführern die Herren C. Leuser und Friedrich Euler gewählt. Die Ortsgruppe wird ihre Tätigkeit sofort beginnen. Die finanziellen Werte, die die Mitglieder im Auslande liegen haben, sollen viele Millionen betragen.

= **Lenzkirch**, 25. Juni. Der Waldarbeiter und Landwirt Albert Metzger von Berg ist im Walde vom Blitz erschlagen worden.

= **St. Peter** bei Freiburg, 25. Juni. Bei einem Gewitter schlug der Blitz in das Wohnhaus des Straßenwarts Faller und tötete zwei Kinder, den 4jährigen Knaben Fallers und ein 11jähriges Hütemädchen auf der Stelle, während Frau Faller Verletzungen erlitt. Straßenwart Faller, der unverletzt geblieben war, konnte die Leichen noch aus dem brennenden Haus tragen, das bald in Schutt und Asche lag. Von dem Viehbestand kamen acht Stück Rindvieh und zehn Schafe in den Flammen um.

= **St. Märgen** (Schwarzw.), 25. Juni. Durch Blitzschlag geriet der Kussenhof in Brand und wurde vollständig vernichtet. Außer den Fahrnissen sind auch 10 Schweine mitverbrannt.

de. **Vom Schwarzwald**, 25. Juni. Rauh, stürmisch und kalt ist es in den letzten Tagen auf dem Schwarzwald geworden. Vielfach ist die Heuernte unter Dach und Fach; der Menge nach war überall die große Trockenheit zu merken, der Güte nach ist das Heu aber voll befriedigend. Der Beerenreife haben die letzten kalten Tage und Nächte merklich Abbruch getan; die Erwartung, schon in der ersten Juliwoche „in die Beeren" gehen zu können, erfüllt sich deshalb nicht. Die Behänge sind schlagweise übervoll, in manchen Revieren aber sieht man nichts als üppiges Blätterwerk. Johannisbeeren und Stachelbeeren gibt es dagegen in Massen.

Aus dem Stadtkreise.

Vom Wochenmarkt. Man schreibt uns: Es gibt jetzt so gut wie gar kein Obst mehr. Die Hausfrauen, die schon geplagt genug sind, machen einen unnützen Gang. Die Kontrolle der Volkswehr ist schon angebracht, aber wenn der Händler ein Pfund Obst zu 1 M gekauft hat, so kann er es nicht gut zu 50 Pfg. verkaufen. Das dürfte wohl jedem einleuchten. Auf der andern Seite wird der Produzent nach allen Regeln der Kunst überboten. Bleibt das Obst nun im Lande oder wo geht es hin? Was ist der Nutzen für den badischen Verbraucher?

Bekämpfung der Preistreibereien. Das Ministerium des Innern hat die Bezirksämter erneut und dringend beauftragt, der Einhaltung der Höchst- und Richtpreise für Kirschen und Gemüse besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß auf den leicht zu überwachenden Märkten Preisüberschreitungen vorkommen. Gegen Höchstpreisüberschreitungen sei unnachsichtlich strafendes Einschreiten herbeizuführen; auch ist sofort der behördliche Verkauf der betreffenden Waren zu den festgesetzten Höchstpreisen zu veranlassen. Bei Ueberschreitung der Richtpreise sei, wenn nicht ganz besondere Gründe, wie vorzügliche Beschaffenheit der Ware, ausnahmsweise einen höheren Preis rechtfertigen, in der gleichen Weise zu verfahren.

Die Milchpreiserhöhung und ihre Ursache. Man schreibt uns: Wegen der gestiegenen Erzeugerhöchstpreise für Milch hat die Stadtverwaltung vom 21. Juni an die Milchverkaufspreise erhöhen müssen. Vom Ministerium des Innern ist der Erzeugerpreis für einen Liter Vollmilch um 15 Pfg. über den bisher zulässigen Preis erhöht worden. Für die Abgabe an den Verbraucher sollen 18 Pfg. zugeschlagen werden, wobei der Preis frei Wohnung des Verbrauchers 68 Pfg. nicht überschreiten sollte. Nach sorgfältigen Nachprüfungen sah sich die Stadt aber außerstande, diesen Preis einzuhalten, da bei dem erwähnten Verbraucherpreis der Stadt ein Fehlbetrag von jährlich weit über ½ Million Mark erwachsen würde. Da die Stadtverwaltung diese große Einbuße auf anderem Wege nicht aufzubringen vermag, mußte sie den Verbraucherpreis auf 76 Pfg. für den Liter festsetzen. Die Kosten für Aufbringung, Herbeischaffung, Behandlung und Verteilung der für unsere Stadt notwendigen Milchmenge, im Mai 616 758 Liter, belaufen sich insgesamt, einschließlich der notwendigen Verwaltungskosten, auf rund 13 Pfg. für das Liter, so daß sich das Liter Milch schon nach dem früheren Erzeugerpreis für das Milchamt auf 54 Pfg. ab Milchzentrale stellte. Der Durchschnittserzeugerhöchstpreis betrug bisher 36 Pfg., die durchschnittlichen Unkosten für die Stadt hiernach 18 Pfg. Bei dem vom Ministerium vorgesehenen neuen Erzeugerhöchstpreis von 50 Pfg. + 18 Pfg. Unkosten würden die Selbstkosten für das Liter also auf 68 Pfg. kommen. Zu diesem Preis treten nun noch die Kosten für die Verteilung der Milch und die Zuführung an die Verbraucher. Die Milchhändler erhielten die Milch zu 5 Pfg. — neuerdings 8 Pfg. — unter dem festgesetzten Verbraucherpreis. Es ergibt sich hieraus ein Verbraucherpreis für Vollmilch von 68 + 8 = 76 Pfg. für das Liter, der lediglich ausreicht, um die Selbstkosten der Stadt zu decken. Auch bei dem Verbraucherpreis von 76 Pfg. bleibt der Stadtgemeinde noch eine Ausgabe von rund 300 000 M im Jahr dadurch zur Last, daß sie den Molkereibesitzern innerhalb des Stadtbezirks Geldzuschüsse in dieser Höhe gewähren muß, um die Milcherträgnisse der städtischen Kuhhalter einigermaßen auf der bisherigen Höhe zu halten. Dazu kommt noch ein Zuschuß von rund 200 000 M im Jahr, den die städtische Gutswirtschaft erfordert.

„Kriegsbeschädigte als Bettler." Der Landesausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge schreibt uns: Schon oft wurde die Oeffentlichkeit darauf hingewiesen, daß kein Kriegsbeschädigter genötigt sei, zu betteln, da jeder hilfsbedürftige Kriegsbeschädigte durch die Kriegsbeschädigtenfürsorge unterstützt wird. Wie sehr dieser Hinweis berechtigt ist, zeigt ein Fall, der sich hier abgespielt hat. Gestern und heute erregt auf der hiesigen Kaiserstraße ein mit Ordensbändern geschmückter Bettler, der heftig zitterte, erhebliches Aufsehen. Er erhielt von den Vorübergehenden neben Naturalien namhafte Geldgeschenke. Wie von der zuständigen Fürsorgestelle festgestellt werden konnte, ist der von Ort zu Ort ziehende Bettler nicht kriegsbeschädigt. Er ist auch nicht nervenkrank und nicht Inhaber von Kriegsauszeichnungen. Der Schwindler, der mehrere schwere Zuchthausstrafen hinter sich hat, hat u. a. durch sein Betrugsmanöver in Berlin an einigen Abenden schon 3000 Mk. eingenommen. In letzter Zeit wurde er wegen Betrugs und Bettelns gesucht. Wo Bettler als Kriegsbeschädigte auftreten, wolle dafür gesorgt werden, daß umgehend die Kriegsbeschädigtenfürsorgestellen, hier, Zähringerstraße 98, oder Schloßbezirk 10, Kenntnis erhalten.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Japan. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages wird voraussichtlich in nächster Zeit vom Reichsmarineamt eine Kommission nach Japan entsandt werden, um die dortigen Kriegsgefangenen zu übernehmen und heimzubefördern. Die Kommission wird briefliche Mitteilungen an die Gefangenen und Internierten mitnehmen. Solche Briefe sind bis zum 5. Juli an das Reichsmarineamt, Japan-Kommission, Berlin W, Königin-Augustastraße 38/42 zu übersenden.

Gesangsabend Helene Junker. Frau Helene Junker veranstaltet heute abend im Eintrachtsaal um ½8 Uhr mit ihren Schülerinnen einen Gesangsabend, der in einer reichhaltigen Vortragsfolge künstlerischen Genuß verspricht. Am Flügel wirkt Dr. Hermann Junker als Begleiter.

Volksschauspiel Oetigheim. Man teilt uns mit: Das Volksschauspiel übt auch in diesem Jahre die gewohnte Anziehungskraft aus. Der Strom der Besucher wächst von Spieltag zu Spieltag. Man ist entzückt von den farbenprächtigen Aufzügen, wie sie die Oetigheimer Naturbühne in diesem Jahr bietet; daneben stehen Chöre und Handlung auf voller Höhe. Der Besuch kann besonders auch Schulen, Gesellschaften und Vereinen aufs wärmste empfohlen werden. Der Spielbesuch aus dem Oberland hat unter der ungünstigen Rückfahrgelegenheit merklich zu leiden, doch ist zu hoffen, daß nach Klärung der allgemeinen Lage eine bessere Anschlußmöglichkeit nach dem Oberland geschaffen wird.

Selbstmord. Am 24. ds. Mts. stürzte sich ein 54 Jahre alter Glasätzer im Diakonissenhaus aus einem Fenster und starb an den erlittenen Verletzungen.

Ertrunken. Am 24. ds. Mts. fiel der 7 Jahre alte Sohn des Schiffers Friedrich Dicksiheid von einem im Rheinhafen liegenden Schiff in das Wasser und ertrank.

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 24. Juni: Ferdinand Lorenz von Schönmünzach, Elektromonteur hier, mit Luise Stellfeld von Halle a. S.; Herm. Krämer von Freiburg, Schlosser hier, mit Emma Benkert von Durlach; August Mast von Schwarzach, Bahnarbeiter hier, mit Ottilie Mack von Spöck; Wilh. Rehfeld von Hanau a. M., Konditor in Nürnberg, mit Else Bansbach von hier; Oskar Hiller von hier, Uhrmacher hier, mit Berta Radermacher von Raeren; Heinr. Weinbrecht von hier, Kaufmann hier, mit Karoline Schneider von hier; Konrad Hauser von Fautenbach, Stationsvorstand in Neudingen, mit Marie Hasenfuß von Büchenau; Hermann Weikinger von Gernsbach, Schlosser hier, mit Berta Fischer von Dobel.

Eheschließungen. 24. Juni: Heinrich Bender von Rosenheim, Schmied hier, mit Maria Dürr von hier; Albert Brogli von Lörrach, Kaufmann hier, mit Katharina Bierhalter von Bruchsal; Viktor Müller von Eppingen, Konditor in Bruchsal, mit Frieda Fröscher von hier; Friedr. Neale von hier, Heizer hier, mit Elise Laidig von Frankenbach; Gustav Doldt von hier, Rel.-Heizer hier, mit Marie Stoltz von hier; Jakob Maulander von Holzkirch, Milchhändler hier, mit Henriette Daubner Wwe. von Zürich-Außersihl; Christian Berg von Breitenbach, Schutzmann hier, mit Bertha Kadereit von Serpentienen.

Geburten. 20. Juni: Lothar Adolf Oskar, Vater Oskar Gyster, Kaufmann; Erich Werner, Vater Ferd. Eraotti, Händler. — 21. Juni: Marta Salomea, Vater Friedr. Schilpp, Schuhmacher; Julius Stefan, Vater Josef Sproll, Vermessungs-Assistent; Marta Hildegard, Vater Fritz Fulde, Mag.-Arbeiter. — 22. Juni: Ernst, Vater Leonhard Flager, Maschinist. — 23. Juni: Heinr. Matthäus, Vater Heinrich Hotel, Former.

Todesfälle. 23. Juni: Max, alt 10 Tage, Vater Franz Herlemann, Schlosser. — 24. Juni: Berta Petri, alt 72 Jahre, gesch. Ehefrau des Johannes Petri, Kommissionär; Karl Koch, Kaufmann, ledig, alt 55 Jahre. — 25. Juni: Marie Rotheis, alt 28 Jahre, Ehefrau von Andreas Rotheis, Zigarrenmacher.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Donnerstag, 26. Juni: 2 Uhr: Berta Petri, Agents-Ehefrau, Zähringerstr. 4; 3 Uhr: Karl Koch, Kaufmann, Hirschstr. 83, Feuerbestattung.

Aus dem Wirtschaftsleben.

Freigabe von Salzgemüse.

Die Herstellung und der Absatz von Salzgemüse ist freigegeben worden. Die den Handel beschränkenden Bekanntmachungen sind durch die Reichsstelle für Gemüse und Obst aufgehoben worden. a. m.

Die Fischeinfuhr.

Aus dem Reichsernährungsamt wird uns mitgeteilt:

Die sich immer mehr häufenden Anträge auf Einfuhrbewilligung für Fischwaren von Kommunen und Privatfirmen lassen erkennen, daß in weiten Kreisen große Unklarheit über die zurzeit geltenden Bestimmungen für die Fischeinfuhr besteht.

Die Fischeinfuhr nach Deutschland ist zentralisiert: d. h. es werden grundsätzlich alle nach Deutschland kommenden Fischwaren nur durch die mit dieser Einfuhr beauftragte Reichsfischversorgung G. m. b. H., einer gemeinnützigen Reichsgesellschaft, eingeführt. Die Reichsfischversorgung kauft direkt oder durch die von ihr gebildeten und kontrollierten Fachhandels-Syndikate auf den ausländischen Märkten.

Die dänische und die schwedische Regierung haben wiederholt mitgeteilt, daß durch versuchte Einkäufe einzelner deutscher Kommunen und Privatfirmen ihre Fischmärkte beunruhigt und dadurch die Fischpreise für ihre eigene Bevölkerung unverhältnismäßig verteuert werden. Aus diesen Gründen erklärten beide Regierungen, die Ausfuhr nach Deutschland verbieten zu wollen, wenn die Zentralisation des deutschen Einkaufs aufgehoben würde. Es ist zwecklos, daß sich Kommunen oder Privatfirmen, die vom Auslande Angebote auf Fischwaren erhalten, um Einfuhrbewilligung bemühen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Nachdruck der mit einer Chiffre versehenen Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.)

Noch keine Versorgung Deutschlands mit Baumwolle.

In der Presse ist in den letzten Tagen die Nachricht verbreitet worden, daß der erste Baumwolldampfer in Hamburg eingetroffen sei. Diese Nachricht ist geeignet, weitgehende Hoffnungen nicht nur bei den Baumwollfabrikanten und dem Baumwollwarenhandel zu erwecken, sondern auch bei den Arbeitnehmern. Beide Teile erwarten mit Sehnsucht Zufuhren von neuen Rohstoffen und werden auf Grund der erwähnten Nachricht glauben, daß nunmehr der Anfang mit der Baumwoll-Versorgung Deutschlands gemacht sei.

Einer solchen irrtümlichen Annahme kann nicht rasch genug begegnet werden. Zunächst ist der Friede noch nicht geschlossen, und damit eine Zufuhr von Baumwolle an deutsche Fabriken ausgeschlossen. Es kann sich also bei fraglichem Dampfer höchstens um einen Konsignationsdampfer handeln. Aber auch in dieser Hinsicht muß die Nachricht mit aller Vorsicht aufgenommen werden. Es ist bis jetzt keine Aussicht vorhanden, daß in absehbarer Zeit nennenswerte Mengen Baumwolle nach Deutschland hereinkommen. Die Entente hat zwar anfragen lassen, welche Mengen und Qualitäten Baumwolle monatlich benötigt werden, darüber hinaus ist es jedoch zu Abmachungen oder gar zu Anlieferungen nicht gekommen. Es muß also in Kreisen der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer der Tatsache ins Antlitz geschaut werden, daß die Versorgung Deutschlands mit Baumwolle weder begonnen hat, noch vor Friedensschluß überhaupt ernstlich geregelt und in die Wege geleitet werden kann. E. W.

Zur Erhöhung der Versicherungsprämien.

Zu diesem Thema werden zurzeit Pressenotizen verbreitet, die unzutreffenderweise den Reichstarifvertrag für die Angestellten im Versicherungswesen, der von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen abgeschlossen worden ist, als Ursache für die längst vorher beratene Prämienerhöhung im Versicherungswesen angeben. Der Verband der deutschen Versicherungsbeamten wie die übrigen Tarifverbände schreiben uns dazu:

Tatsache ist, daß die gesamte Gestaltung unseres Wirtschaftslebens und eine Reihe von Gründen, wie Kursverluste, allgemeine Geschäftsunkosten, Steuern, Verluste im Geschäft mehrerer Branchen u. a. m., die Erhöhung der Versicherungsprämien herbeiführen. Eine erhebliche Rolle spielt auch dabei die Tatsache, daß die Aktionärgewinne u. a. m. in den Kriegsjahren im Einklang mit dem steigenden Kriegsgewinn in unserer gesamten kapitalistischen Volkswirtschaft immer mehr heraufkletterten.

Wie unzutreffend die Behauptung ist, daß der abgeschlossene Reichstarifvertrag für die Versicherungsangestellten tatsächlich die Gesellschaften unerträglich belastet, geht auch aus der Tatsache hervor, daß die Versicherungsunternehmungen das Angebot der Angestelltenorganisationen ablehnten, bei tatsächlich minderleistungsfähigen Gesellschaften eine Herabminderung der tariflichen Gehaltsbezüge der Angestellten durchzuführen, falls gleichzeitig die Bezüge der Unternehmungsleiter usw. auf ein angemessenes Maß (15 000 bis 20 000 M) jährlich herabgesetzt würden.

Sollte aber tatsächlich bei dem einen oder andern wenig leistungsfähigen Unternehmen der Gehaltstarif die Prämien ausschlaggebend beeinflussen, so zeigt sich damit, wie diese Unternehmungen nur durch die Unterbezahlung ihrer Arbeitskräfte existieren konnten. Es ist dann allerdings eine Notwendigkeit unserer neudeutschen Volkswirtschaft, daß derartige Betriebe verschwinden und nicht weiterhin eine Quelle wirtschaftlicher Unsicherheit für Arbeitnehmer und Versicherte bilden.

Schadenersatz für Aufruhrschäden.

Der Südwestdeutsche Handelskammerausschuß für Hotelgewerbe und Fremdenverkehr (Vorort Handelskammer Karlsruhe) befaßte sich in seiner letzten Sitzung, die kürzlich in Heidelberg stattfand, u. a. auch mit der Frage des Schadenersatzes für Aufruhrschäden. Der Anlaß dazu war durch Ereignisse gegeben, die sich in Frankfurt zugetragen hatten. Nach den Ermittelungen soll in Preußen ein Gesetz in Vorbereitung sein, nach dem der Schadenersatz nur solchen Personen gewährt werden soll, deren Existenz durch den Aufruhrschaden gefährdet sei. Der Ausschuß konnte sich nicht damit einverstanden erklären, daß der Schaden lediglich in dem erwähnten engen Umfange ersetzt werden soll. Er trat vielmehr nachdrücklich dafür ein, daß unter allen Umständen der Schadenersatz in vollem Umfange zu leisten sei. Dabei sprach er sich dahin aus, daß, soweit eine Haftung für Aufruhrschäden nicht schon durch die Landesgesetzgebung gesichert sei, das Reich — vorbehaltlich seines Rückgriffes auf die Bundesstaaten — für den Schadenersatz aufzukommen habe. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, daß der Schadenersatz mit rückwirkender Kraft eintreten müsse, so daß also auch die bis jetzt bereits vorgekommenen Schädigungen zu vergüten seien. In diesem Sinne ist der Ausschuß bereits an die Nationalversammlung herangetreten.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse.

Berlin, 25. Juni. Die Börse war anfangs nachteilig beeinflußt durch die Unruhen in Hamburg und den Eisenbahnerstreik in Schlesien und Berlin. Auch die Verschlechterung der Markvaluta im Auslande verstimmte. Die Wirkung auf die Kursbewegung war nicht erheblich. Nur vereinzelt überschritten die Rückgänge in den jüngst besonders gestiegenen Werten 2 Proz. Kolonialwerte waren fast umsatzlos. Auslandsaktien wie auch ausländische Kupons im Zusammenhang mit der Valutabewegung gebessert. Von Anilinwerten stellten sich Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation etwa 3 Proz. niedriger, während Farbwerke Höchst 9 Proz. gewannen. Im späteren Verlaufe befestigte sich die Haltung allgemein. Gelsenkirchener erholten sich noch etwas über den gestrigen Schlußkurs. Kattowitzer waren von Anfang an fest, etwa 3½ Proz. höher. Deutsche Anleihen etwas nachgebend. Kriegsanleihe etwa 75%. Oesterreichisch-ungarische Renten geschäftslos.

Devisenmarkt. Telegraphische Auszahlungen für:

	24. Juni 1919. Geld	Brief	25. Juni 1919. Geld	Brief
Holland	545.—	545.50	535.—	535.50
Dänemark	325.—	326.50	321.—	321.50
Schweden	354.—	354.50	349.—	349.50
Norwegen	345.—	345.50	340.—	340.50
Schweiz	255.—	255.25	250.—	250.25
Oesterreich-Ungarn	46.95	47.05	46.45	46.55
Spanien	273.—	279.—	273.—	274.—
Helsingfors	104.75	105.25	104.75	105.25

Berliner Kursnotierungen.

	24. Juni	25. Juni		24. Juni	25. Juni
Schantungbh.	127.25	125⅝	Felt. Guill.	160.—	160.—
Gr. Bl. Straßenbahn	124.—	124½	Filter Braut.	155.—	159.—
Südd. Eisenb.	121.—	121.50	Gaggenau	135.50	137.—
Lombarden	20⅞	20.25	Gasm. Deutz	121.75	123.—
Prinz-Hrchbh.	453.—	262.—	Gelsenkirchen	154.75	154⅞
Orientbahn	221.—	223.50	Genschow	147.—	144.—
Argo Schiff.	171.—	170.50	Georg Marie	114.—	115.—
Deutsch Austr.	130.—	130.75	Goldschmidt	202.75	203.—
Hamb. Paketf.	93⅞	95⅝	Hann. Masch.	305.—	312.—
Hbg.-Südam.	142.—	147.50	Harpener	157.25	157⅞
Hansa Schiff.	199.25	196.—	Haxper Eisen	141.—	142.—
Nordd. Lloyd	94.—	94.50	Hin. Aufferm.	142.50	141.50
B. Handelsg.	146.50	146.75	Hirsch Kupfer	208.—	209⅞
Darmst. Bank	106.	103.—	Höchst. Farb.	271.—	285.—
Deutsch. Bank	184.50	184.—	Hösch Eisen	218.—	213.—
Disk. Comm.	148.—	147.50	Hohenlohe	101.—	100.—
Dresd. Bank	126.—	125⅛	Kali Aschersl.	165.—	162.—
Oesterr. Kred.	—.—	—.—	Kolth. Cellul.	174.—	—.—
Reichsbank	146.—	146.25	Kyffhäuser	123.50	125.—
Sinner Br.	220.25	220.25	Lahmayer Co.	110⅞	111.—
Accumulat.	230.—	235.—	Laurahütte	—.—	147.—
Adlerwerke	214.75	210.—	Linde Eism.	143.75	140.25
A. E. G.	175.—	174.—	Ludw. Löwe	229.75	228.75
Aluminium	692.—	690.—	Lothr. Zem.	156.75	157.—
Anglo Contin.	163.—	154.25	Mannesm.	169.50	170.10
Anh. Kohlen	158.—	159.—	Ober Eisenb.	111.75	111.50
Agsb.-Nürnb.	175.—	179.25	Ob. Eisenind.	129.—	126.50
Bad. Anilin	320.—	320.—	Ober Koksw.	178.—	178.—
Bergm. Elek.	140.—	140.75	Orenst.-Kopp.	166.50	169.50
Brl. Anh. M.	144.—	144.—	Phön. Bergw.	180.25	179.75
Berl. Masch.	190.75	193.75	Rheinf.-Kraft	—.—	—.—
Bing Nürnb.	174.75	181.—	Rhein. Metall	158.—	152.—
Bismarckh.	180.25	180.—	Rhein. Stahl	139.25	140.—
Bochum. Guß	170.25	176.—	Riebeck Mont.	178.—	178.—
Gebr. Böhler	163.—	160.75	Romb. Hütte	144.—	143.75
Brem. Vulk.	—.—	—.—	Rütgerswerk.	169.—	168.50
Brown Bov.	315.—	350.—	Sachsenwerke	236.—	233.—
Buderus Eis.	124.—	124.75	Schuckert Co.	123⅝	122.—
Chem. Griesh.	195.—	198.—	Siem.-Halske	161.50	161.50
Chem. Albert	—.—	316.—	Stett. Vulkan	150.—	152.—
Daiml. Mot.	190.75	189.50	Stollbg. Zink	105⅞	104.50
Dessauer Gas	140.—	142.50	Türk. Tabak	420.—	—.—
Deutsch-Lux.	148.50	149.—	V. K.-Rottw.	179.50	179.75
D. Eisb. S. W.	175.—	—.—	Ver. Deutsche Nickel	225.50	233.50
Deutsch Erdöl	288.—	280.—	Ver. Glanzst.	443.75	444.—
D. Gasglühl.	317.—	315.—	V. Stahl Typ.	192.50	179.75
Deutsche Kali	171.—	163⅞	Wand. Fahrr.	246.50	248.—
Deutsch. Waff.	219.—	250.—	Weser-Aktien	153.50	150.—
Deutsch. Eisb.	151.75	151.25	Westereg. Alk.	201.—	202.50
Elberf. Farb.	258.50	261.50	Zellst. Waldh.	181.—	180.—
Eschw. Bergw.	265.—	267.25	Otavi Minen	116.50	116.—
Feldm. Pap.	165.50	169.50	Otavi Genuß	94.—	93.50

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 25. Juni. Die Börse verkehrte heute in schwächerer Haltung. Mitbestimmend dazu waren Gerüchte über ernste Unruhen in Hamburg sowie der drohende Eisenbahnerstreik. Die Kurse setzten zum Teil schwächer ein, aber das Angebot erlangte nirgends eine größere Bedeutung. Einzelne Montanwerte, wie Deutsch-Luxemburger, Harpener und Gelsenkirchen stellten sich niedriger. Auch Caro und Bochumer erlitten im Verlaufe Preiseinbußen. Am Elektrizitätsaktienmarkte setzten A. E. G., Schuckert, Bergmann niedriger ein, die jedoch später mäßige Befestigungen erfuhren. Fest veranlagt waren wieder Chem. Aktien, von denen Bad. Anilin bevorzugt blieben. Mit einem Kursrückgang von 4½ Proz. gingen Daimler hervor. Benzaktien 194, Adlerwerke Kleyer besser, Kalipapiere und Petroleumaktien schwächten sich etwas ab. Schantungbahn sind etwas angeboten. Lombarden auf Wien schwach. Schiffahrtsaktien konnten sich teilweise erholen. Auch für ausländische Kupons trat wieder Kaufinteresse hervor, was zur festeren Tendenz führte. Am heimischen Anlagemarkt gingen zunächst Kriegsanleihe auf 75½ zurück, waren jedoch später bis 75.70 gesteigert. Andere heimische Anleihen waren ziemlich behauptet. Am Kassamarkt für Industriepapiere war das Geschäft wesentlich ruhiger als in den Vortagen. Mit Pluszeichen waren wieder Gebr. Junghans vermerkt, für die rege Nachfrage bestand, die aber mangels Angebots gestrichen wurden. Höher gingen um Uhrenfabrik Furtwangen plus 7, Masch. Bad. Durlach 4½, Chem. Mannheim zogen 28 Proz. an. Zellstoff Waldhof stellten sich 4 Proz. niedriger. Das Geschäft wurde später ruhiger. Immerhin schlossen die Kurse behauptet. Privatdiskont 3⅝. Tägliches Geld 4¼ Proz.

Frankfurter Kursnotierungen.

	24. Juni	25. Juni		24. Juni	25. Juni
Badische Bank	—.—	—.—	Lederf. Adler & Oppenh.	—.—	—.—
Darmst. Bank	107.25	107.50	Masch. Bad. (Weinheim)	175.—	173.50
Deutsch. Bank	187.75	185.—	Bad. Masch. (Durlach)	155.50	160.—
Disk. Comm.	149.50	149.50	Masch. Gritzner (Durl.)	178.—	178.—
Dresd. Bank	126.—	126.75	Masch. Haid & Neu. Nähm.	192.—	190.—
Oest. Länderb.	60.—	62.50	Maschinenfb. Karlsruhe	—.—	—.—
Rhein. Creditbank	111.75	113.—	Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schiffb. Bankv.	—.—	—.—	Spinner. Elf. Baumwoll.	—.—	—.—
Südd. Dk.-G.	116.—	118.—	Spinn. Ettl.	160.—	160.—
Wien. Bankv.	—.—	—.—	Uhrenf. Bad. (Furtwang.)	133.—	140.—
Ottomanbank	—.—	—.—	Waggonfabr. Fuchs	—.—	—.—
Boch. Gußst.	182.—	177.50	Zellstoffabrik Waldhof	184.—	180.—
Gelsenkirchen	156.—	154.75	Zuckerf. Bad.	—.—	—.—
Harpener	158.25	156.—	Zuckerfabrik Frankenth.	330.—	330.—
Laurahütte	—.—	—.—			
Mh. Versicha.	—.—	—.—			
Bayer. Grün & Bilfinger	146.—	148.—			
Cementwerk Heidelberg	163.50	163.50			
Ch. Fabr. Ver. (Mannh.)	—.—	170.—			
Jungh., Gebr. Schramberg	—.—	—.—			

Auflösung der Maschinenfabrik A. Bentzki, A.-G., Graudenz. Die Meldung, daß der Aufsichtsrat die Auflösung der Gesellschaft beschlossen hat, weil der Betrieb wegen Streiks usw. unwirtschaftlich geworden sei, verdient vermehrtes Interesse deshalb, weil es sich dabei um das Unternehmen handelt, das gegen Schluß des vorigen Jahres auf Anregung seines Generaldirektors und Großaktionärs, Geh. Kommerzienrat Bentzki, einer Genossenschaft der Arbeiter übereignet werden sollte, die es für eigene Rechnung hätten weiter führen sollen. Die Arbeiter haben s. Zt. beschlossen, das Angebot abzulehnen, weil sie eine herabgehende Konjunktur befürchteten und es für besser hielten, wenn das Unternehmen in starken Händen bliebe. Die Entwicklung der Verhältnisse haben gezeigt, daß die Arbeiter recht getan haben, so vorzugehen, denn der jetzt erfolgte Beschluß des Aufsichtsrats zeigt, daß er die künftige Entwicklung des Unternehmens recht pessimistisch beurteilt. Dabei hatte die Gesellschaft, die hauptsächlich landwirtschaftliche Maschinen herstellt, in den letzten Jahren und ganz besonders im Kriege ihren Stand erheblich kräftigen und gut rentieren können. Für 1918 und 1917 betrug die Ausschüttung je 15 Proz., in den beiden weiter zurückliegenden Jahren je 8 Proz. Bei 1.30 Mill. Mk. Grundkapital waren Ende 1918 an Reserven allein 2.17 Mill. Mk. vorhanden. Der Vorgang bei der Bentzki-Gesellschaft ist in hohem Grade bezeichnend für die ungünstige Entwicklung, die in den letzten Monaten in den Verhältnissen eines großen Teiles der deutschen Industrie eingetreten ist.

Einfuhr des Pfälzer Weines. Die französische Besatzungsbehörde der Pfalz hat mitgeteilt, daß die Ausfuhr sämtlicher pfälzischen Weine — Weiß- und Rotweine — ohne Einschränkung nach dem rechten Rheinufer erlaubt sei. Die Ausfuhrerlaubnisscheine sind bei der Section économique in Ludwigshafen wie bisher einzuholen. In den Kreisen des Pfälzer Weinhandels glaubt man, daß diese Erlaubnis eine weitere Festigung des Marktes angesichts des großen Bedarfes des rechtsrheinischen Gebietes zur Folge haben wird.

In das Genossenschaftsregister ist zu Band I O.-Z. 12 zum Spar- und Darlehenskassenverein Bulach, e. G. m. u. H. in Bulach, eingetragen: Friedrich Butz I ist aus dem Vorstand ausgeschieden; an dessen Stelle ist Hugo Braun, Landwirt, Bulach, als Vorstandsmitglied gewählt.

Karlsruhe, den 24. Juni 1919.

Badisches Amtsgericht B II.

Bekanntmachung.

Die Preuß.-Süddeutsche Klassenlotterie betr.

Die Ziehung der 1. Klasse der 14. Preuß.-Süddeutschen (240. Preuß.) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 15. und 16. Juli 1919 stattfinden.

Die Lose dieser Lotterie werden von den nachstehenden Bad. Lotterieeinnehmern ausgegeben:

Baden-Baden:	Görger, August, Kaufmann.
Freiburg i. Br.	Nober Hugo, Kaufmann.
„	Rose Max, Kaufmann.
Heidelberg:	Guthmann, Hauptmann a. D.
„	Fahlbusch Franz, Kaufmann.
Karlsruhe:	Götz Ludwig, Bankier.
„	Pecher, Hofuhrmacher u. Bankvorstand.
Konstanz:	Henschel Ernst, Fabrikant.
„	Winkler Heinrich, Kaufmann.
Lahr:	Zimmermann Th., Kaufmann.
Lörrach:	Binder Hermann, Kaufmann.
Mannheim:	Möhler Eduard, Kaufmann.
„	Stürmer Joseph, Kaufmann.
„	Herzberger M., Kaufmann.
Mosbach:	Schirmer Jos., Bankvorstand.
Offenburg:	Hund August, Bankier.
Pforzheim:	Haug Ernst, Buchhändler.
„	Meier A., Kaufmann.
„	Winter Ed., Kaufmann.
Villingen:	Thoma Karl, Kaufmann.
Weinheim:	Bucher Karl, Bankier.
Wertheim:	Schleßmann, Kaufmann.

Karlsruhe, den 20. Juni 1919.

Bad. Landeshauptkasse.

Bekanntmachung.

Die Preuß.-Südd. Klassenlotterie betr.

Die Ziehung der 1. Klasse der 14. Preußisch-Süddeutschen (240. Preußischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am **15. und 16. Juli 1919** stattfinden.

Laut Verfügung des Finanzministeriums beträgt der amtlich festgesetzte Lospreis von der 14. (240.) Lotterie ab

zuzüglich 5 % Teuerungszuschlag

für	1/8	1/4	1/2	1/1	Los
Mk.	5.25	10.50	21.—	42.—	pro Klasse
mithin Mk.	26.25	52.50	105.—	210.—	für alle 5 Kl.

Die Lose dieser Lotterie werden von den zuständigen Bad. Lotterieeinnehmern ausgegeben.

Karlsruhe, den 20. Juni 1919.

Bad. Landeshauptkasse

als Behörde für die staatliche Klassenlotterie.

Pferdegestellung in Brandfällen.

Alle Pferdebesitzer werden unter Hinweis auf § 7 Ziffer c der Feuerlöschordnung für die Stadt Karlsruhe hierdurch aufgefordert, **im Falle eines Feueralarms** ihre zur Verfügung stehenden Pferde **nach dem nächstgelegenen Feuerhaus** zu entsenden. Für die Dauer der Hilfeleistung wird die **ortsübliche Vergütung** gewährt. **Außerdem** werden für die am schnellsten an den Feuerhäusern eintreffenden Pferde **besondere Prämien** bezahlt. Diese betragen:

für **das erste** Pferd	Mk. 7.50
für **das erste Paar** Pferde .	Mk. 15.—
für das zweite Pferd . . .	Mk. 5.—
für das zweite Paar Pferde .	Mk. 10.—
für das dritte Pferd	Mk. 4.—
für das dritte Paar Pferde . .	Mk. 8.—
für das vierte Pferd	Mk. 2.50
für das vierte Paar Pferde .	Mk. 5.—
für das fünfte, sechste, siebente und achte Pferd . . . . je	Mk. 2.50

Es werden benötigt:

am Feuerhaus Zirkel 6	5 Paar Pferde
am Feuerhaus Hebelstraße 5	5 Paar Pferde
am Feuerhaus Leopoldschule	2 Paar Pferde
am Feuerhaus Nebeniusschule	2 Paar Pferde
am Feuerhaus Mühlburgerschule	3 Paar Pferde

Die Pferdebesitzer machen sich durch Nichtbefolgung dieser Aufforderung nach § 114 Ziffer 4 des Bad. Polizei-Strafgesetzes und der §§ 360[10] und 368 Ziffer 8 des Reichsstrafgesetzes strafbar.

Karlsruhe im März 1919.

Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Die Angehörigen der Evangelischen Kirchengemeinde Karlsruhe-Stadt und Beiertheim und die sonstigen Beteiligten setzen wir in Kenntnis, daß der Ortskirchensteuer- und Ortskirchenkassevoranschlag für die Jahre 1919 und 1920 nebst Begründung und Beilagen vom 25. ds. Mts. ab auf die Dauer von 14 Tagen bei der Evang. Kirchensteuerverrechnung, Friedrichsplatz 15, zur Einsichtnahme aufliegt. Etwaige Einwendungen gegen den Voranschlag, welche schriftlich oder mündlich beim Vorsitzenden des Kirchengemeinderats anzubringen wären, sind nur bis zum 8. n. Mts. einschließlich zulässig.

Karlsruhe, den 24. Juni 1919.

Evang.-prot. Kirchengemeinderat.

E. Fischer.

Bekanntmachung.

Unsere Bezugsschein-Ausgabestelle, die sich bisher am Friedrichsplatz befand, ist von heute an in das Erdgeschoß unseres Verwaltungsgebäudes, Kaiserstraße 91 (Gold. Ochsen) verlegt worden. Bezugsscheine werden von jetzt ab dort ausgestellt.

Karlsruhe, den 23. Juni 1919.

Städtische Bekleidungsstelle (Verwaltung).

Bekanntmachung.

(Nachtrag zur Bekanntmachung vom 28. Mai 1919.)

Nach Mitteilung der badischen Landeskohlenstelle stellen sich die Kleinverkaufspreise für **Braunkohlenbriketts** mit Wirkung vom 1. Mai auf Mk. 3.45 ab Eisenbahnwagen und Mk. 3.70 ab Lager bezw. 25 Pfg. mehr für Fuhren — offen — frei vors Haus oder 45 Pfg. mehr in Säcken oder Körben frei ins Haus.

Kommunalverband Karlsruhe-Land.

Obst-Verteilung.

In folgenden Obstverkaufsstellen:

91. **Geiger,** Jakob, Belfortstr. 17,
92. **Sauter,** A., Sofienstr. 57,
93. **Bauscher,** Anton, Hirschstr. 89, Ersatz für Vereinsladen (Hirschstr. 70),
94. **Hock,** Ida, Gartenstr. 10,
95. **Habermeier,** Friedrich, Friedenstr. 11,
96. **Eali,** Emma, Brauerstr. 11,
97. **Zepfel,** Kätchen, Jollystr. 12,
98. **Pfannkuch & Co.,** Boeckhstr. 14,
99. **Zink,** Friedrich, Boeckhstr. 22,
100. **Mohr,** Georg, Südendstr. 29, Ersatz für Vereinsladen (Boeckhstr. 28),
101. **Doll,** Geschw., Roonstr. 7,
102. **Gottschalk,** Josef, Kurvenstr. 15,
103. **Pfannkuch & Co.,** Karlstr. 82,

kommen heute, den 26. Juni, **Kirschen** zum Höchstpreise zu 75 Pfg. pro Pfund zur Verteilung.

Die Abgabe erfolgt auf die **Haushaltmarken Nr. 55,** und zwar

auf die Haushaltmarke A 2 Pfund und
auf die Haushaltmarke B 4 Pfund.

Die Haushaltungen werden ersucht, den Einkauf der Kirschen möglichst in dem Geschäft vorzunehmen, in dem sie im letzten Jahre zum Obstbezug eingetragen waren.

Die nicht zur Einlösung kommenden Haushaltmarken A und B Nr. 55 sind zwecks späterer Einlösung unter allen Umständen aufzubewahren.

Für die spätere Obstverteilung wird bis zum 30. Juni wieder eine besondere Kundenliste aufgestellt.

Karlsruhe, den 26. Juni 1919.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Kartoffel-Versorgung.

Die Geschäfte des städt. Kartoffelamts gehen mit dem 1. Juli 1919 an das städt. Nahrungsmittelamt, Nowackanlage 19, über.

Die Einwohnerschaft wird deshalb gebeten, sich von da an in Angelegenheiten der Kartoffel-Versorgung an diese Stelle zu wenden.

Karlsruhe, den 25. Juni 1919.

Städt. Kartoffelamt.

Nachlaß-Versteigerung

wegen eines minderjährigen Erben am **Freitag, 27. Juni, vorm. 9 Uhr,** im Hause **Luisenstr. 44 hier,** 4. Stock:

3 vollständ. Betten, 1 Diwan, 2 Chiffonniere, 1 Vertiko, 2 Tische, 4 Stühle m. hob. Lehnen, 1 Wand- u. 1 Standuhr, 1 Spiegel, 1 Waschkommode u. 1 Nachttisch m. Marmorpl., 1 Nähmaschine, 1 Ledersauteuil, 1 Handtuchständer, 1 Paneelbrett, 3 Fensterbekleidungen, 1 Portiere m. Galerie, 1 Blumenständer, 2 Waschgarnituren, 1 Küchenschrank und Tisch, 1 Schaft, 1 Schaft m. Tonnen, 1 Herd, 1 Gasherdtisch, 4 Holzstühle, 2 Hocker, Küchengeschirr, verschied. Bilder u. Bücher, 1 Pelzkragen, Frauenkleider u. Frauenleibwäsche, 1 Bodenteppich, 2 Vorlagen, 2 Eheringe, 1 silb. Herren- u. Damenuhr, verschied. Schmucksachen, Bestecke, Schuhe, verschied. Bett-, Leib- u. Tischwäsche usw.

Karlsruhe, 25. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Ortsgerichts I.

Fahrnis-Versteigerung.

Freitag, den 27. d. Mts., nachm. 2 Uhr, werden wegen Wegzug von hier

Baischstraße 5

folgende Fahrnisse gegen Barzahlung öffentlich versteigert: 1 Vertiko, 2 Trumeaus, 1 Sofa, 1 Diwan, 2 Fauteuils, 2 gechnitzte und ein anderer Sessel, 1 Krankentisch, 1 Toilettetisch, Salon und andere Stühle, 2 schöne Spiegel, 1 Konsole, 3 Dienstbettenbetten, versch. Bilder und Bilderrahmen, 2 Bettteppiche, Vorhänge, 1 Photogr.-Apparat, 1 Eisschrank, 1 Truhe, Ofenschirme, Spielsachen, Geschkrr., Uniformen, Röcke, 1 Gong, Ofenvorlegebleche, Wandbretter, 2 Schäfte, Wäschegestell und sonst. Hausrat.

Karlsruhe, den 25. Juni 1919.

Ed. Koch, Ortsrichter a. D.

Luisenstraße 2a.

Versteigerung von altem Material.

Das **Badische Forstamt Karlsruhe-Hardt** versteigert am **Freitag, 27. Juni l. J., früh 8 Uhr,** im Parkhaus an der Friedrichstaler Allee aus Abteilung „Lange Blöße" an abgängigem Einfriedigungsmaterial: 29 Haufen eichene, 47 Haufen forlene Palisaden; 19 Haufen Dielen; 15 eichene, 8 forlene Pfosten; etwa 70 Zentner Draht.

Die Forstwarte Ludwig Heß in Mühlburg und Karl Heß III in Eggenstein geben Auskunft.

Die grosse Pelzmode

im kommenden Winter können Sie mitmachen, wenn Sie die ältesten Pelze, sowie Felle den Sommer über zur Verarbeitung geben. Die neuesten Journale sind eingetroffen. Douglasstraße 8, part.

Schüleraufnahme

in der Privat-Handelslehranstalt und Töchter-Handelsschule

„Merkur" Karlsruhe, nächst d. Karlstr. 13, Moninger.

Gewissenhafte Ausbildung von Damen und Herren für den kaufmännischen Beruf.

Am 1. Juli beginnen neue Kurse.

Damenkurse — Herrenkurse.

Unterrichtsfächer: Schönschreiben, Stenographie, Maschinenschreib. (40 Maschinen verschied. Systeme), Buchführung (einf., dopp., amerik.), Rundschrift, kaufm. Rechnen, Konto-Korrentlehre, Effektenkunde, Wechsel- u. Scheckkunde, Korrespondenz u. Kontorarbeiten etc.

Vollständige theoretische Ausbildung für den kaufmännischen Beruf.

Sprachen: Deutsch, Englisch, Französisch, Holländ., Spanisch, Portugiesisch.

Tages- und Abendkurse.

Eintritt zu einzel. Fächern am 1. jeden Monats.

Ausführliche Auskunft und Prospekte bereitw.

die Schulleitung.

Zu verkaufen

etwa 40 000 kg Altgauß, etwa 50 000 kg alt. Schmiedeeisen, 3 ältere Gasfauger, 1 ältere liegende Dampfmaschine, 12 PS., 20 Stück brauchb., außeis. Säulen, 5,40 m lang, mittl. Durchmesser 170 mm, Einzelgew. etw. 430 kg. **Lagerplatz: Kaiser-Allee 11 u. Schlachthausstraße 3.**

Angebote, mit Preisstellung ab Lagerplatz, sind verschlossen u. mit der Aufschrift „Angebot auf Altgauß" versehen, bis 2. Juli d. J. bei uns einzureichen.

Karlsruhe, d. 24. Juni 1919.

Städt. Gas-, Wasser- u. Elektrizitätsamt.

Zu vermieten

Wer braucht eine 6 **Zimmerwohng.** u. kann dafür eine 4 **Zimmerwohnung** nachweisen? Angebote unt. Nr. 2268 ins Tagblattbüro erbet.

Möbl. Wohnung

3 Zimmer auf sofort zu vermieten durch

Kornsand,

Kaiserstraße 56.

Zimmer

Zimmer, gut möbl., 1. Juli zu verm. Händelstr. 4, I. **Lambrecht.**

Wohn- u. Schlafzimmer zu verm. a. 1. Juli. Anzus. zw. 10 u. 2 Uhr: Schumannstr. 7, part. **Geiger.**

2 möbl. Zimmer sind getrennt an nur solide Herren auf 1. Juli z. vrm. Waldstr. 73, p. **Fellhauer.**

Gut möbl. Zimmer ab 1. Juli an sol. Herrn zu vermieten. **Zoller,** Kaiserpassage 31, 1 Tr. r.

Leeres großes **2-fenstr. Zimmer** a. 1. Juli z. vrm. Waldstr. 54 II. **Fellhauer.**

Möbl. Zimmer mit Balkon nach vorn. Parkstr. 7, III.

Zimmer, elegant möbliert, mit Pension per sofort oder 1. Juli zu verm. **Herzig,** Leopoldstr. 15, 2. Stock.

Ruhe- **und erholungsbedürftigen Gast** nimmt kinderlos. Ehepaar in herrlich geleg. Villa in Ueberlingen a. See auf, pro Tag 15 Mk., bei Daueraufenthalt nach Vereinbarung.

Angebote unt. Nr. 2258 ins Tagblattbüro erb.

Zwei fein **möblierte Zimmer** sind an einen alleinsteh., soliden Herrn a. 1. Juli zu vermiet. Näh. Hirschstraße 105, II. v. 9—12½ u. 3—5 U. **Birkenmaier.**

Gut **möbl. Zimmer** sofort zu verm.: Lachnerstr. 11, III, **Wittmann.**

Miet-Gesuche

Eine helle **3—4 Zimmerwohnung** in gut. Hause v. alleinstehendem Herrn per 1. Juli zu mieten gesucht. Angebote unt. Nr. 2185 ins Tagblattbüro erbet.

Kinderloses Ehepaar sucht

4-7 Zimmerwohnung

in Karlsruhe oder Umgebung auf sofort oder später. Angebote unter Nr. 2228 ins Tagblatth.

Aelteres Ehepaar ohne Kinder (höherer Beamter) sucht auf 1. Oktober eine

5-6 Zimmerwohnung

Angebote unt. Nr. 2280 ins Tagblattbüro erbet.

Wohnungs-Gesuch.

Ein Arzt, der seine Praxis aufgegeben hat, sucht eine schöne 4-Zimmerwohnung m. Veranda auf sofort oder bis Oktober. Angebote unt. Nr. 2263 i. Tagblattbüro erb.

4—5 Zimmer-Wohnung

in ruhiger, feiner Lage auf 1. Juli oder 1. Oktober gesucht. Angebote unt. Nr. 2278 ins Tagblattbüro erbeten.

Ruhig. Ehepaar sucht 6-7 Zimmerwohnung sofort oder zum 1. Oktober. Angebote unt. Nr. 2282 i. Tagblatth.

Läden und Lokale

Sofort gesucht in guter Geschäftsstadt Süddeutschlands ein

kleineres Geschäft

in guter Lage (Zigarren, Schreibutensilien oder klein. Café). Angeb. wolle man senden an Frau **B. Schucker,** Karlsruhe i. B., Scheffelstr. 6, 2. St.

Helle, große **Werkstatt** mit Nebenräumen in Mittelstadt per 1. Juli zu mieten gesucht. Angebote unter Nr. 2184 ins Tagblattbüro erbet.

Zimmer

Sol. alleinst. Herr sucht a. 1. Juli möbl. Zimmer. Angebote unt. Nr. 2264 ins Tagblattbüro erb.

Beamter sucht gut **möbliertes Zimmer** (elektr. Licht, Zentralheizung). Es ist Gelegenheit geboten, soliden Herrn als Dauermieter zu erhalten. Angeb. u. Nr. 2218 ins Tagblatth.

Gut möbliertes **Wohn- u. Schlafzimmer** evtl. mit Klavierbenutz. gegen gute Bezahlung auf sofort zu mieten gesucht. West- od. Mittelstadt bevorzugt. Gefl. Angebote unt. Nr. 2275 ins Tagblattbüro erbet.

Heim

sucht geb. Dame ohne Beruf in gut. Hause, mögl. bei alleinsteh. Dame, auf 1. Juli od. später. Eilangebote mit Pensionspreis unter Nr. 2259 ins Tagblattbüro erbeten.

Kapitalien

Wer leiht ein. Kriegswitwe 100 M geg. pünktliche monatliche Rückzahlung? Angeb. unter Nr. 2265 ins Tagblatth.

Kaufgesuche

4 Zimmerhaus

neuzeitl. einger., Südweststadt, sofort zu kauf. gesucht. Ausführl. Angebote unter Nr. 2266 ins Tagblattbüro erbet.

Dringend.

Ruhige Familie (2 Personen) sucht per sofort oder später 3—4 Zimmerwohnung mit elektr. Licht, Bad in gutem Hause. Welche Familie zieht in nächster Zeit von hier weg und würde mir die Ermietung einer solchen Wohnung möglich machen. Suche schon 6 Monate eine Wohnung. Angebote unter Nr. 2269 ins Tagblattbüro erbeten.

Mod. 3-5 Zimmerwohnung

von Brautpaar auf 1. Oktober oder früher zu mieten gesucht. Mittel- und Weststadt bevorzugt. Angebote unter Nr. 2262 ins Tagblattbüro erbeten.

Kleine Werkstatt u. Laboratorium

2 bis 3 Räume mit Gas-, Wasser- und elektrischem Anschluß

zu mieten gesucht.

Die Räume sollen möglichst sofort beziehbar sein. Angebote unter Nr. 2261 ins Tagblattbüro erbeten.

Lagerraum

von 60 bis 80 qm Bodenfläche mit kleinem Büro per sofort zu mieten gesucht. Angebote unter Nr. 2209 ins Tagblattbüro erbeten.

Geschäftshaus

möglichst Oststadt, mit Toreinfahrt, mindestens ca. 200 qm Lagerräumlichkeiten, Büro und Hofraum, **zu kaufen gesucht.**

Angebote unter Nr. 2272 ins Tagblattbüro erb.

Altertümer:

Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren Gläser, Stickereien, Bilder, Bücher, auch **ganze Bibliotheken** sucht fortwährend zu kaufen

Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233

Telephon 1154.

Getragene Kleider aller Art,

sowie Wäsche, Federnbetten, Vorhänge, Teppiche, Schmucksachen, Pfandscheine, Fahrräder, Nähmaschinen etc., auch reparaturbedürftig kauft stets zu höchsten Preisen

Karabanoff

5087 Telephon 5087

Zähringerstr. 50 — An- u. Verkaufsgeschäft.

Moderne Kücheneinrichtung zu kaufen gesucht. **Vogel,** Marienstr. 48, 2. Stock.

Elsässer-Flüchtling s. aus Privathänden **Küchen- u. 4 Zimmereinrichtung** zu kaufen. **Rassenberg,** Douglasstr. 16, 1. Stock.

Kassenschrank

mittlerer Größe gesucht. Angebote mit Preisangabe an **Landesausschuß Kriegsbeschädigte,** Schloßbezirk 10.

Knopflochmaschine

für Weißwaren zu kaufen gesucht. Angeb. unt. Nr. 2270 ins Tagblatth.

Leder- od. Baumwoll-Treibriemen

und zwar: 11 m 9 cm Breite, 17 m 10 cm Br., 13 m 11 cm Breite sofort zu kaufen gesucht. **A. Fahlbusch, Rastatt.**

Privatm., nicht Händler, sucht kleinere oder größere **Briefmarken-Sammlung** auch eins. alte Briefmarken, Kriegsmarken u. dergl. zu kaufen. Angebote an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Karlsruhe,** unt. H. 3093.

Gebrauchte **Möbel kauft** zu angemessenen Preisen die **Altmöbelstelle Bad. Baubund** G. m. b. H. **Schloßplatz 13.** Angebote erbeten.

Klavier wird geg. gute Bezahlung zu kaufen gesucht. **M. Eckert,** Steinstraße 16, 1. Stock.

Gebrauchte Möbel,

einzelne Möbel all. Art, einz. Zimmer u. ganze Wohnungseinrichtungen sowie Küchenmöbel 2c. kauft zu jeder Zeit und bittet um Angebote **D. Gutmann,** Rudolfstr. 12, An- u. Verkaufsgeschäft.

Altes Gold u. Silber,

Flaschen, Lumpen, Tier- u. Menschenhaare, Metalle, Eisen, Papier, Tressen, Keller- u. Speicherkram, kauft

Feuerstein,

Waldhornstraße 37. Telephon 3481.

Taschenuhren

auch reparaturbedürft., kauft fortwährend **An- u. Verkaufsgeschäft Levy,** Markgrafenstr. 22.

Offiziers-Uniform-Bekleidungsstücke

kauft u. bittet um gefl. Angebote **Weintraubs An- u. Verkaufsgesch.,** Kronenstr. 52, Tel. 3747.

Getrag. Kleider

Schuhe, Uniformen, Weißzeug, Möbel und Schmuck kauft zu hohen Preisen **R. Billig,** Markgrafenstr. 17.

Gebr. Kleider

Uniformen, Möbel aller Art, Pfandscheine, Fahrräder kauft stets das An- und Verkaufsgeschäft **Arnold Schap** Waldhornstraße 21.

Achtung!

Kaufe fortwähr. **Wein- u. Sektflaschen** u. zahle die höchsten Tagespreise. Postkarte genügt, komme ins Haus.

M. Schneider,

Durlacherstraße 46 III.

Wirtschaftliche Betriebs- und Verwaltungsfragen städtischer Straßenbahnen

Eine technisch-wirtschaftliche Untersuchung des Problems der Unternehmungsform

Von Dr.-Ing. **Adolf Devin**

Mit einem Geleitwort von Professor **Schimpff**-Aachen

Preis in Umschlag Mk. **5.—** und Teuerungszuschlag

105 Seiten Oktav mit einer Literaturübersicht und verschiedenen graphischen Darstellungen

Nicht nur den eigentlichen Straßenbahnbetrieb behandelt die Schrift, sondern sie zeigt auch einen Weg, wie sämtliche Gemeindebetriebe auf eine höhere Wirtschaftsstufe gebracht werden können.

Zu beziehen durch die Buchhandlungen sowie vom Verlag

C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H.

Karlsruhe (Baden), Ritterstraße 1.

Der Schulmeister.

Roman von Gustav Reppert.

2 — (Nachdruck verboten.)

Als die Wanderer auf den Weg traten, leuchtete ihr schwarzes, glatt gescheiteltes Haar, das in dicken Zöpfen um den Hinterkopf geschlungen war, in der Sonne. Ihre schmalen Schultern umschloß eine schwarz gefütterte Jacke, die lose bis auf die Hüften fiel und die feine Taille verdeckte.

Die beiden hatten bisher russisch miteinander gesprochen. Jetzt begann Dimitri in gebrochenem Deutsch:

„Vergiß nicht, ich heiße Andreas Jakow und du Marinka Trussow für das dumme Deutsche. So steht im Papier. — Vergiß nicht, Anna Iwanowna, vergiß nicht."

Das Mädchen lächelte trüb.

„Warum nennst du mich Anna Iwanowna, wenn ich Marinka heißen muß? Vergiß du nur nicht, ich werde schon daran denken."

Während sie den Weg hinabschritten, kam links von der Dorfstraße her mit wütendem Gekläff ein kleiner Köter auf die beiden Fremdlinge losgestürzt, und sofort stimmten sämtliche Hunde in Hof und Dorf in den Alarmruf ein.

Im Hoftor zeigte sich ein riesiger Bernhardiner in Begleitung eines Dackels und eines englischen Jagdhundes, und das Trio sperrte unter ohrenbetäubendem Konzert den Ankömmlingen den Eintritt.

Aus einem langen Stallgebäude zur Linken des Tores, aus dessen offenstehenden Türen dampfender Brodem hervordrang, trat eine große Frau in grobem, braunem Wollkleid mit einer Küchenschürze und spähte nach der Ursache des Lärms. Hinter ihr erschien der Gutsinspektor mit rotem Gesicht und rötlichem Haar und Bart, und als dritter ein junger Mensch in Ulanenuniform mit funkelnden neuen Unteroffizierstressen.

Die große Frau rief beim Anblick der Fremden sofort den Bernhardiner zurück und befahl ihm zu schweigen, und der Ulan pfiff dem Jagdhund. Die beiden edlen Tiere gehorchten, nur der Dackel kläffte und schnappte nach den Beinen des Russen, der sich mit der Mütze in der Hand unter demütigen Bücklingen näherte.

Der Inspektor trat ihm entgegen.

„Was wollt ihr?"

„Arbeit, gnädiger Herr Inspektor —"

„Woher kommt ihr?"

„Von Dambritsch, gnädiger Herr Inspektor —"

„Habt ihr Papiere?"

„Dimitri zog aus seine Brusttasche ein paar in russischer Sprache bedruckte und beschriebene Blätter hervor.

„Hier sind Papiere —"

Der Inspektor nahm sie und besah sie mit mißtrauischen Blicken.

„Wo ist eure Abzugsbescheinigung von Dambritsch?"

Der Russe zuckte mit hilfloser Miene die Achseln.

„Nix versteh, gnädiger Herr Inspektor." Er drehte sich auch nach seiner Begleiterin um, die hinter ihm stand, und sagte mit einer ermunternden Armbewegung: „Marinka besser versteh deutsch Sprache —"

Das Mädchen trat mit niedergeschlagenen Augen vor.

„Wir haben keine —"

„Ihr seid also durchgebrannt — da kann ich euch nicht aufnehmen —"

Marinka trat wieder einen Schritt näher und richtete einen schnellen Blick auf den Ulanenunteroffizier, der seinen Hund streichelte und dabei neugierig nach ihr hinsah.

„Der Inspektor von Dambritsch wollte eine Abzugsbescheinigung nicht geben —"

„Warum nicht?" forschte der Inspektor.

„Er wollte, ich soll bleiben", brachte Marinka nach einigem Zögern heraus.

Jetzt mischte sich der junge Mann ins Gespräch.

„Behalten Sie sie doch, Inspektor, sie sehen so hungrig aus, und Sie brauchen doch Leute nötig."

Marinka warf ihm wieder einen schnellen, halb dankbaren, halb zornigen Blick zu, und Dimitri machte ihm eine tiefe Verbeugung.

Der Inspektor drehte sich um und sagte halblaut: „Gewiß, junger Herr, ich kann sie gut brauchen, aber ich bin auch Amtsvorsteher und muß mich an die Vorschriften halten."

Der Ulan lächelte.

„Nun, Inspektor, als Amtsvorsteher wissen Sie doch auch, wie man die Bestimmungen umgeht."

Der Inspektor lächelte ebenfalls,

„Freilich wohl, aber man darf sie's nicht merken lassen, sonst werden sie unverschämt —"

Er wandte sich zu den Russen zurück und sagte streng:

„Einstweilen könnt ihr bleiben, bis ich mich in Dambritsch erkundigt habe, was mit euch los war."

Er rief einen andern Russen, der eben mit seinen Pferden in den Hof gezogen kam.

„Peter, zeige ihnen die Wohnung, und sorge, daß sie unterkommen."

Die große Frau, die während der ganzen Verhandlung kein Wort gesprochen hatte, kehrte in den Stall zurück, gefolgt von dem Bernhardiner und dem Dackel. Der Ulan ging langsam über den weiten, aufgeweichten Hof dem Herrenhause zu, ohne sich weiter um die beiden neuangeworbenen Arbeiter zu kümmern. Sein schwarz und weiß gescheckter Hund trat dicht hinter ihm in seine Fußtapfen.

Peter, ein kleiner roh aussehender Kerl mit einem Kalmückengesicht, stapfte in Wasserstiefeln, die fast so groß waren, wie er selbst, den Ankömmlingen voran und führte sie nach einem Hause auf der anderen Seite des Hofes.

Anna Iwanowna, die jetzt Marinka hieß, blickte dem davongehenden Ulanenunteroffizier mit ihren schwermütigen schwarzen Augen nach, und ein Seufzer zog leise über ihre schmerzlich verzogenen Lippen.

Aber Dimitri — Andreas griff sie beim Arm, beugte sein leidenschaftdurchzucktes Gesicht zu ihr herab und flüsterte:

„Wir werden es ausführen — Marinka!"

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Geigers
Schwarzer Tee
ist wie der chinesische Tee durch Rollen aus **frischen** Himbeerblättern hergestellt. Derselbe erträgt deshalb keinen Vergleich mit minderwertigen billigen Erzeugnissen. Ein Versuch überzeugt. Verkaufsstell. weist nach: Generalvertreter **K. F. Vetter,** Marienstr. 51.

Prima Rucksäcke
nur selbstgefertigte Ware hat abzugeben
M. Oswald, Sattlerei, Karlsruhe
Schützenstraße 42.

Was erhält den Menschen?
Die tägliche Nahrung und der mit der Atmung zugeführte Sauerstoff. Ohne Sauerstoff-Zufuhr können menschliche Organe keine Nahrung verdauen und verwerten, denn jede, auch die kleinste Tätigkeit, sei es ein Fingerbewegen, erfordert den Verbrauch eines Atoms Sauerstoff. Störungen in der Nahrungs- und Sauerstoff-Zufuhr und deren Verwertung, unvollständiges Arbeiten der Ausscheidungsorgane, Haut, Lunge, Darm, führen zu Stoffwechselstauungen und körperlichen Schäden, die Wohlsein und Stimmung behindern, die Leistungsfähigkeit untergraben, das Schlafbedürfnis, die Ruhe stören. Will man auf einfache Weise vorbeugen, die Arbeit der Organe erleichtern oder nachhelfen, widerstandsfähiger werden, so nimmt man nach Tisch einen Teelöffel reines **Pharmozon,** welches in Voll- und Kleinpackungen von jeder Apotheke oder Drogerie geliefert oder besorgt wird. **Pharmozon** ist albuminiertes Calcium-Superoxyd, das dem Körper außer der Lebensenergie Sauerstoff, den knochenaufbauenden, muskelbefestigenden Kalk, beides in abgestimmter, abgemessener Form, bei Gegenwart von Albumin zuführt und diesem den Dienst als Organismus-Anreger und Stoffwechselförderer leistet. Den Namen Pharmozon müßte sich jeder Gesundheitsbesorgte, Vielbeschäftigte, Alternde und Nervöse einprägen.
Wo Pharmozon, z. B. in kleineren Ortschaften oder entlegenen Vorstadtteilen, nicht zu haben ist, wende man sich an den Bezugsquellennachweis der Hersteller:
Sauerstoffchemische Fabrik Li-il-Werke, G. m. b. H. Dresden-A. 21.
Generalvertreter für Süddeutschland:
Medoka, München, Herzog-Rudolfstr. 39.

Jagdpatronen sind, wie ich früher aufmerksam machte, teurer geworden.
Bis Ende Juli liefere noch zum alten Preis und empfehle in frischer Fabrikfüllung
B. M. D.
Kornpulverpatronen und EXPRESS mit Plättchen-Pulver.
Fabrikate der
Bad. Munitionsfabr. Durlach
als: Beste Marken Deutschlands.
Reinhold Andrée Waffen- und Munit.-Handlung Karlsruhe, Waldstr. 4
Gewehrfabrik in Suhl i. Thür.

Jalousie- und Rolladen-Reparaturen
sowie **Neuanfertigung** jeder Art werden prompt ausgeführt von
Chr. Zimmerle,
Jalousien- und Rolladenfabrik,
Telephon 350. Gerwigstr. 36

Die bevorstehenden
Wohnungsveränderungen
bitten wir uns schon jetzt unter Benutzung des nachfolgenden Bestellzettels mitzuteilen, damit die prompte weitere Zustellung veranlaßt werden kann.
Karlsruher Tagblatt.

— (Ausschneiden, ausfüllen und einsenden.) —
Name .....
verzieht am .....
von (Straße und Nr.) .....
nach (Straße und Nr.) .....
.....
(Um genaue leserliche Angaben wird höfl. gebeten.)

Ab 1. Juli ds. Js. übernehmen wir die **durchgehende Arbeitszeit** und sind infolgedessen unsere Geschäftsräume geöffnet
ab 1. Juli bis Ende September:
vormittags ½8 Uhr bis nachm. ½4 Uhr
ab 1. Oktober bis Ende März:
vormittags 8 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Karlsruhe, den 25. Juni 1919.
Vetter & Grimm — Bank für In- u. Auslandsgeschäfte, Sonderabtlg.: Nordamerika
J. Heinrich Vetter — Vereidigter kaufmännischer Sachverständiger und Bücherrevisor
Fernspr. Nr. 670, Postscheckrechnung Nr. 5572 Karlsruhe.

Dampfwaschanstalt Wendt, Rüppurr
Telephon 2809
nimmt **Stärk-, Haushalt- und Industriewäsche** an.
Lieferzeit 8—10 Tage.
Neu errichtete Annahmestelle: Werderplatz 35.
Weitere Annahmestellen: **Yorkstraße 17** und **Bruchsal.**

Druckarbeiten
jeder Art, auch solche größeren Umfanges, sind wir in der Lage auf Wunsch in kürzester Frist zu liefern und bitten um gefällige Aufträge, deren sorgfältige Ausführung wir uns angelegen sein lassen
C. F. Müllersche
Hofbuchhandlung b. m. H.
Karlsruhe, Ritterstraße 1
297 Fernsprecher 297

Stärke-Wäsche
besorgt in normaler Lieferzeit
Dampfwaschanstalt
Schorpp
Annahme-Stellen in allen Stadtteilen.

Zur Zahnpflege:
Zahnbürsten
Zahnpasta in Tuben u. in Dosen
Mundwasser
Zahnpulver
empfiehlt
H. Bieler
Parfümerieladen
Kaiserstraße 223
zwisch. Douglas- u. Hirschstr.

Durch Gelegenheitskauf
habe eine Partie zumeist
bess. Tapeten
in gutem Papier u. Farben erworben. Zu Lagereinkauf empfehle ich
sehr großes
Borden-Lager
an Wiederverkäufer von 10 Rollen an billigst.
Sebastian Münch,
Tapeten- und Tapeziergeschäft, Hirschstraße 28, Karlsruhe.

Dienstmannruf 3480
besorgt alles
Ferd. Kübel,
Kaiserstr. 33, 1. Stock.

Badischer Landestag für Körperpflege u. Jugenderziehung
Samstag, 28. Juni 1919, ab 9½ Uhr vormittags
Landestagung im Ständehaus
K.F.V.-Platz (Telegraphenkaserne), 6 Uhr abends
Länder-Hockeyspiel: Bayern-Baden.
Sonntag, 29. Juni 1919
Große
sportliche u. turnerische Veranstaltungen
Albsportplatz, ab 9 Uhr vormittags
Tennis-Städtewettspiel Heidelberg-Karlsruhe
Rheinhafen (Mittelbecken), ab 9½ Uhr vormittags
Wassersportliche Veranstaltungen:
Wettrudern Wettschwimmen Wasserspiele
K.F.V.-Platz (bei der Telegraphenkaserne), ab 3 Uhr nachmittags
Turnerische Vorführungen
Leichtathletische Wettkämpfe
abends 5 Uhr
Städte-Fußballwettspiel: Basel-Karlsruhe
Bei sämtl. sportlichen Veranstaltungen spielt die Grenadierkapelle. Leitung: Obermusikmeister **Bernhagen.**
Alles Nähere auf den Plakaten, Programmen und in den Vorverkaufsstellen:
Sporthaus **Freundlieb,** Kaiserstraße 185
Sport- und Reisehaus **Müller,** Waldstraße 45
Fotohandlung **Hugel,** Schützenstraße 12.

Max Haberstroh
Liesl Haberstroh
geb. Mai
Vermählte.
Karlsruhe Amalienstr. 28. — *Reichenbach*
24. Juni 1919.

Bad. Landestheater.
Donnerstag, den 26. Juni 1919.
Donnerstagsmiete Nr. 36.
Wilhelm Tell.
Schauspiel in fünf Akten von Schiller.
Anfang 6 Uhr. Ende ¼10 Uhr.

Städtisches Konzerthaus
Donnerstag, den 26. Juni 1919.
Dreimäderlhaus.
Singspiel in 3 Akten von Dr. A. M. Willner und Heinz Reichert. Musik nach Franz Schubert. Für die Bühne bearbeitet von Heinrich Berté.
Anfang 7 Uhr. Ende ¾10 Uhr.

Städt.
Vierordtbad
Heissluft- u. Dampfbäder
(irische, römische und russische Dampfbäder)
Elektrische Lichtbäder
Damenbadezeit: Montag u. Mittwoch vorm. 9 bis 1 Uhr u. Freitag nachmittags 2½ bis 7½ Uhr.
Herrenbadezeit: Alle übr. Zeit, Samstags b. abends 8½ Uhr. An Sonn- und Feiertagen während der Kriegszeit geschlossen.

Parkettböden
sowie Fußböden aller Art werden wie neu hergestellt mit nur la Wachs.
Volk, Schützenstraße 61.

Gutes Dörrgemüse
in Kisten,
gutes Getreidestroh
in Ballen,
beides in größeren und kleineren Mengen zu haben bei
N. J. Homburger,
Karlsruhe i. B.,
Kronenstraße 50.
Telephon 152 und 404.

Allerlei
Gummiartikel
wie z. B. Sauger 2c. in frisch. Ware eingetroffen und empfiehlt
Drogerie Lang.

Rat und Hilfe!
Gesuche werden bestens angefertigt.
Kaiserstr. 157 IV.

Heirat!
Wohlhabender Hotelier im Schwarzw., 50 Jahre alt, sucht die Bekanntschaft eines Fräuleins zwischen 30—40 Jahren, welche in Hotel, Küche und Haushalt Erfahrung hat, zwecks spät. Heirat zu machen. Betreffendes Fräulein darf wohlhab. sein, jedoch nicht Bedingung, gesund, tüchtig und fleißig, von guter Famil., evang., angenehme Erscheinung. Angebote mit Bild unter Nr. 2267 ins Tagblattbüro erbeten.

Wolle
ist sehr schwer zu beschaffen und teuer. Sie haben aber einen vollkommenen und vorzüglichen Ersatz dafür, wenn Sie sich Ihren Haustrunk, wovon **1 Liter nur 14—16 Pfg.** kostet, aus
Steigerwald's Kunstm.-Ansatz „Im Konservenglas"
bereiten. In Packungen für 50, 100 und 150 Liter Getränk **mit oder ohne Süßstoff** ist er überall zu haben.
Auf Wunsch weisen Bezugsquellen nach:
J. Steigerwald & Comp.
Heilbronn a. N.

J. Sitzlers
Möbelspedition und Lagerraum
befindet sich
Augartenstr. 58, Karlsruhe
Telephon 1356
und empfiehlt sich gleichzeitig für **Umzüge** in Stadt und Land.

Fußbodenlacke — Bodenwichse
Bodenöl — Stahlspäne — Hutlacke — Stoffarben
Maler-Utensilien
vorteilhaft im
Farben-Geschäft, Waldstraße 15, beim Colosseum.

Eine lebenslängliche
Eisenbahn- Straßenbahn- Unglück
Versicherung kostet nur
Mk. 50.— f. Mk. 10000.— Versicherungssumme
für Tod u. Invalidität, einschl. Tagesentschädigung — **gültig in der ganzen Welt.** — Die Prämie ist **nur einmal f. die ganze Lebenszeit** zu entrichten u. kann auch in 4 Vierteljahresraten gezahlt werden.
Reisegepäck-Versicherungen
für alle Gefahren (Verlust, Minderung oder Beschädigung), auf welche Art immer der Schaden entstanden ist.
Policen werden sofort ausgestellt.
E. Bühler, Versicherungsbüro
Karlsruhe. Kaiser-Allee 43. Telephon 5163.
Geschäftszeit: ½8 bis 5 Uhr.

Hiermit gebe ich bekannt, daß die Verlobung mit Fräulein
Frida Bluck hier
auf meine Veranlassung aufgelöst wurde.
Hermann Braun
Karl-Wilhelmstraße 22.

Berichtigung.
Telephon-Nummer ist geändert
von 5054 auf 5094.
Wilh. Höfel, Zimmergeschäft
Tullastraße 74.

Fernsprechnummer 847
Dr. med. Wirth, Röntgenfacharzt.

Kriegsanleihebesitzer
tretet dem
Kriegsanleiheverband
bei.
Zwecke des Verbandes:
Sicherung gegen Kursverlust u. Annullierung.
Belehnung bis zum Nennwert.
Rückversicherung von Kriegsanleihe-Versicherungen.
Auskunft und Prospekte kostenfrei durch
E. Bühler, Versicherungsbüro
Karlsruhe i. B., Kaiser-Allee 43. Tel. 5163.
Besuch ohne Verbindlichkeit.
— **Vertreter gesucht.** —
Geschäftszeit ½8 bis 5 Uhr.

Sanften langanhaltenden Schnitt
garantiert meine **Spezial-Marke Hummel-Rasiermesser**
in all. Breiten vorrrätig. Alte Rasiermesser werden bei mir sorgfältigst fachgemäß geschliffen mit Garantie für guten Schnitt. Versand nach auswärts.
Telephon 547 **Karl Hummel** Werderstr. 13.

Volksschauspiel Ötigheim
bei Rastatt.
„Der Friede, Paradies und Brudermord."
Aufführung:
Jeden Sonntag bis Ende Juli
auf großartiger Naturbühne im Walde
Geschützter Zuschauerraum m. 4000 Plätzen
Spielbeginn ½8 Uhr nachm. Ende 6 Uhr.
Preise der Plätze: Stehplatz 1.— Mk., Sitzplatz 1.50 bis 5.— Mk.
Zugverbindung für Hinfahrt ab Karlsruhe 10²⁰ 12⁸⁰ 1⁵⁰, für Rückfahrt ab Ötigheim abwärts 7¹² 8²⁷.
Vorverkauf: Ötigheim, Theaterbüro, Telephon 61, Rastatt; Karlsruhe, Zeitungskiosk b. Hotel Germania Tel. 2261; Pforzheim, Buch- u. Musikalienhdl. Rückers, Tel. 193.

Heute Donnerstag!
Großer Kaffeeklatsch
im
Kaffee Röderer.
Künstler-Konzert
ausgeführt von der Kapelle **Hans Bollinger.**
Kabarett-Einlage:
Albert lernt Foxtrott
ausgeführt von den **Geschwistern Fllerado.**
Anfang punkt ½5 Uhr.
Spezialität: Eismerinken.
Ecke Waldhorn- und Zähringerstraße.

Für die Einmachzeit empfiehlt
Einkoch-Apparate
komplett zu **22.— Mk.** sowie sämtliche Gläser zu billigen Preisen.
Richard Flohr, Kaiserstraße Nr. 59, Nachf. von Rob. Lister.